

Handelsblatt Nr. 039 vom 24.02.2011 Seite 10

24.02.2011

Meinung

AUSSENPOLITIK

Westerwelle hat es den Taktikern in Teheran zu leicht gemacht

Welchen Preis darf man für die Befreiung von Geiseln zahlen?

Anlagen:

PDF-Artikel



[PDFHB20110224010.pdf](#)

Josef Joffe Reue und Umkehr" singt der Westen im "arabischen Frühling". Wir hätten die Despoten nicht so lange hofieren dürfen, "wir haben manchmal auf die falsche Stabilität gesetzt", sagt die frühere US-Außenministerin Condoleezza Rice im Gespräch mit diesem Autor. "Man muss seinen Freunden immer die Wahrheit sagen. Wenn sie die Reformen zu lange hinauszögern, geraten sie in eine unhaltbare Lage."

Kaum gesagt und nicht getan. Da fliegt unser eigener Außenminister nach Teheran, um sich mit Präsident Ahmadinedschad, der im Schurken-Pantheon in der obersten Reihe sitzt, ablichten zu lassen. Der Wahlfälscher von 2009 würgt die "grüne Revolution" jetzt schon zum zweiten Mal ab. Er ist das Musterbeispiel des Gewaltherrschers, den wir nun abstoßend finden, auch aus realpolitischen Gründen. Er greift nach der Vorherrschaft, er baut zügig an der Bombe. Berlin ist immerhin Mitglied der Koalition, die ihn mit Sanktionen zur Räson rufen will.

Während wir den Demokraten in Arabien applaudieren, macht Westerwelle dem Tyrannen die Aufwartung. Der Zweck war ein nobler: die Befreiung zweier deutscher Journalisten. Aber zu welchem Preis! "Das war eine Schande", grollt der Sprecher der grünen Partei. Er habe den "Terror des Regimes" und das "Leiden des Volkes" ignoriert. Westerwelle hat, wiewohl aus guten humanitären Gründen, den Wall der Ächtung und Isolierung durchbrochen, den seine Regierung so emsig mitgebaut hat. "Entschärft hat der Besuch", so Irans Vize-Außenminister, "die Verschwörung westlicher Länder zur Isolierung Irans."

Das war der Sinn der Geiselnahme. Lassen wir die wohlfeile Unterstellung, dass Westerwelle mit dem unbedachten Ausflug innenpolitische Punkte sammeln wollte, um nicht vollends aus der Popularitätsskala zu fallen. PR gut oder schlecht, Hauptsache PR - das machen alle Politiker so, auch mit getürkten Doktorarbeiten.

Trotzdem müssen wir über Außenpolitik und Interessen reden, und da erhält Westerwelle keine gute Zensur. Er hat gewusst, dass Achmadinedschad ihn instrumentalisieren wollte; deshalb hat der monatelang den Preis bis zum Fototermin hochgeschraubt. Er kannte den exorbitanten Preis, untergrub er doch als Bittsteller die deutsche Isolationspolitik - und den guten Ruf Berlins als berechenbarer Verbündeter. Der moralische Preis, obwohl im Dienste der Humanität entrichtet, ist auch nicht zu verachten. Das deutsche Signal ist ein Schlag ins Gesicht der grünen Demokraten - just die Politik, die der Westen jetzt so lautstark bereut.

Wieder ganz realpolitisch: Mit dem Trip hat Westerwelle den Unterdrückern signalisiert, dass sich Machtpolitik lohnt. Nach der Erpressung ist vor der Erpressung. Im ewigen Dilemma zwischen gut und nützlich hat es Westerwelle den eiskalten Rechnern von Teheran zu einfach gemacht. Eine Demokratie muss gut sein, aber nicht töricht. Es gab andere Wege.

Im Machtspiel lautet die erste Regel: "Wie du mir, so ich dir." Nein, keine Geiselnahme; die ziemt sich nicht. Aber man darf Verwundbarkeiten signalisieren. Hier gibt es genug finanzielle und wirtschaftliche Interessen Irans, die man in "Geiselnahme" nehmen kann. Man kann die Bewegungsfreiheit seiner Repräsentanten beschneiden, Journalisten die Arbeitserlaubnis entziehen. Man kann erst einen Flug, dann weitere der Iran Air streichen, denn nichts fürchtet Teheran mehr als die Isolierung. Breit ist die Skala zwischen Verharren und Verbeugen.

Gönnen wir Westerwelle seinen PR-Coup. Freuen wir uns über die Heimkehr der Kollegen. Ein Meisterstück deutscher Außenpolitik war es nicht.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Geiselnahme; Kriminalität; Kriminalität und Recht; Außenpolitik mit Land; Außenpolitik allgemein; Internationale Beziehungen;

CN (Land):
Iran C7IRAN; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 034 vom 17.02.2011 Seite 9

17.02.2011

Meinung

WAHLEN

Hamburg tickt wie Bayern - nur anders herum

Warum wird in der ersten Landtagswahl des Jahres das Rathaus der Hansestadt rot? Weil am Ende nur die Tradition zählt.

Josef Joffe Am Sonntag wählt Hamburg, und der nächste Erste Bürgermeister wird Olaf Scholz von der SPD heißen. Ob er die absolute Mehrheit kriegt, wie die Umfragen raunen, ob er mit Grün, Gelb oder gar Schwarz regieren wird, hängt von den Prozenten, ja von Zehntelprozenten wie im Falle der FDP ab. Kommt sie rein in die Bürgerschaft oder nicht? Aber so oder so: Der klassische Zustand wird wieder hergestellt, und der besagt: Die reichste deutsche Großstadt gehört den Roten.

Denn: Seit 1946 kamen zehn Regierungschefs aus der SPD, nur drei aus der CDU. Dieses Quasi-Einparteienregime zwingt den Blick nach Süden - nach Bayern, wo die Monokultur noch kräftiger blüht. Seit 1946 wurde der Freistaat von neun CSU-Ministerpräsidenten regiert - und nur von einem Sozialdemokraten. Was eine Frage aufwirft, die in den Medien keineswegs die ihr

gebührende Aufmerksamkeit bekommen hat: Wieso ticken zwei so konträre Bundesländer so ähnlich - bloß mit anderer Färbung?

Hanseaten und Bajuwaren haben sonst nur zweierlei gemeinsam. Einmal ein ausgeprägtes Nationalgefühl, das man den Bindestrich-Ländern nicht nachsagen kann. "Das gehört sich nicht" ist der Leitspruch der Hamburger; deshalb nehmen sie auch keine Orden an. "Mir san mir" steht unsichtbar auf der weiß-blauen Rautenflagge. Zum Zweiten haben beide Bundesländer ihr eigenes Blond erfunden: das "Hamburger Blond" der Damen aus Eppendorf und aus den Elbvororten, das "Bogenhausener Blond" der höheren Schichten in München.

Ansonsten sind sie voll konträr: Waterkant contra Gebirge, Republikanismus contra "unser Kini" (das ist der zweite Ludwig), Bitter-Pils contra Süß-Hell, Labskaus contra Weißwürscht, Stadtstaat contra Flächenstaat, ev.-luth. contra röm.-kath., SPD contra CSU. Schließlich: Hamburg ist die Nummer vier in der Pro-Kopf-Verschuldung, Bayern die Nummer 14.

Und doch sind die beiden Fast-Einparteien-Staaten. Wie ist das möglich?

Antwort: Die CSUler sind keine richtigen Konservativen, sondern bayerische Traditionalisten mit kräftiger etatistischer Färbung (deshalb das "S" - sozial - im Kürzel). Die Hamburger Sozen sind keine richtigen Linken, sondern hanseatische Traditionalisten mit ausgeprägter Sympathie für die Wirtschaft - so wie Olaf Scholz. Beide pflegen ihre eigene Mundart und Tracht - die Hamburger spitzen das "St" zu und tragen Blazer und Streifenhemd, die Bayern rollen das R und tragen Joppe und Dirndl. Die Hamburg-SPD und die CSU haben das Lebensgefühl ihrer Wahlvölker besetzt und sind so zu Staatsparteien geworden. Mit einer unrühmlichen Ausnahme: als Ortwin Runde (SPD) sich 1997 mit den Grünen zusammenrottete, nach links schrammte und 2001 gegen Ole von Beusts Schwarze verlor. Beusts Niedergang war übrigens auch programmiert, als er den Grünen zuliebe das klassische Gymnasium opferte. Niemand, aber auch niemand nimmt den Deutschen ungestraft ihr Gymnasium weg.

Hamburgs nächster "Erster", Olaf Scholz, war zwar früher auch ziemlich links ("die SPD muss die Lufthoheit über den Kinderbetten erringen"), hat aber das Desaster von 1997 nie vergessen. Den Präses der Handelskammer hat er schon mal als Wirtschaftssenator designiert. Das Wahlprogramm der SPD lässt sich von dem der CDU nicht unterscheiden: Ja zu Elbvertiefung, Ja zum alten Gymnasium, Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung, mehr Polizisten, mehr Sozialwohnungen. Als dieser Autor den Kandidaten während einer öffentlichen Diskussion Sprüche aus ihrem Wahlprogramm vorlas, konnte keiner sie der jeweiligen Partei zuordnen.

Doch hat Scholz gegenüber Christoph Ahlhaus von der CDU den haushohen Hanseaten-Vorteil. Obwohl nicht in Hamburg geboren, ist er ein "gebürtiger" Hamburger, also einer, dessen Großvater aus Hamburg (genauer: Altona) stammt. Ahlhaus aber kommt aus Heidelberg. Ein bayerischer Ministerpräsident aus Winsen an der Luhe ist genauso unvorstellbar.

"Multikulti" läuft also weder im Stadtstaat noch im ehemaligen Königreich Bayern. Wie immer die Sozen-"Ersten" auch hießen - Brauer, Nevermann, Weichmann, Klose, Dohnanyi -, sie waren vorweg Hanseaten. Leute, die nie sagen würden (wie Gerhard Schröder): "Hol mir mal 'n Bier." Oder wie Helmut Kohl in der Strickjacke herumlaufen würden. Helmut Schmidt, der ungewählte Bundespräsident Deutschlands, ist eigentlich auch kein Sozialdemokrat.

Der neue "Erste" wird deshalb Scholz heißen. Vielleicht wird er allein regieren - wie Brauer, Weichmann oder Dohnanyi in ihrer Zeit. Vielleicht mit der FDP, wenn sie die fünf Prozent schafft. Vielleicht mit den Grünen, wie er's gesagt hat. Oder - wer weiß - mit dem ideologischen Zwilling CDU. Auf jeden Fall wird er die Traditionsfarbe des Stadtstaates bekräftigen: ein mittig eingefärbtes Rot. Wie die CSU in Bayern: ein mittig eingefärbtes Schwarz.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: joffe@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

009

DE (Thema):

Landtagswahl; Wahl; Partei; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

Hamburg C4EUGE; Bayern C4EUGE; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):

Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU; Christlich Soziale Union in Bayern CSU; Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD; Bündnis 90/Die Grünen B90/ Grüne;

NN (Person):

Ahlhaus, Christoph; Scholz, Olaf;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 029 vom 10.02.2011 Seite 8

10.02.2011

Meinung

Wer Macht besitzt, muss nicht schießen

Die ägyptische Armee opfert den Staat nicht der Revolution. Ihre Macht gibt sie so schnell nicht preis. Eher schon den Präsidenten. Wenn es ihr passt, lässt sie Mubarak fallen.

Josef Joffe Was tun Diktatoren, wenn sie sich nicht von ihren Günstlingen umschmeicheln lassen? Sie machen die Opposition platt und die Machtbasis stark. Die besteht aus ihrer Partei und dem Militär nebst Geheimdiensten, die die Konkurrenz ausspähen und vor einen willfährigen Richter zerrén.

Hosni Mubarak hat das 30 Jahre lang getan - und vor ihm Anwar el Sadat und vor dem Gamal Abdel Nasser - seit 1952. Deshalb ist der "geordnete Übergang", den USA und EU fordern, so gut wie unmöglich. Mit wem denn? Und der "ungeordnete", also die Revolution, die das gesamte Ancien Régime wegfegt? Dagegen steht die Armee, die seit zwei Wochen mit kaltem Blut und geschmeidiger Taktik das Heft in der Hand behält.

Diese Armee - mit etwa 450 000 Aktiven die größte der arabischen Welt - möge man nicht mit einer Prätorianergarde verwechseln, die allein dem Herrscher verpflichtet ist. Schon früh hat das ägyptische Militär Mubarak zur Hälfte fallenlassen, indem sie - zusammen mit den Amerikanern - den Diktator "ermunterte", auf die Präsidentschaftskandidatur im Herbst zu verzichten. Notfalls wird sie ihn auch ganz entmachten, denn ihr Interesse gilt nicht dem Mann, sondern dem Regime. Man darf die ägyptische Armee fast "unabhängig" nennen - oder einen "Staat im Staat" oder gar "den Staat".

"Nieder mit dem Schlächter Mubarak!" rufen die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz. Doch "die Armee ist okay". Derweil zeigt die Truppe immer stärkere Präsenz im Zentrum des Protests sowie an den strategischen Punkten der Hauptstadt. An die hundert Panzer sind postiert, aber die Kommandanten lassen die Demonstranten sogar Anti-Mubarak-Parolen auf die stählernen Kolosse malen. Denn: Wer Ansehen genießt und die Macht besitzt, muss nicht schießen, nicht einmal drohen. Das ist die erste Lektion dieser Revolution.

Die zweite Lektion: Ihr Ansehen hat die Armee in den vergangenen zwei Wochen nicht verspielt. "Unsere Präsenz in den Straßen", ließ sie die Demonstranten wissen, "ist um eurer Willen da, um euer Wohlergehen zu garantieren. Wir werden gegen unser großes Volk keine Gewalt einsetzen." Das Volk akzeptiert die Botschaft.

Die dritte: Die Armee gibt den Schiedsrichter, aber in eigener Sache. Das heißt: Sie wird den Staat nicht der Revolution opfern. Schlag nach bei Wikileaks. Da berichtet ein US-Diplomat 2008: Laut Verteidigungsminister Tantawi (einem Feldmarschall!) sei es eine "Rolle des Militärs, die verfassungsgemäße Legitimität und die innere Stabilität zu schützen. Dabei signalisierte er die Bereitschaft, das Militär einzusetzen, um die Moslembruderschaft unter Kontrolle zu bringen." Ein anderer Bericht mit Bezug auf Mubaraks Sohn Gamal, dem Ambitionen auf die Nachfolge seines Vater nachgesagt wurden: "Das Militär unterstützt Gamal nicht. Sollte Mubarak im Amt sterben, werde die Armee die Macht an sich reißen, um Gamal als Nachfolger seines Vaters zu verhindern."

Heute hält ein Demonstrant eine ähnliche Wahrheit parat. Die Generäle werden dafür sorgen, sagt der Ingenieur Khaled Mounir, dass Mubarak durch einen Mann ersetzt wird, der genehm ist oder "aus der Armee stammt". Wie Nasser, Sadat und Mubarak.

Ein hoher Berater des israelischen Premiers Netanjahu drückt es so aus: "Die Armee hat zu 95 Prozent die Macht in der Hand." Die Armee, jedenfalls das höhere Offizierskorps, ist nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft - zu 40 Prozent, wie es heißt. Wer die Macht hat, gibt sie nicht leichtfertig ab, und wer dazu noch wirtschaftlich von ihr profitiert, erst recht nicht. Manche halten die Streitkräfte sogar für den größten Arbeitgeber des Landes.

Hier sei eine Parallele zu Iran erlaubt. Ahmadinedschad hat die "grüne Revolution" von 2009 so leicht bändigen können, weil hinter ihm die Elite der iranischen Streitkräfte steht - die Revolutionsgarden. Auch die kontrollieren inzwischen weite Teile der iranischen Wirtschaft, sogar den Schmuggel, der die Sanktionsmauern durchbricht. Wer das Gold hat, will es behalten, und wer über die Gewalt verfügt, kann Macht und Mammon bestens verteidigen.

Die ägyptische Armee versteht sich außerdem noch als Bewahrer einer 5000 Jahre alten Nation, und das verschafft ihr eine Legitimität, wie sie kein anderes arabisches Militär genießt. Immerhin hatte sie im Jom-Kippur-Krieg gegen Israel einen Anfangssieg errungen, der Ägypten den Sinai wiedergab.

Ein Tor, wer inmitten einer Revolution Wetten abschließt. Wer aber so tollkühn sein will, darf auf die Armee setzen. Der Idealfall sähe so aus: Die ägyptische verhält sich wie die türkische Generalität seit Kemal Atatürk. Diese hat gelegentlich geputscht, um zu zeigen, wer Herr im Hause ist - und hat sich dann wieder in die Kasernen zurückgezogen. Langsam wuchs die Demokratie, wiewohl über Jahrzehnte hinweg. Heute herrscht zwar ein Islamist, aber Erdogan ist kein Taliban.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

008

DE (Thema):

Streitkräfte; Militär; Innenpolitik; Regierung; Opposition; Demonstration; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

Ägypten C7EGYP;

NN (Person):
Mubarak, Hosni;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 024 vom 03.02.2011 Seite 9

03.02.2011

Meinung

ÄGYPTEN

Das mörderische Dilemma des Westens

In den arabischen Staaten darf nach der Revolution nicht der Terror ausbrechen. Dafür ist viel politisches Gespür notwendig.

Josef Joffe Der erste Schritt ist immer der einfachste: der Sturz des Tyrannen. Der tunesische ist nach nur einer Woche Aufruhr geflüchtet; Mubarak hat ebenso schnell kapituliert. Er will im Herbst nicht mehr kandidieren. Dass er so lange bleibt, darf man ausschließen. Der "arabische Frühling" ist ausgebrochen - und beantwortet die Frage, die seit dem Mauerfall vor 20 Jahren quält: Wie kann eine ganze Region dem Wandel trotzen - von Rabat bis Riad? Sie kann es nicht; das ist die beste Nachricht aus Nahost.

Die nicht so gute hält die Geschichte parat. Nach dem letzten Louis der Franzosen kam nicht die Demokratie, sondern der Terror, schließlich ein neuer Despot namens Napoleon. Nach dem Zaren kamen Lenin und Stalin. Auf den zweiten Wilhelm folgten in Deutschland die Totalitären und das Ende der Weimarer Republik.

Nicht anders in der arabisch-islamischen Welt. 1952 erhebt sich Ägypten gegen König Faruk; seitdem herrschen Militärs im Maßanzug. 1958 beseitigen die Iraker König Faisal; ein paar Putsche später ergreift Saddam Hussein die Macht. 1979 kollabiert der Pfauenthron in Iran; es triumphiert ein totalitärer Gottesstaat. 2005 vertreibt die libanesische "Zedernrevolution" die verhassten Syrer; jetzt ist Hisbollah die Nummer eins. Freie Wahlen in Gaza bringen der Hamas den Sieg. Das Volk meutert in Jordanien? Am Dienstag feuerte der König in einer klassischen Rochade das Kabinett und machte einen früheren Generalmajor zum Regierungschef.

Wieder steht der Westen vor einem mörderischen Dilemma. Europa und Amerika haben ihr Schicksal stets mit Führern von Polizeistaaten verknüpft, die sie nur widerwillig hofiert haben. Der Schah, die Abdullahs, die Mubaraks, selbst Arafat waren Säulen westlicher Mittelostpolitik. Denn es gab und gibt keine anderen. Wer nach den Potentaten kam, war schlimmer: der Regionalimperialist Nasser, der Killer Saddam, die frommen Brandstifter Chomeini und Ahmadinedschad, die Raketenwerfer Hamas und Hisbollah.

Das Dilemma lässt sich in sieben Wörter fassen. Die EU wünscht sich einen "geordneten Übergang", der zu "freien und fairen Wahlen führt". Identisch die Formel des US-Vizepräsidenten Biden: "geordneter Übergang". Bloß nicht wieder Chaos und Konterrevolution, die den Teufel, den man kennt, durch einen neuen und schrecklicheren ersetzt.

Kein Wunder auch: Mubarak war ein Bollwerk gegen Islamismus und Iran - der Garant der strategischen Stabilität. Zerbröckelt das Regime, kommt gar die Muslimische Bruderschaft an die Macht, darf man alle Friedensträume vergessen. Israel wird hochrücken, vielleicht sogar einen Präventivschlag führen, falls Kairo wieder den Sinai militarisiert. Weiter im Horrorszenario: Die Bruderschaft in Jordanien wird König Abdullah attackieren, Hisbollah und Hamas werden Israel von Norden und Süden provozieren. Iran wird mit verdoppelter Kraft zur Vorherrschaft greifen.

Andererseits: Was in diesen Tagen in Kairo abläuft, ist eine wirklich demokratische Revolution. Anders als in Teheran 2009 fehlt der perfekte Machtapparat, der die "Grüne Revolution" wie eine Python erstickt hat - Druck um Druck. Es fehlen auch bislang die islamistischen Kader. Die Bruderschaft scheint der Revolution hinterherzulaufen. Zwar grassiert auch in Ägypten der Antiamerikanismus, aber die Parolen richten sich nicht gegen den großen Bruder. Auch hier gilt: noch nicht.

Der Westen hat gut daran getan, die sonoren Sprüche zu vermeiden, und Obama hat recht, wenn er sagt, kein Land könne einem anderen ein "Regierungssystem aufzwingen". Was heißt dann "geordneter Übergang" in einem reißenden Strom?

Vorweg, was die Amerikaner schon tun: Sie telefonieren, und zwar mit allen: mit Regierung, Militär und Opposition. Diskret hat Obama Mubarak "ermuntert", sich nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen. Doch einen anderen hat der Westen noch nicht. Mohamed el Baradei, der Nobelpreisträger, ist zwar die prominenteste Oppositionsfigur, aber es ist ihm nicht gelungen, die Islamisten einzubinden. Immerhin hat Washington die Armee davon überzeugt, nur wachsame Präsenz zu zeigen und nicht zu schießen.

Die el Baradeis reden, die Armee schweigt - aus gutem Grund. Denn sie hat die Macht. Die ägyptische Armee ist nicht der marode Haufen wie zu Zeiten des Schahs im Iran. Sie genießt den Respekt des Volkes; sie kontrolliert Schlüsselsektoren der Wirtschaft. Sie hat Mubarak geopfert, um den Staat zu schützen. Denn die Armee ist der Staat, seit 60 Jahren stellen die Ihren den Präsidenten. Das weiß die Opposition - bis hin zu den Islamisten. Deshalb könnte es so ausgehen wie 1989: runde Tische statt röhrender Panzer oder neuer Despoten. "Könnte", denn bislang haben nur die Europäer den "geordneten Übergang" in die Demokratie geschafft.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Militär; Menschenrechte; Kriminalität-politische; Kriminalität; Kriminalität und Recht; Außenpolitik mit Land; Internationale Beziehungen; Innenpolitik; Opposition; Demonstration; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
Arabische Staaten; Ägypten C7EGYP; Iran C7IRAN; Welt (Internationales) C00WOR;

CO (Unternehmen):
Hisbollah;

NN (Person):
Hussein, Saddam;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Meinung

WELTWIRTSCHAFTSFORUM

Schein-Autoritäten am Zauberberg

Was der "Davos Man" im Brustton der Überzeugung alljährlich in Foren und auf Partys verkündet, ist schnell Schnee von gestern.

Josef Joffe: Vergangenes Jahr startete Davos noch auf den Crash von 2008, die Krise. Doch die war schon fast vorbei. Milder Optimismus schwebte durch das Kongresszentrum und die Champagner-Partys. Niemand sah die PIIGS-Schuldenkrise, die just hinter den Bergen lauerte. Alles sei gut, verkündete der griechische Premier Papandreou auf dem Weltwirtschaftsforum: "Wir haben unsere Schulden im Griff."

Und dieses Jahr? Davos-Veteranen erinnern sich an eine andere hübsche Voraussage: "In zwei Jahren", beschied Bill Gates den Gästen, "wird das Spam-Problem gelöst sein." Das war 2004, heute sind die E-Mail-Fächer voller als je zuvor. Die klügsten Menschen der Welt, die auf dem Weltwirtschaftsforum wieder versammelt sind, haben also eine Treffsicherheit wie ein Bauer: "Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder bleibt, wie's ist."

Weshalb die Oldtimer, die schon vor zwanzig Jahren dabei waren, eine Theorie entwickelt haben, die nur noch ein paar Computerläufe braucht, um in die Nobelpreis-Zone vorzustoßen. Das ist der "Umgekehrte Zwei-Jahres-Frühindikator", kurz "UmZweiFrüh". Er besagt: Was in Davos gerade als 24-Karat-Konsens etabliert wird, ist zwei Jahre später Makulatur; das Gegenteil ist wahr. Jüngster Beleg: 2009 fiel so manche Champagner-Party aus - zumal die von Goldman Sachs und Co. Weltwirtschaftskrise II glotzte aus der Kristallkugel. Heute boomen Schwellenländer und Welthandel, Amerika wächst mit 2,6 Prozent, Deutschland mit über drei.

Die hohe Treffsicherheit des "UmZweiFrüh" gilt seit zwanzig Jahren. 1993 war Mexiko das "China" der westlichen Hemisphäre; zwei Jahre später kam der "Mexican Bail-out". 1995 wurden in Davos die asiatischen Tiger gefeiert, 1997 standen sie vor dem Abgrund. Die Schuldenquote der vier größten war von 100 auf 170 Prozent des BIP hochgeschneit.

Wieder zwei Jahre später: 1999 schwebten die Dotcom-Milliardäre als neue Herrscher des Finanzuniversums über die Davoser Promenade. 2001, nach dem Platzen der Blase, grüßte sie niemand mehr. Ihr Schlachtruf "Wachstum schlägt Rendite" war out und vorbei. Allerdings rutschte die US-Wirtschaft nicht wie gemunkelt in die Krise, sondern stolperte nur kurz. 2001 fiel das Wachstum unter ein Prozent, dann stieg es stetig bis 2007, im längsten Boom der amerikanischen Geschichte (Beginn: 1992). Dennoch triumphierte der französische Premier Laurent Fabius auf dem WEF 2001: "Europa ist wieder da!" Doch nicht mit erneuertem Wachstum, sondern mit einer Stagnation, die zum Beispiel Deutschland die höchste Arbeitslosigkeit seit Geburt der Bundesrepublik verschaffte.

Gegen Ende des Nullwachstums machte sich in Davos eine neue Heldenrasse breit - aus dem Stamme der Investmentbanker und Private-Equity-Kapitalisten. Doch nach dem Crash wagten sie es nicht mehr, sich im Belvedere-Hotel, dem Party-Hauptquartier, zu zeigen. Während des WEF 2009 blieb Lloyd Blankfein von Goldman Sachs klugerweise in New York. Doch 2010 verzeichneten die überlebenden Investmentbanken (Goldman, Morgan Stanley) Rekordprofite.

In diesem Jahr ist wie im Vorjahr wieder "Zehn-Prozent-China" angesagt. Und Indien. Mithin steht der größte Test der "UmZweiFrüh"-Theorie bevor. Wenn es 2013 in China kracht, hat die Theorie die Feuerprobe bestanden. Dann hagelt es Dissertationen von Wharton bis zur Sloan Business School von MIT.

Dennoch sind solche historischen Statistiken nur das Rohmaterial. Eine Theorie muss her, welche die Korrelationen nicht nur registriert, sondern auch erklärt. Wieso liegen die klügsten und reichsten Menschen der Welt immer wieder falsch oder sehen nicht, was sich zusammenbraut? Warum zerbröckelt der viel zitierte "Davos-Konsens" nach acht Quartalen?

Weil der Mensch, mit oder ohne MBA, ein Herdentier ist. Die "elektronische Herde" ist ein Dauergast auf den Märkten - wie ihr Urvater es schon während des holländischen "Tulpenwahns" war, als 1637 für drei Zwiebeln 30 000 Gulden geboten wurden.

Die Spekulation - die Hoffnung auf reiche Rendite - baut Wolkenkratzer, aber auch den Turm von Babel. Und da die Menschen nie in die Zukunft blicken können, hören sie, was die anderen sagen, und laufen mit. Warum aber ausgerechnet in Davos? Weil jeder Davosianer eine unsichtbare Plakette trägt: "Ich bin eine Autorität." Es sind ja die Erfolgreichsten, die sich alljährlich am Fuße des "Zauberbergs" versammeln. Wenn die es nicht wissen, wer dann? Da muss auf kleinstem Raum der Hype gedeihen, umso mehr, als Hundertschaften von Journalisten bereitstehen, die das knappste Gut überhaupt feilbieten: Aufmerksamkeit. Wer "Na ja, vielleicht" ins Mikrofon spricht, wird ignoriert wie ein vertrocknetes Canapé.

Dies ist die eine Voraussage aus Davos, die kein Verfallsdatum hat. Die zweite: Im kommenden Jahr wird Davos noch voller sein. Hundert Prozent!

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Weltwirtschaft; Internationale Wirtschaftsbeziehungen; Management-International; multinationales Unternehmen; Unternehmen; Betriebswirtschaft;

CN (Land):
Schweiz C4EXSI; Welt (Internationales) C00WOR;

CO (Unternehmen):
World Economic Forum - Weltwirtschaftsforum;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 014 vom 20.01.2011 Seite 10

20.01.2011

Meinung

SPRACHE

Warum der Aufstand gegen das Englische zwecklos ist

Irgendwann wird jemand "ladylike" mit "dämlich" übersetzen.

Josef Joffe We speak English, don't we? Yes, of course. Wir reden Englisch in der Hochschule, obwohl wir die noch nicht "high school" nennen. Wir reden Englisch in den globalisierten Betrieben. Und kein Mensch sagt mehr "Schlussverkauf" - es heißt jetzt "Sale". "American Nail Care" nennt sich ein Maniküre-Salon in Hamburg, "Capital Beach" das Outdoor-, äh, Garten-Café

vor dem Berliner Hauptbahnhof. Pro 7 beteuert: "We love to entertain you", RTL hypt (äh, berühmt) sich auch auf Englisch.

Also "schönen Tag, noch" ("have a nice day"), deutsche Sprache! Und wir konstatieren "am Ende des Tages" - Deulich für "letztendlich" -, dass die deutsche Sprache wieder mal zum Teufel geht. Wie zuletzt auf der Tagung "Deutsch in der Wissenschaft" in Tutzing. "Selbstentmündigung" und "vorausseilender Gehorsam" flogen durch die Luft. Der "Untergang geistiger Welten" wurde beschworen, das "Verschwinden intellektueller Standards".

Von "Beflissenheit" und "Entfremdung", ja, "anglo-amerikanischer Sklaverei" berichtet die "Frankfurter Allgemeine". Und die werde auch noch mit Steuergeldern alimentiert, weil etwa Anträge und Evaluierung bei der Exzellenzinitiative der Universitäten auch auf Englisch abgefasst werden müssten.

"Exzellenz", "Initiative", "Evaluierung": Das klingt auch fremdländisch. Ist es auch - eingedeutschtes Latein mit einem Klacks Französisch. Und der geschulte Anglo-Sklave kommt ins Grübeln. Die Sprache der Germanen ist so "rein" wie die deutsche Rasse, nämlich gar nicht. Kaum ein europäisches Volk ist so "durchrasst" wie das deutsche - kein Wunder angesichts seiner Mittellage, die Eroberer und Einwanderer mitsamt ihrer Sprache angelockt hat.

"Bluse" ist Französisch, "Roboter" Russisch, "Ganove" Jiddisch, "Ciao" Italienisch, "Döner" Türkisch, "Gangster" Englisch. Halloween ist der Nationalfeiertag deutscher Kids, die früher mal Teenager hießen So what? Irgendeine Lingua franca (nicht: "Freisprache") muss es geben. Das war die lateinische bis ins Mittelalter. Das war Französisch bis ins 19. Jahrhundert; in der schrieb und "parlierte" der Alte Fritz. Nach der Reichsgründung setzte sich Deutsch in den Wissenschaften durch; für das Ende der Vorherrschaft sorgte ein Österreicher namens Hitler.

Heute ist es Englisch. Ist die Dominanz dem "Kulturimperialismus" geschuldet? Sie kommt nicht auf Panzerketten daher. Englisch ist nicht nur "cool", sondern auch praktisch: wegen seiner schlichten Grammatik und seiner strengen, aber eindeutigen Syntax.

Und versuchen Sie mal, "Sex" einzudeutschen: Geschlechtsverkehr? Beischlaf? Körperliche Vereinigung? "Der Punkt ist" (auch Englisch), dass Sex kürzer und griffiger ist. Noch praktischer ist es, wissenschaftliche Ergüsse auf Englisch zu artikulieren. So wird man von der größtmöglichen Zahl der Kollegen verstanden. Daran ändern auch fromme Wünsche nichts - oder etwa die Forderung, Deutsch als Landessprache im GG zu verankern.

Das Problem lauert anderswo: "Bad English" ist die am schnellsten expandierende Sprache. Man darf dieses Kauderwelsch auch die Rache der Eingeborenen an den "Kulturimperialisten" nennen. Das zweite Problem ist die Verhunzung der eigenen Sprache durch wortwörtliche Übersetzung wie: "Bist du in Ordnung?" "Hast du eine gute Zeit gehabt?" Irgendwann wird jemand "ladylike" mit "dämlich" übersetzen.

Am Englischen kommt niemand mehr vorbei. Also: Let's learn good English, dann werden wir auch der eigenen Sprache das Top-Ranking, äh, die Höchstachtung, verleihen, die ihr gebührt.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Sprache; Kultur;

CN (Land):

Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 009 vom 13.01.2011 Seite 9

13.01.2011

Meinung

USA

Der Amoklauf von Arizona ist keine Systemkrankheit

Amerika ist ein Land des Individualismus. Kein Wunder, dass auch die Attentäter dort individuellen Antrieben folgen. Mit Hass allein lässt sich ihr Verhalten nicht erklären. Josef Joffe

Wie geht's eigentlich Amerika nach dem sechsfachen Mord in Arizona? Fürchterlich, wollte man den Gazetten glauben - als hätte das Freikorps Rosa Luxemburg umgebracht. Das Feuer des Hasses, das die Rechte gegen Obama, gegen alles, was links von ihr ist, angefacht habe, sei der wahre Schuldige, der Attentäter Jared Loughner nur das ausführende Organ.

Der Vergleich mit Luxemburg ist bewusst gewählt, weil er abermals eine Besonderheit Amerikas gegenüber Europa hervorhebt. In Europa war die hassgetriebene Gewalt - sei's im Namen einer himmlischen oder irdischen Heilslehre - stets ein organisiertes Geschäft. Hass allein erklärt nichts; sonst würde die halbe Menschheit gelegentlich die andere Hälfte meucheln. Die Kausalkette vom "Klima des Hasses" zum Mord ist lang. Zu der Kette gehören eine Ideologie, die das Töten rechtfertigt, eine Führung, die rekrutiert und indoktriniert, eine Truppe, die den Anschlag vorbereitet, schließlich der Kurzschluss im Hirn des Täters, der die zivilisatorischen Bremsen löst.

Kein Hamas-Selbstmordbomber hat je allein gearbeitet. Dito in der europäischen Geschichte, wo die Täter nur das letzte Glied bildeten. Davon zeugen die Judenpogrome des Mittelalters, die Religionskriege, die Priesterorde der französischen Revolutionäre, die Killer in der Weimarer Republik, die millionenfache Vernichtung durch die Totalitären.

Amerika aber ist das Land der Einzeltäter. "God's Own Country" ist ein Land, wo viele Götter wohnen, weil dort nie die einzig wahre Staatsreligion herrschte. Die Großideologien, die in Europa erfunden wurden, haben dort nie Fuß gefasst - weder Kommunismus noch Faschismus. Da bleibt nicht viel tödlicher Treibstoff übrig. Und deshalb das Sondermuster USA.

Zahlreich sind zwar die Attentate auf Politiker, wie zuletzt auf die Abgeordnete Gabrielle Giffords, aber es waren keine politischen Morde à la Weimar. Betrachten wir die dramatischen Fälle: Abraham Lincoln, William McKinley, John F. Kennedy, dessen Bruder Robert, Martin Luther King, der Anschlag auf Ronald Reagan. Dazu zahllose Amokläufe. Der schlimmste, am Virginia Tech 2007, forderte 32 Opfer.

Diese Fälle teilen ein Muster - bis auf den Lincoln-Attentäter John Booth, der die Niederlage der Südstaaten rächen wollte und vier Mitverschwörer hatte: Es waren Ein-Mann-Unternehmen im Namen des Wahns, und man darf hinzufügen: kein Wunder in einem Land, in dem der Individualismus Teil der ungeschriebenen Verfassung ist.

Jared Loughner, 22, ist ein typisches Beispiel. Erst kommt die Verletzung der Seele, sei sie real oder imaginär. Er habe erzählt, dass ihn die Abgeordnete Giffords vor Jahren respektlos behandelt hätte. Dann die psychische Krankheit, deren Zeichen im Nachhinein wie eine lange

Zündschnur erscheinen: Schulabbruch, Mehrfach-Konflikt mit der Polizei, Suspendierung vom College, Ablehnung durch die Armee. Schließlich ein Leben außerhalb der Gesellschaft.

Im Internet konstruierte Loughner seine eigene Realität. Der Staat benutze die "Struktur der Grammatik", um die Gedanken zu kontrollieren. Mit seiner eigenen Sprache - er nennt sie "Währung" - könne er selber "jede Meinung und jeden Glauben steuern". Er sei der Herrscher über die Hirne. Ein Psychiater würde ihn "schizophren" nennen. Von denen, schreibt der US-Nervenarzt E. Fuller Torrey, sei ein Prozent gewalttätig - in den USA wären das 40 000 Menschen.

Diese Menschen brauchen keine Anleitung von Sarah Palin und der Tea-Party, sondern Therapie oder Verwahrung. Ihre Waffen werden in den eigenen Köpfen geschmiedet - wie bei den Lafontaine- und Schäuble-Attentätern von 1990, wie bei allen Amokläufern rund um die Welt. Oder so: Der Einzelne erklärt das Ganze ebenso wenig wie Jared Loughner die Bösartigkeit des halben Amerikas, das lieber rechts als links wählt.

"Rechts" ist bei uns ein Pfui-Wort, überlagert von "Glatzen" und "Nazis". Amerika hat den Horror des Totalitarismus nicht erfahren; das ist der Unterschied. "Rechts" heißt dort: konservativ, gläubig, klassisch-liberal. "Rechts" ist: Familie, Anti-Etatismus, Patriotismus, Vorrang der Gliedstaaten.

Für das ganze Land gilt, wiederum anders als bei den Erben Hitlers, ein Maß an Meinungsfreiheit, das wir hier fürchten. Deshalb empfinden wir Amerikas politische Rhetorik, zur Rechten wie zur Linken, als exzessiv, ja erschreckend. Nur: Das war schon immer so, seit Geburt der Republik.

Worte als Waffen? Nein, Waffen sind Waffen, und die - noch ein Unterschied - kann sich in Arizona auch ein Schizophrener verschaffen. Doch ein rigoroses Waffengesetz in den USA zu verabschieden wäre so einfach, wie in Deutschland ein generelles Tempolimit auf der Autobahn zu verfügen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Mord; Kriminalität; Kriminalität und Recht;

CN (Land):
USA C1USA;

NN (Person):
Loughner, Jared Lee; Giffords, Gabrielle; Lincoln, Abraham;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 004 vom 06.01.2011 Seite 9

06.01.2011

https://extra.vhb.de/psintrip02?fn=intrip&sfn=cn_artikel&SH=0ca021f5a70b896ba83... 25.02.2011

Meinung

PERSPEKTIVEN

Der bescheidene Zuwachs an ökonomischem Wissen

Warum 2011 im Vergleich zum Crash-Jahr 2008 rosiger aussieht, als damals irgendjemand zu hoffen wagte: Wir haben dazugelernt.

Josef Joffe Hier ist noch eine Neujahrsvorschau: nicht über die Zukunft von Euro und Dollar, nicht über den Niedergang von Facebook, nachdem jetzt eine große (und nicht so coole) Bank eingestiegen ist, nicht über den Schnee, der garantiert wieder die Flughäfen beiderseits des Atlantiks lahmlegen wird. Das Thema ist kinderleicht: die Zukunft der Weltwirtschaft 2011.

Sie sieht gut aus, und der Hauptgrund liegt in der Vergangenheit, die jetzt über zwei Jahre zurückliegt: 2008 war eben nicht 1929. Zitieren wir John Kenneth Galbraith aus seinem Klassiker "The Great Crash of 1929". Damals hätte die Politik auf die "Wirtschaftskrise mit der wilden Entschlossenheit reagiert, alles noch viel schlimmer zu machen". Und warum kein Remake von 2008? "Seitdem hat es einen bescheidenen Zuwachs an ökonomischem Wissen gegeben."

Diesmal also kein Sparen um jeden Preis, Wettlauf bei der Abwertung, keine Liquiditätsvernichtung, Steuererhöhung. Stattdessen: Billionen für Konjunktur- und Liquiditätsspritzen weltweit. Ob der Über-Keynesianismus auch in zwei, drei Jahren so glänzen wird? Die nächste Blase kommt ganz bestimmt, aber vorerst steigen nur die Aktien und Rohstoffpreise. Die Immobilienpreise in den USA sind gerade wieder gesunken; der Markt ist noch lange nicht "geräumt".

Timothy Geithner, der US-Finanzminister, resümiert die guten Nachrichten: "Wir haben einen gefährlichen Brandherd gelöscht." Überall in der Welt herrscht wieder Wachstum - stärker in Deutschland, schwächer in den großen EU-Ländern und in den USA. Liquidität gibt's im Überfluss (wiewohl nicht Kredit). Die Schwellenländer wachsen dreimal schneller als der Westen - dieses Nachfragereservoir gab es 1929 ff. nicht.

Der World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds zeichnet vorsichtig ein rosiges Bild. "Bislang läuft die wirtschaftliche Erholung etwa wie erwartet, auch wenn das Risiko erhöht bleibt." Die Weltwirtschaft wuchs 2010 um fast fünf Prozent; in diesem Jahr wird die Rate auf etwas über vier absinken. Noch beeindruckender ist der Wandel im Welthandel. Im Jahr nach dem Crash ist er um elf Prozent geschrumpft, 2010 um elf Prozent nach oben geschnellt. Für dieses Jahr sagt der IWF immerhin sieben Prozent Wachstum voraus.

Politisch haben die Staaten ebenfalls viel hinzugelernt. Nach 1929 hat die Weltwirtschaftskrise erst dem Massenelend, dann dem politischen Schrecken den Weg bereitet: Faschismus von Portugal bis Polen, Nazismus in Deutschland und Österreich. Was wir heute in Europa erleben - Schweden-Partei, Wilders in Holland, Haideristen in Österreich -, ist allenfalls schwacher Abklatsch. Ihr Nationalismus ist defensiv, ihr Ressentiment nicht antidemokratisch. Sarrazin verkauft Bücher, kein Parteiprogramm.

Denn der moderne Wohlfahrtsstaat hat unzählige Wälle gegen die Verelendung aufgerichtet. Heute bedroht der Verlust des Arbeitsplatzes nicht mehr die Existenz - auch das ist eine Lektion, die der Westen nach dem Horror der 30er-Jahre gelernt hat. Von unseren Einkommensstützen konnten unsere Großeltern nicht einmal träumen. Deshalb konnten die Rattenfänger auch von dieser üblen Rezession nicht profitieren. Wo ist dann der Pferdefuß?

Die Probleme, die in diesem freundlichen Wirtschaftswetterbericht lauern, werden sich erst nach 2011 richtig zeigen. Die größte, die amerikanische Wirtschaft hinkt nach wie vor. Die "Spekulanten" (das sind du und ich, unsere Banken und Investmentfonds) springen von einem PIGS-Land zum anderen auf der Suche nach einer Bresche. Die astronomische Liquidität schwappt zwar nur leise, aber wenn nicht die Gesetze der Ökonomie ausgehebelt worden sind, kommt die nächste Blase wie der Kater nach dem Suff. Für dieses Jahr sagen die steigenden Aktienmärkte gutes Wetter voraus.

Aber es klaffen massive Defizite, so weit das Auge reicht. Das große Sparen quer durch Europa hat jedenfalls keinen "double dip" gezeugt, derweil das Gegenteil - ein Stimulus nach dem anderen - Amerika (noch) nicht in die Gänge gebracht hat. Keynes' Epigonen in Obama-Land fordern ungerührt noch mehr Deficit-Spending. Die Europäer, die 2010 auf Disziplin setzten, zeigen sich als die besseren Schüler des großen Meisters. Wer sich "The General Theory" und die späteren Schriften vornimmt, wird darin Lob für Merkel, Sarkozy und Cameron finden. Anders als die Krugmans und Stiglitze hat John Maynard den "Keynesianismus" nur im Abschwung gepredigt. Der nächste Schritt sei die fiskalische Tugend, damit der Staat nicht die privaten Investitionen verdränge.

Vergessen wir übrigens die beste Nachricht nicht. 1929 war das Ende der Globalisierung, die erst in den Siebzigern zurückkam. Ruft jemand im Westen nach Kapitalkontrollen? Protektionismus? Ja, aber verschämt und verhalten. Galbraith hat recht behalten mit seinem Spruch: "Seitdem hat es einen bescheidenen Zuwachs an ökonomischem Wissen gegeben."

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Wirtschaftswissenschaften; Konjunkturanalyse; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):
Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 001 vom 03.01.2011 Seite 9

03.01.2011

Meinung

NEUJAHR

Das Ende der Welt kommt ganz bestimmt ...

... oder auch nicht. Vorhergesagt wird es seit Jahrtausenden, und heute wieder. Aber es gibt gute Gründe, warum es auch diesmal ausbleibt.

Josef Joffe Im neuen Jahr wollen wir weit in die Zukunft spähen und abermals verkünden, was niemand bezweifelt: Früher war alles besser, vor allem die Vergangenheit. Diese Wahrheit gilt seit mindestens 4 000 Jahren - als eine Keilschrift im chaldäischen Ur den Verfall der Sitten geißelte und angesichts einer "heruntergekommenen und zuchtlosen Jugend" voraussagte: "Das Ende der Welt ist nahe."

Dass alles schlimmer wird, ist eine anthropologische Konstante, die seit Jahrtausenden unser Leben begleitet; das Gruseln als anheimelnde Gewissheit, die uns Halt verschafft im

"Geworfensein ins Nichts" (das war gerade Heidegger in einem Satz). Noch anheimelnder ist freilich ein neues Buch, das ich in diesen Weihnachtstagen gelesen habe. Es ist "The Rational Optimist" von Matt Ridley, einem Oxford-Biologen, der 20 Jahre lang für den "Economist" geschrieben hat und auch hier durch Bücher wie "Eros und Evolution" oder "Die Biologie der Tugend" bekannt geworden ist.

Dieser "rationale Optimist" besitzt die Frechheit, die Untergangsfantasien der Moderne einer kühlen Vorher-nachher-Analyse zu unterziehen: Was ist tatsächlich eingetreten? Das knappe Fazit: Die Nachfahren des Jeremiah (sowie der zwölf kleinen Propheten) waren Versager, aber ihr Geschäft blüht wie seit eh und je. Denn das Wahrsagergewerbe kennt keine Erfolgskontrolle. Welcher Leitartikler, Politiker oder Consultant hat je seinen Job verloren, weil das Verhängnis sich als Unsinn entpuppt hatte?

"Bad news is good news" ist der Leitstern der Medien, und welcher NGO-Aktivist hätte je die Spenden mit Prognosen verdoppelt wie: "Die Eisbären-Population wächst" oder "Afrika wird reicher"? (Beides stimmt.) Pessimismus verkauft sich einfach besser. Doch Ridleys Bilanz, so faktenreich in der Erzählung wie sparsam in der Polemik, ist noch besser für den klaren Kopf.

Die Älteren erinnern sich noch an das "Waldsterben", ein Wort, das ins Englische und Französische einging. Die Bundesregierung prophezeite weiland das Ende des deutschen Waldes für das Jahr 2002; in den USA wurde der Ostküste das gleiche Schicksal vorausgesagt. Bloß: Die Bäume gedeihen prächtig. Ridley notiert: "In Wahrheit wuchs die Biomasse der europäischen Wälder in den Achtzigern."

In den Nuller-Jahren stand die Vogelgrippe auf dem Programm. 150 Millionen Tote sagte die Uno voraus. Ridley: "Bis jetzt waren es 300." Der Ebola-Virus, der uns so viele Horrorfilme verschafft hat? Das war die Rache der Natur für die Vergewaltigung der Erde. Zwar hat Ebola ganze Dörfer im Kongo dahingerafft, aber wir hören nichts mehr von dem Virus. Die Schuldigen waren wohlmeinende Nonnen, die bei der Chinin-Injektion dieselben Nadeln benutzt hatten.

Rinderwahn? Nicht Hunderttausende von Menschen sind an Creutzfeldt-Jakob gestorben, sondern 166. Tschernobyl? Eine halbe Million Krebs-Tote wurden 1986 prognostiziert. Die jüngste Schätzung lautet 4 000. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges besaßen die beiden Supermächte 75 000 Atomwaffen. Folglich war das Ende der Menschheit beschlossene Sache. Tatsächlich haben die beiden ihre Bestände auf etwa ein Viertel reduziert. Welcher Armageddon-Prophet hat das Ende der Sowjetunion vorausgesagt?

Schließlich der Ultrahype der Siebziger: Paul Ehrlichs "Population Bomb". Ganz bestimmt, verhiess dieser bis dato unbekannte Schmetterlings-Forscher, "werden in den 70er- und 80er-Jahren Hunderte von Millionen den Hungertod sterben". Tatsächlich hat sich die Menschheit seitdem verdoppelt, und die Nahrungsmittelproduktion ist exponentiell gewachsen.

Es ist einfach, sich über die Ehrlichs dieser Welt (oder den Club of Rome) lustig zu machen. Aber der wohlverdiente Hohn ist nicht die Moral von der Geschichte. Das Urproblem der Untergangspropheten ist die Linearität - dass die Welt von morgen eine schrecklichere Version der gestrigen sein wird. Bloß: Der Mensch ist weder ein Molekül noch ein Planet. Die bewegen sich gedanken- und willenlos in ihrer Bahn. Die Menschheit aber, schreibt Ridley, ist eine "kollektive Problemlösungs-Maschine, und die bewältigt ihre Probleme, indem sie sich ändert".

Die Menschheit ist nicht verhungert, weil Norman Borlaugh den goldenen Reis erfunden hat. DDT hat nicht Hunderte von Millionen gemeuchelt (wie in dem Bestseller von 1962, "Der stumme Frühling", geweissagt). Stattdessen wurden Nachfolger entwickelt, die Malaria-Mücken, aber nicht Menschen und Arten dezimierten. Das schlichte Händewaschen hat Wunder gegen den jüngsten Grippe-Erreger gewirkt. Statt Atomkrieg kam die massive Abrüstung.

Optimisten werden nie in die Talkshows eingeladen. Trotzdem möge man zum Jahreswechsel Ridley lesen. Früher war eben nicht alles besser. Oder wünschen Sie sich den Zahnarzt zurück, der mit dem fußbetriebenen Bohrer in Ihrem Karies herumwerkelt - ohne Betäubung?

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Buchkritik; Literatur; Prognose;

CN (Land):
Welt (Internationales) C00WOR;

NN (Person):
Ridley, Matt;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 248 vom 22.12.2010 Seite 9

22.12.2010

Meinung

USA

Die wundersame Wandlung des Barack O.

US-Präsident Obama nimmt sich Bill Clinton zum Vorbild. Das eröffnet ihm die Chance auf eine zweite Amtszeit im Weißen Haus.

Josef Joffe Nach Obamas Wahldesaster im Herbst gab es zwei Möglichkeiten: Entweder der Präsident rückt in die Mitte, oder er fliegt in zwei Jahren aus dem Weißen Haus. Nur wenige glaubten, dass dieser Mann, der so gar nicht in die amerikanische Tradition des starken Marktes und des schwachen Staates passen wollte, das Zeug zu Reue und Umkehr hatte.

Das böse Wort "Jimmy II." machte die Runde - gemünzt auf den glücklosen Ex-Präsidenten Jimmy Carter, der nach nur einer Amtszeit von Ronald Reagan geradezu vernichtend geschlagen wurde. Jetzt reden Kommentatoren etwas respektvoller von Obama als "Bill II.". Bill Clinton hatte in der Zwischenwahl 1994 eine noch heftigere Niederlage einstecken müssen. Beide Häuser des Kongresses gingen an die Republikaner. Und doch wurde Clinton 1996 wiedergewählt - weil er auf die Opposition zugegangen war.

Obama als Wendehals? Ein sinnfälliges Bild: Mitten in der Adventszeit stand plötzlich der leibhaftige Bill Clinton im Pressezentrum des Weißen Hauses und plauderte mit den Reportern, als wäre er selber der Hausherr. Obama hatte ihn eingeladen, den überraschenden Steuerkompromiss mit den Republikanern zu verteidigen. Die Einkommen- und Kapitalgewinnsteuern werden nicht erhöht, die Sozialabgaben verringert. Immerhin ist der Deal 900 Milliarden Dollar wert - eine hübsche Konjunkturspritze direkt an den Verbraucher.

Das Establishment der Demokraten heulte auf, vor allem die Fraktion im Repräsentantenhaus. Aber der Deal wird beide Häuser passieren, und damit ist der sozialdemokratische Umbau Amerikas passé - just der hatte die Wechselwähler im November in die Arme der Republikaner

getrieben.

Das war aber nur der erste Schritt. Vergangene Woche lud er die minderen Teufel ins Weiße Haus ein: die Creme des Big Business, seine einstigen Lieblingsfeinde. Jetzt umgarnt Obama sie und verheißt eine mildere Regulierungspolitik. Ein Berater im Weißen Haus, Tom Pfeiffer, zieht die direkte Parallele: "Wir können eine Menge von Bill Clinton lernen, der sich nach 1994 in einer ähnlichen Situation befand." Von Obama hört man, dass er jetzt Bücher über die Clinton-Präsidentschaft liest.

Clinton schien damals ein halbes Jahr wie gelähmt zu sein. Dann tauchte plötzlich ein Wörtchen auf, das seitdem auf ewig mit dem Namen Clinton verbunden sein wird: "Triangulation". Im Deutschen ist Triangulieren ein Begriff aus der Messtechnik, wo man von zwei Punkten aus einen dritten ansteuert, um den im Schnittpunkt genau zu orten. Bei Clinton war es ideologisch gemeint: Hier ist links, dort ist rechts, und ich ab durch die Mitte. So konnten ihn die Republikaner nie packen. Und dann stahl er ihnen noch die Munition, indem er 1996 die große Wohlfahrtsreform auf den Weg brachte, welche die Hälfte aller Empfänger in den Arbeitsmarkt lockte oder zwang. Ex-Kanzler Gerhard Schröder hat daraus Hartz IV abgeleitet. Als Linksabweichler konnte man Clinton hernach nicht mehr verteufeln.

Hätte Obama zum 1. Januar die Steuern tatsächlich angehoben, wäre er gewiss 2012 erledigt gewesen - mit dem Kainszeichen des sozialistischen Hardliners auf der Stirn, das ihm die Republikaner aufgedrückt haben. Deshalb auch die Wutschreie aus dem linken Flügel der Demokraten. Beweisen sie doch, dass er sich wirklich nach rechts bewegt.

Das Parteivolk findet es gut. Zwei Drittel, so die jüngste Umfrage, begrüßen die neue Kompromissbereitschaft. Und die Wechselwähler ebenso. Die Republikaner sind jedenfalls aus dem Tritt geraten. Kommen sie Obama entgegen, bestätigen sie ihn. Versteifen sie sich auf Fundamentalopposition, riskieren sie, just jene Wechselwähler zu verprellen, die ihnen im November zwar den Sieg, aber kein Mandat geschenkt haben.

In Wahrheit gibt es keine Mandate in der heutigen Politik, weder in Deutschland noch in Amerika, sondern nur den "faulen" Kompromiss. Obama geriet in den Strudel, weil er glaubte, einen Auftrag vom Wahlvolk erhalten zu haben, und Erlöser gehen keine Kompromisse ein.

Jetzt verhandelt er. Bleiben nur noch ein paar kleine Probleme in der Außenpolitik: Iran, Nordkorea, Irak, Afghanistan - und natürlich in der Wirtschaft. Die hatte Clinton nicht. In seiner Ära brach der längste Aufschwung aller Zeiten an - bis hin zur Vollbeschäftigung. Und Amerikas Feinde waren verschwunden - wie die Sowjetunion, die sich 1991 auflöste.

Obama hat noch ein anderes Problem: Er ist weder Charmeur noch Menschenfänger. Obama ist kühl und menschelt nicht; man nimmt ihm die Bonhomie nicht ab. Deshalb holte er sich Bill Clinton, damit der im Weißen Haus den Steuer-Deal verkaufe. "Die Leute", sagt Bill I., "sehen den Kompromiss nicht als Schwäche." Das war auch an Obama gerichtet, der sich nach kurzer Einführung ins oberste Stockwerk zu Michelle verzog.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
009

DE (Thema):
Staatsoberhaupt; Wahlkampf; Wahl; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
USA C1USA;

CO (Unternehmen):

Republican Party Republikanische Partei USA; Democratic Party Demokratische Partei USA Demokraten;

NN (Person):

Obama, Barack;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 244 vom 16.12.2010 Seite 9

16.12.2010

Meinung

EURO

Von der Kunst des Forderns und Förderns

Weder Rausschmiss noch Ausstieg retten den Euro. Es hilft nur eine konsequente Politik, vor allem gegenüber den PIGS-Staaten.

Josef Joffe In diesen Tagen erhält man so manchen Anruf von Bankern und Bond-Tradern aus London und New York. Die Fragen sind immer die gleichen: Wann steigt Deutschland aus dem Euro aus, wann fliegt Griechenland raus? Die Antworten bleiben auch gleich: Nie. Erstens enthalten die europäischen Verträge keine Rausschmiss-Klausel. Zweitens hat niemand in Deutschland ein Interesse am Austritt. Drittens wären die Griechen, die PIGS-Länder überhaupt, wahnsinnig, wenn sie absprängen.

Dieser Trick hat nur einmal funktioniert, und dann mit astronomischen Kosten: als Argentinien 2002 die Kopplung an den Dollar kappte. Aber zu welchen Kosten! Kapital wurde kofferweise ins Ausland geschleppt, der Peso fiel auf ein Viertel, ausländische Gläubiger bekamen 35 Cent für den Dollar. Es dauerte fast zehn Jahre, bis sich das Land einigermaßen erholte.

Und in Griechenland? Allein die Ankündigung würde den Schwelbrand in ein Inferno verwandeln: Kapitalflucht, Kapitalkontrollen, Kollaps des Geldkreislaufs, ohne den eine Wirtschaft nicht leben kann. Dann der "Hair-Cut", der Hellas auf Jahre von Krediten abschneiden würde. Überdies würde die abgeschmolzene Neo-Drachme das Land kaum wettbewerbsfähiger machen. Der Grund? Außer Oliven, Wein und Tourismus hat Griechenland nur wenig auf dem Weltmarkt anzubieten.

Nun zu Deutschland. Insgesamt stehen die PIGS bei deutschen Instituten mit gut 300 Milliarden Euro in der Kreide; das sind 15 Prozent vom BIP (Deutschland ist der größte Gläubiger). Ähnlich die Franzosen. Wenn die Germanen also den Euro retten, retten sie vorweg sich selbst. Die Sache wird noch klarer, wenn man alles addiert, was die PIGS insgesamt schulden. Dann kommt der Monsterbetrag von 1,75 Billionen Euro heraus.

Wer also die globale Finanzkrise nach dem Crash von 2008 mochte, wird von dieser Krise erst recht begeistert sein: Wenn Gläubiger von einem Land in das andere stürmen, wenn Banken zusammenkrachen und so ein weltweites Erdbeben auslösen, das nach 2008 gerade noch vermieden werden konnte.

Gegen solches Beben hilft ein deutscher Ausstieg sowieso nicht. Auch nicht gegen den Aufwertungssturm, der die NDM (Neue Deutsche Mark) überziehen würde. Wohin würden die Anleger denn sonst fliehen? In den Dollar, und dann ist Schluss. Wir haben den Euro erfunden, um Dämme gegen die Aufwertung zu errichten und unser exportabhängiges Wachstum zu

schützen. Die deutsche Exportquote ist unter den großen Ländern die höchste der Welt: 47 Prozent vom BIP.

Man darf sich ausmalen, wie die deutsche Wirtschaft florieren würde, wenn die NDM nun plötzlich doppelt so viel wert wäre wie die alte Währung, die mit knapp zwei Mark in den Euro einging. Mag sein, dass die Nachfrage nach deutschen Ausfuhren preiselastisch ist, dass ein Prozent Aufwertung nur einen halben Prozent Exportverlust nach sich zöge. Aber bei hundert Prozent Aufwertung? Einwand: Der Außenwert der D-Mark hat sich doch in den vierzig Jahren bis zur Euro-Einführung mehr als verdoppelt, und die Exportquote stieg trotzdem. Richtig. Bloß hatten die Deutschen vierzig Jahre Zeit für die Anpassung, die sie nach dem Euro-Austritt eben nicht hätten.

Wer in Deutschland will die Kettenreaktion auslösen, die womöglich auch die EU zerstören würde? Die hanebüchene Idee einer Zweiteilung in Nord- und Süd-Euro wäre der erste Schritt. Deutschland, die größte Wirtschaft der EU, im Verbund mit Finnland, Luxemburg, Holland? Adenauer würde sich im Grabe drehen, und die Euro-Begründer Schmidt und Kohl würden nach Neuseeland auswandern.

Es hilft nichts. Deutschland wird den Euro retten müssen, just wie es Merkel seit Jahresbeginn immer wieder getan hat. Nicht aus Edelmut, sondern aus Eigeninteresse. Außerdem ist Größe Schicksal: Wer mehr hat und mehr kriegt, muss auch mehr für den Erhalt einer Gemeinschaft zahlen. Öffentliche Güter wie eine Währungsunion erhalten sich nicht von selbst.

Trotzdem sollte das Merkel-Bashing aufhören, wie zuletzt durch Sigmar Gabriel, der ihr vorwirft, ihre "historische Aufgabe" für Europa zu verkennen. Brutal ausgedrückt: Wer zahlt, schafft an. Freundlicher: Es muss eine Merkel geben, die nicht nur gibt, sondern auch fordert. Die PIGS haben schlicht über ihre Verhältnisse gelebt, und deshalb liegt die Bringschuld auf ihren Schultern. Wiewohl mit kräftigen Privilegienverlusten verbunden, werden Markt- und Sozialreformen die PIGS wieder fit machen für Wachstum und Wettbewerb - und damit den Euro stärken.

Bis jetzt hat Deutschland wegen des Rettungsschirms keinen Cent verloren. Bricht der aber zusammen, werden wir zahlen müssen, und zwar aus schnödem Eigeninteresse. Das ändert aber nichts daran, dass die Verantwortung bei den PIGS liegt. Berlin muss, wie es so schön heißt, zugleich fördern und fordern.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

009

DE (Thema):

EWU; Währung; Geld und Börse; Finanzpolitik; Öffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen;

CN (Land):

Europäische Union C4EU; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

09.12.2010

Meinung

ARBEITGEBER

Google baut den goldenen Käfig - aber das Tor steht offen

Eine Stadt für Techies: der Nachfolger der alten Zechenhäuser.

Josef Joffe Das Industriezeitalter ist zurück - ausgerechnet in Googleland, wo täglich die Zukunft erfunden wird. Google will ab 2013 eine ganz neue Stadt im Silicon Valley bauen: 110 000 Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche auf 17 Hektar. So haben es vor hundert Jahren auch die Zechenbesitzer und Fabrikanten gemacht; davon zeugt noch heute die "Siemensstadt" in Berlin.

In der Industriesteinzeit ging es allerdings härter zu. Davon erzählt der Country-Klassiker "16 Tons" von Tennessee Ernie Ford: Der ausgebeutete Kumpel war sogar zu arm, um zu sterben; er musste ewig weiterschufteten, weil er im Zechenladen in der Kreide stand. Wie süß ist dagegen das Leben im postindustriellen Mountain View! Schon heute, auf dem alten "Googleplex"-Campus, verschenkt der Konzern Luxus. Neun Gourmet-Restaurants gibt es, dazu Friseursalons, Swimming-Pools und Süßzeug-Stationen - alles gratis.

Der neue Campus wird den goldenen Sozialismus noch weiter treiben, mit Wohnungen, Kindergärten und Fitness-Centern. Kein Zwang: Wer lieber im 60 Kilometer entfernten San Francisco wohnen will, kann auf ein firmeneigenes Busnetz zurückgreifen, inklusive Wi-Fi. Andere Tech-Unternehmen bauen ebenfalls private Transportnetze.

Der Grund ist ein hochkapitalistischer: Produktivität und Kostendruck, also mehr Leistung pro Stunde. Was ist schon ein Haarschnitt für lau im Vergleich zum Arbeitszeitverlust, wenn die junge IT-Frau sonst in die Stadtmitte fahren muss? Der zweite Grund: Während Amerika unter knapp zehn Prozent Arbeitslosigkeit stöhnt, boomt das "Valley".

Die Arbeitskräfte gehen aus. Just deswegen hat Google jüngst die Gehälter erhöht: 30 Prozent mehr für die Chefs, zehn Prozent plus für die Untergebenen. Und wenn die Leute trotzdem nicht kommen, weil der Wohnraum so teuer ist wie in Manhattan? Dann müssen Firmenwohnungen her - und Kitas mit dazu. So baut Google den postmodernen Wohlfahrtsstaat, derweil sich das Land damit quält, mit den Sozialtransfers das Staatsdefizit zu kürzen.

Wo ist der Haken? Dieser private Sozialstaat ist nicht egalitär, sondern elitär. Ein Google-Nachbar, der Chef eines kleinen Tech-Ladens, drückt es ganz unideologisch aus. "Müssen die damit so protzen?" fragt er, während er in den Clubraum gegenüber blickt - auf die Espressomaschine, den Tisch-Fußball und die Regale voller Snacks. Andererseits: Der Westen kann mit China & Co. nicht auf dem Niedriglohnsektor konkurrieren; er muss Produkte mit wachsender Wertschöpfung anbieten. Und dazu braucht es hochtalentierte und -qualifizierte Arbeiter. Deshalb steigt das Gehalt bei Google, vermehren sich die Goodies, demnächst der Billig-Wohnraum.

Der Faktor "Frau" schlägt ebenfalls durch; den kennen inzwischen ja auch deutsche Personalchefs. Erst investiert die Firma viel Zeit in eine junge Neue, dann verschwindet sie, weil die Brutpflege ruft. Also bieten immer mehr US-Unternehmen hauseigene Kitas an - Fürsorglichkeit, die auf Gewinnstreben basiert.

Was passiert in einer Arbeitswelt voller goldener Käfige wie in Googlestadt? Theoretisch müsste die Mobilität leiden. Hier im Silicon Valley aber halten die goldenen Ketten nicht; die Leute wechseln ihre Jobs so schnell wie vom Chevy zum Hybrid-Prius. Denn die Digital-Industrie dreht sich noch schneller. Außerdem lebt der alte Adam, jedenfalls solange er noch jung ist, nicht von geschenkter Gourmandise allein. Er will, was er nicht hat: die Herausforderung des Neuen. Deshalb verlieren laut MIT Sloan Management Review die Googles und Ciscos jährlich prozentual dreimal mehr Mitarbeiter als die Start-ups.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Unternehmensorganisation; Unternehmen; Betriebswirtschaft; Städtebau; Bauen und Wohnen;

CN (Land):
USA C1USA;

CO (Unternehmen):
Google Inc;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 234 vom 02.12.2010 Seite 10

02.12.2010

Meinung

WIRTSCHAFTSKRISE

Unter den großen Staaten stehen die USA noch am besten da

Josef Joffe Wem geht es besser im Jahr drei nach der großen Finanzkrise, Europa oder Amerika? Vordergründig den Europäern, zumal den Deutschen. Theodore Dalrymple, ein irischer Autor, zelebriert das harte Euro-Management von Angela Merkel sogar als "Pax Germanica". Die Deutschen, schreibt er im "Wall Street Journal", hätten die Vormacht nicht gesucht. "Sie ist ihnen zugefallen - aufgrund von Sorgfalt, Fleiß und weiser Konzentration auf die Real-, nicht die Virtual-Wirtschaft."

Tatsächlich hat sich die Wirtschaftspolitik Europas "germanisiert". Wo früher Leichtsinns und Verschwendung herrschten, zieht fiskalische Disziplin ein. Die Iren haben gerade zehn Milliarden Euro aus dem Haushalt geschnitten, die Griechen haben die staatlichen Löhne um 15 Prozent gekürzt, die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent erhöht. Frankreich und England haben dreistellige Milliardenbesparungen im Haushalt beschlossen.

Dagegen haben die Amerikaner für Sparen bisher nur gestimmt, indem sie Obamas Demokraten im Kongress dezimierten. Doch wie das 1,4-Billionen-Dollar-Defizit gestaut werden soll, hat noch keiner verraten. Was den Europäern einst als "Eurosklrose" angekreidet wurde, scheint über den Atlantik gewandert zu sein.

Aber auch in Europa steht nicht alles zum Besten. Irland hat zwar als Gegenleistung für das 85-Milliarden-Euro-Rettungspaket gelobt, das Defizit in den nächsten vier Jahren auf drei Prozent zu stützen, aber wie? Irland braucht in den nächsten drei Jahren 66 Milliarden Euro für Defizitfinanzierung und Schuldendienst. Wie sparen, wenn die irische Wirtschaft zuletzt um vier

Prozent geschrumpft ist, derweil die Arbeitslosigkeit bei zwölf liegt?

Europa hat letztlich so wenig Grund zum Angeben wie Amerika. Hier aber klart der Himmel auf. Der Freitag nach Thanksgiving wird merkwürdigerweise "Black Friday" genannt, obwohl es sich nicht um einen alljährlichen Börsenkrach, sondern um eine Shopping-Orgie handelt. 212 Millionen haben an diesem Wochenende die Läden gestürmt; letztes Jahr waren es 195 Millionen. Sie haben dabei vier Milliarden Dollar mehr als im Vorjahr ausgegeben. Der Konsum springt also an. Das zeigen auch die Rekordprofite, welche die US-Unternehmen gerade gemeldet haben: 1,6 Billionen Dollar. Der Arbeitsmarkt scheint sich zu erholen. Das sind aber nur Schnappschüsse.

Grundsätzlich gilt, dass die Jobs der Zukunft weder beim Staat noch in den Großunternehmen entstehen werden. Die Hoffnung gehört dem Mittelstand. Wo ist der Boden für Gründer am fruchtbarsten? Die Small Business Administration der USA meldet: Unter den Top Ten befinden sich weder Deutschland noch Frankreich, sondern sieben kleine europäische Länder: von Dänemark (Nr. 1) bis Holland (Nr. 10). Kanada und USA sind Nummer zwei und drei. Wo ist die Neugründung am einfachsten? Kein einziges großes EU-Land landet unter den Top Ten, die USA sind unter den Großen am besten positioniert. Ein Start-up dauert sechs Tage in Amerika, 18 in Deutschland - und 37 im hochgelobten Wirtschaftswunderland China.

Diese Zahlenspiele sagen zweierlei aus. Erstens: Small is beautiful; Dänemark, Schweiz und Co. sind einfach flexibler. Zweitens: Unter den Großen stehen die USA immer noch am besten da. Die Zukunft wird mithin von Leuten gestaltet, die heute so unbekannt sind, wie es gestern die Google- und Facebook-Gründer waren. Mag sein, dass in der EU eine Pax Germanica herrscht. Aber das gilt nur in der Makroökonomie. Bei den Marktformen ist Deutschland zwar besser als andere EU-Staaten, aber was mikroökonomische Flexibilität betrifft, findet man alle Europäer unter "ferner liefen".

In Amerika schöpfen kleine Unternehmen wieder Hoffnung.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Weltwirtschaft; Internationale Wirtschaftsbeziehungen; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

USA C1USA; Europäische Union C4EU; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 229 vom 25.11.2010 Seite 8

25.11.2010

Meinung

Das Kalkül der Terroristen

El Kaida jubiliert, obwohl ihr jüngster Terroranschlag aufgedeckt wurde. Die Terrororganisation versucht, die Ausgaben für die Terrorabwehr in exorbitante Dimensionen zu treiben.

Josef Joffe In Deutschland suchen die Behörden fieberhaft nach zwei Selbstmordbombnern; in Amerika sind die Bürger einfach nur wütend. Am heutigen Donnerstag ist Thanksgiving, der Familien-Feiertag, und 24 Millionen Menschen fliegen in dieser Woche durchs Land. Die Vorfreude sinkt gen null. Denn inzwischen stehen 385 "Nacktscanner" in 68 Flughäfen, und wer nicht durch will, muss sich abtasten lassen wie im Hochsicherheitstrakt.

Denn die frühere Alternative besteht nicht mehr, weil die Handscanner ausgemustert werden. Zu verdanken haben das die Amerikaner dem nigerianischen "Weihnachtsbomber", der den Sprengstoff vor Jahresfrist in seiner Unterhose versteckt hatte. Der wurde zwar entdeckt, El Kaida aber jubelt dennoch. Eine Sonderausgabe ihres "Inspire"-Magazins addiert die Spesen für den jüngsten versuchten Paketbombenanschlag. Zwei Handys à 150 Dollar, zwei HP-Drucker à 300 Dollar, plus Luftfracht - alles zusammen 4 200 Dollar. Unterm Strich: "Dieser ‚vereilte Anschlag‘ wird Amerika und den Westen Milliarden für neue Sicherheitsmaßnahmen kosten. Das nennen wir Hebelwirkung."

Dass es nicht geklappt hat, sei zweitrangig. Mit so wenig Einsatz "Furcht und Schrecken zu verbreiten" sei doch ein "Schnäppchen" für El Kaida. Außerdem ging es nicht um Massenmord, sondern um das "Ausbluten der Luftfahrtindustrie zwischen Amerika und Europa".

Die Terroristen von El Kaida sprechen eine große Wahrheit so frech wie gelassen aus. Kein Terrorangriff liefert einen militärisch relevanten Sieg, nicht einmal einen politischen. In der Intifada (2000-2007) haben Selbstmordbomber 540 Israelis umgebracht. Das hat den Widerstandswillen nur gestärkt, wie die Umfragen zeigen. Doch wuchsen die Verteidigungsausgaben in diesen Jahren von neun auf zwölf Prozent vom BIP.

Der Lohn des Terrors, höhnt El Kaida, sei eine gewaltige Transaktionssteuer auf Handel und Wandel in der Welt. Allein die Sicherheitskontrollen: In Amerika fliegen zwei Millionen Menschen am Tag. Sie müssen eine Stunde früher als sonst kommen. Unterstellen wir einen Minimallohn von zehn Dollar, gehen 20 Mio. Dollar pro Tag und 7,3 Mrd. pro Jahr verloren. Zählen wir dazu die Kosten für die Hardware, für eine neue Bürokratie (Transportation Security Administration), für neue FBI-, CIA- und Polizeibeamte sowie US-Zöllner, die rund um die Welt Container checken. Was kostet die Verzögerung im Frachtverkehr? Jeder Anschlag schafft eine neue Kategorie von Bedrohungen. Man mag sich nicht ausmalen, wie es im Airport zugehen wird, wenn demnächst eine Bombe nicht am, sondern im Körper versteckt wird.

Machen es die Israelis besser? Seit 40 Jahren halten sie den Terror vom Flugverkehr fern. Sie werfen das Netz schon weit vor der Sicherheitskontrolle aus. Sie haben Geräte erfunden, die Sprengstoff von weitem "erschnüffeln". Passagiere werden vor der Ankunft im Computer überprüft, dann noch einmal in Person an der Einfahrt. Drinnen patrouillieren Nicht-Uniformierte. Erst dann kommt das Gespräch mit den Passagieren in der Warteschlange, das auf einem Profilschema basiert. "Profiling" aber ist in den USA strikt verboten; deshalb wird auch die alte Dame mit ihrer neuen Titan-Hüfte abgetastet. Die israelische Methode erfordert im Durchschnitt 57 Minuten pro Person. Außerdem hat Israel nur zwei Flughäfen und Amerika 450.

Wie auch immer: Billiger wird es nicht. Richard Clarke, früher Terrorexperte im Weißen Haus, kommt auf den Kern zurück: "Mit ein paar Hundert Dollar und minimalem Zeiteinsatz kann El Kaida einen enormen Aufwand bei uns provozieren; das ist der asymmetrische Terrorismus."

Wäre der Mensch rational, würde er sich sagen, dass die Wahrscheinlichkeit des Terrortodes winziger ist als die, vom Blitz erschlagen zu werden. Doch bewegt uns ein einziger Flugzeug-Crash mehr als alle Verkehrstoten. Um die Transaktionssteuer zu senken, müsste die Terrorabwehr dort anfangen, wo es auch der Terrorist tut: in Pakistan, im Jemen, im Sudan.

Deshalb eine gute Nachricht, die "Inspire" geflissentlich ausspart: Aufgedeckt wurde der Anschlag von den saudischen Geheimdiensten, die einen Guantanamo-Häftling umgedreht hatten und in den Jemen ausreisen ließen. Der verriet die Frachtbriefnummern. Die Bomben wurden

gefunden und entschärft. Hier schlug die Asymmetrie zugunsten des Westens durch. Egal, wie clever der Hase; er kann nicht an den vielen Hunden der Welt vorbei, die den staatlichen Machtapparat hinter sich haben.

Zwei Fragen aber bleiben. Die eine stellt der Bürger: "Wann ist es genug?" Der Staat schießt zurück: "Was ist, wenn?" Deshalb haben sich die Kontrollen unaufhörlich ausgeweitet. Wie jetzt die massenhaften Proteste der Amerikaner zeigen, beginnt sich der Bürger zu wehren. Der Salon-Kolumnist Patrick Smith hat recht: "Wir können uns nicht gegen jede vorstellbare Bedrohung schützen. Was immer wir tun - einer könnte immer durchkommen." Warum also immer mehr tun? Damit El Kaida jubiliert?

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Derzeit lehrt er in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
008

DE (Thema):
Kriminalität-politische; Kriminalität; Verbrechensbekämpfung; Innere Sicherheit; Kriminalität und Recht;

CN (Land):
USA C1USA; Europäische Union C4EU; Welt (Internationales) C00WOR;

CO (Unternehmen):
Al-Kaida . Al-Qaida . El-Kaida . Al-Qaeda;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 224 vom 18.11.2010 Seite 10

18.11.2010

Meinung

EURO-ZONE

Warum Papandreou noch am längeren Hebel sitzt

Wachstum ist die beste Medizin gegen zu hohe Defizite.

Josef Joffe Die Kanzlerin grollt, Deutschland könne nicht andauernd den Retter spielen, wenn einer von den PIGS mal wieder über dem Abgrund hinge. Es sei an der Zeit, dass Gläubiger das Risiko selber tragen, das sie so leichtsinnig eingegangen sind. Der griechische Premier faucht zurück, die Germanen seien schuld. Die deutsche Politik sei verantwortlich für eine "Spirale steigender Zinsen", die Ländern wie Irland und Portugal das "Rückgrat brechen" und sie in den "Bankrott" treiben könnte.

Das ist psychologische Kriegführung; jeder will den anderen weichkochen. Doch gilt die Wette, dass Hellas und Co. auch diese Runde gewinnen werden, jedenfalls nach Punkten. Das hat prinzipielle wie praktische Gründe.

Die prinzipiell-theoretischen: Euro-Skeptiker (wie auch dieser Autor) haben im Vorfeld der Einführung vor den üblen Konsequenzen einer Währungs- ohne Politik-Union gewarnt. Was würde denn passieren ohne einen Souverän, der allen Mitgliedern wie in einem Bundesstaat die gleiche Ausgaben- und Steuerpolitik verschreibt? Dann gliche die Währungsunion einem Zug aneinandergekoppelter Lokomotiven (Staaten), die alle aus eigener Einsicht im selben Tempo in dieselbe Richtung fahren müssten. Sonst entgleist der Zug.

Gibt es keinen Zugführer, bleiben nur zwei Korrekturmechanismen, wenn einer zu viel Dampf (Defizite) macht und ihm die Kohle (im doppelten Wortsinn) ausgeht. Entweder er drosselt das Ventil (Austerity), oder die anderen schießen aus ihrem Kohlebunker nach (Bail-out). So wird die Währungsunion zur Transferunion - wie zwischen dem reichen Bayern und dem armen Bremen.

Vor einem halben Jahr haben EU und IWF den zweiten Weg gewählt - Hartz IV für die Verschwender. Zwar war die milde Gabe mit scharfen Austerity-Auflagen ("Dampf raus!") bewehrt. Aber: Eigentlich wussten alle, die die Bilanzen von Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gelesen hatten, dass der Deal nur einen Aufschub, aber keine Lösung erkaufen würde. Nur kam die Krise schneller als vermutet. Und deshalb der Krach Merkel-Papandreou, bei dem die Kanzlerin recht hat, der Grieche aber den Längeren ziehen wird. Das ist die älteste Geschichte der Welt: Schulde ich der Bank 1000 Euro, schlafe ich nachts schlecht. Schulde ich aber eine Million, raubt es meinem Gläubiger den Schlaf.

Der Zug muss auf dem Gleis bleiben. Warum? Die Theorie der öffentlichen Güter lehrt: Wer das größte Interesse an dem Erhalt eines Gemeingutes hat - und die meisten Mittel mit dazu -, der zahlt mehr. Gerade Deutschland, ein Land mit der gleichen exzessiven Exportquote wie China (40 Prozent vom BIP), möchte nicht plötzlich ohne den Schutzwall des Euros allein im Aufwertungsorkan stehen.

Die praktischen Gründe: Eine hausgemachte Finanzkrise ist das Letzte, was die EU heute braucht. Denn zwischen Iberien und Hellespont sammeln sich die Gespenster des Double Dip. Im Abschwung schafft Athen die Sparvorgaben nicht, derweil Spaniens Arbeitslosigkeit (20 Prozent!) nach oben kriecht. Wer will in diesem Moment noch mehr Sparen fordern oder gar die PIGS in die Pleite treiben? Dann sollen wenigstens die Banken bluten, wie Merkel angedeutet hat. Also ein Hair-Cut, wie ein Schuldenschnitt im Finanzjargon heißt. Die Kur ist schlimmer als die Krankheit.

Deshalb hat Merkel ihre Drohung schon aufgeweicht. Kein Default, keine Umschuldung bis mindestens 2013. Und dann? Beten wir zum Gottvater Keynes, dass seine Verheißung - Geld-plus Ausgabenflut - endlich das Wachstum befeuert. Denn Wachstum ist der beste Defizitsenker.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit". Derzeit lehrt er Politik an der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Staatsverschuldung; Finanzpolitik; Öffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen;

CN (Land):
Europäische Union C4EU; Griechenland C4EUGR; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

Handelsblatt Nr. 219 vom 11.11.2010 Seite 10

11.11.2010

Meinung

GELDPOLITIK

Bernankes Offensive ist weder gut für die USA noch für die Welt

Warum die Geldschwemme der Fed niemandem hilft.

Josef Joffe Der atlantische Streit um die bessere Wirtschaftspolitik geht in die zweite Runde. Die erste - "Keynes vs. Kanzler" - lief recht zivilisiert ab, und sie ging an Europa. Obama forderte noch höhere Defizite von den Europäern. Die großen drei aber sagten höflich "Nein" und verschrieben ihren Ländern gewaltige Sparpakete.

Die zweite Runde hat gerade begonnen: "Obama und Bernanke gegen den Rest der Welt". Den ersten Schuss feuerte Wolfgang Schäuble ab, indem er den Amerikanern schändliches Verhalten à la China vorwarf: die gezielte Währungsmanipulation nach unten. Mit ihrer neuerlichen Geldspritze in Höhe von 600 Milliarden Dollar "verfolgt die US-Notenbank die falschen Rezepte". Obama aber bleibt hart: "Es ist der Auftrag der Fed, mein Auftrag, die US-Wirtschaft zum Wachsen zu bringen. Das ist gut nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt."

Wirklich? Der erste Streit - "Spendieren statt sparen" - ist für Amerika nicht gut gelaufen. Messen wir den Netto-Stimulus, also das Defizit vor und nach dem Crash (2007-2009): Der US-Swing beträgt fast neun Prozent vom BIP. Dafür gab es 2010 anämisches Wachstum von zuletzt zwei Prozent und Arbeitslosigkeit von fast zehn. In Deutschland betrug der Swing etwa 5,5 Prozent vom BIP. Wachstum: über drei Prozent, Arbeitslosigkeit unter dem Vor-Crash-Wert. Gewiss, eine schlichte Rechnung, aber aus dieser Bilanz kann Obama kaum Argumente für seinen Über-Keynesianismus ableiten.

Ist die Dollar-Flut, die Fed-Chef Bernanke mit seinen 600 Milliarden ausgelöst hat, besser für Amerika? Nur wenn man seiner Logik folgt: "Wenn Inflationserwartungen zu niedrig sind, könnten höhere Erwartungen nützlich sein." Wie das?

Paul Krugman erklärt das in seiner "New York Times"-Kolumne so: "Wenn die Leute an eine Inflationsrate über dem normalen Satz glauben, werden sie nicht mehr auf ihrem Geld sitzen bleiben wollen." Bernanke meint auch, dass die "Inflationsrate zu niedrig ist". Diese Diagnose erinnert an den fatalen Spruch von Helmut Schmidt: "Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit." Bernankes Problem: Die Inflation ist schon da, aber die Arbeitslosigkeit verharrt bei knapp unter zehn Prozent.

Die jüngste Geldoffensive der Fed wird den Rest der Welt nicht ruhen lassen. Sie wird den USA den Exportvorteil per Dollarabwertung nicht gönnen. Das Wort vom "Währungskrieg" klingt nun nicht mehr ganz so absurd. Hinzu kommt das andere Horrorwort aus den 30er-Jahren: Protektionismus, der Zwilling der kompetitiven Abwertung. Pünktlich zum Auftakt des G20-Gipfels zeigt eine Studie, wie kräftig der Protektionismus-Index seit dem Sommer gestiegen ist. Hauptsünder: die USA und EU. Hauptzielscheibe: China.

Hält der Trend an, wird er jeden Abwertungsvorteil der Amerikaner zunichte machen. Und wenn erst die Chinesen glauben, dass die USA ihre Auslandsschulden systematisch durch einen billigen Dollar abschmelzen wollen, werden sie auch keine US-Staatspapiere mehr kaufen. Ergo steigen die Zinsen in den USA, ergo wird der Aufschwung noch weiter verzögert. Bernankes Währungsoffensive ist weder gut für die Welt noch für Amerika.

Besser wäre eine dritte Debatte über den Atlantik hinweg: Mikro vs. Makro. Wenn die Geld- und Ausgabenschwemme wie in Amerika so wenig bringt, rücken Strukturreformen nach oben. Die Deutschen haben unter Schröder ihre Hausaufgaben gemacht; die Amerikaner satteln zurzeit

drauf: mit einer Regulierungswut, die das Land zuletzt in den Dreißigern gesehen hat. Wie soll sich da das legendäre Unternehmertum der Amerikaner entfalten?

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt zurzeit Politik in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Währung; Geldpolitik; Geld und Börse;

CN (Land):

USA C1USA;

CO (Unternehmen):

Board of Governors of the Federal Reserve System Fed Federal Reserve Board;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 214 vom 04.11.2010 Seite 1

04.11.2010

Thema Titelseite

Der Entzauberte

Erdrutschsieg für die Konservativen. Der einst als Hoffnungsträger der westlichen Welt gefeierte Barack Obama erlitt gestern eine Niederlage von historischer Dimension. 2012 droht den Demokraten der Verlust des Weißen Hauses. Ein Kommentar von Josef Joffe.

Wenn die Präsidentenpartei 20 Sitze im Kongress verliert, ist das historischer Durchschnitt. Wenn sie aber wie Obamas Demokraten am Dienstag mindestens 61 Mandate abgeben muss, ist das eine Katastrophe.

Seit 1948 hat das Volk die Herrschenden noch nie so barbarisch bestraft. Vergleichbar ist nur das Desaster des Bill Clinton. Die Demokraten verloren 1994, zwei Jahre nach dessen Kür, 54 Sitze - und die Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus. Doch zwei Jahre später wurde Clinton mit knapp neun Punkten Vorsprung wiedergewählt. Allerdings kann Obama aus diesem Happy End wenig Trost schöpfen.

Als Clinton 1996 den Lazarus gab, boomte die Wirtschaft, herrschte wieder Vollbeschäftigung. Unter Obama erscheint die Arbeitslosigkeit von knapp zehn Prozent wie festgeschweißt; das Wachstum wackelt um die zwei Prozent.

Die Statistik ist aber nur die halbe Story. Die andere Hälfte sind die Personen, die konträrer nicht sein könnten. Clinton nannten sie zärtlich "Bubba". Er war einer von den Jungs: zum Anfassen und - wie die Affäre mit Monica Lewinsky zeigte - zum Verlieben. Er war ein Menschenfischer, der die Opposition im Kongress mit Charme, Schläue und Kompromissen einfangen konnte.

Obama menschelt nicht; er doziert. Er verstrahlt kühle Intellektualität, wo Clinton dem Volk aufs Maul schaute. "I can feel your pain", lautete ein legendärer Clintonismus, als der Aufschwung noch zögerte. Dagegen dieser berüchtigte Spruch von Obama: In üblen Zeiten sei es "kein Wunder, wenn die Leute verbittert sind und sich an Waffe und Glauben klammern oder fremdenfeindlich werden". Wenn es ihnen schlechtgeht, wollen die Leute Trost und Verständnis, keine Psychodiagnose vom Oberarzt der Nation. Noch weniger wollten die Wähler hören, dass sie "nicht klar denken können, wenn sie Angst haben". Der Politiker als Besserwisser, das funktioniert nicht.

Obama ging mit zwei Mühlsteinen in die Wahl 2010, die ihn auch 2012 das Weiße Haus kosten können. Auf dem einen steht "Obama" als Chiffre für einen Menschen, der 2008 die schiere Verheißung verkörperte, dann aber wie ein Magier, dem ein Kunststück nach dem anderen misslingt, das Publikum verliert. Der zweite Mühlstein ist die Wirtschaft. Hier lasten auf Obama das größte Defizit in Friedenszeiten, eine der höchsten Arbeitslosenquoten seit Kriegsende, Steuererhöhungen, eine Gesundheitsreform, die 4000 Seiten umfasst und die welthöchsten Kosten (17 Prozent vom BIP) noch höher treiben wird.

Obama muss nun gegen die Republikaner im Unterhaus regieren. In Washington ist es keine Tragödie, dass im Weißen Haus die eine und im Parlament die andere Partei regiert, es ist eher Normalzustand. Nur erfordert die geteilte Macht einen Präsidenten, der das Wählerurteil respektiert, in diesem Fall also seine Bündnisse in der Mitte und weiter rechts schmiedet.

Clinton beherrschte das Spiel perfekt. Beispiel: Statt der schon damals verhassten staatlichen Gesundheitsversicherung organisierte er nach dem Debakel von 1994 die Sozialhilfereform - Hartz IV hoch zwei. Heute rangiert der Mann schon zu Lebzeiten unter den "Great Presidents" - trotz Monica.

Kann Obama, der entzauberte Heilsbringer, menschlicher und mittiger werden? Amerika ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bis Dienstag aber hat Obama mit "change" nicht sich selbst gemeint.

Joffe, Josef

Amerika nach der Wahl (Handelsblatt-Beilage)

SE (Seite):

001

DE (Thema):

Staatsoberhaupt; Wahlergebnis; Wahl; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

USA C1USA;

CO (Unternehmen):

Democratic Party Demokratische Partei USA Demokraten;

NN (Person):

Obama, Barack; Clinton, Bill;

29.10.2010

Meinung

US-KONGRESSWAHL

Die Bürger zetteln eine Revolte gegen Obama an

Die konservative Reaktion gegen US-Präsident Barack Obama kann am Dienstag seine Vorherrschaft im Kongress beenden.

Josef Joffe Normalerweise sind Halbzeitwahlen in den USA so interessant wie deutsche Landtagswahlen, also nicht sehr. Auf den Präsidenten kommt es an, aber der wird erst in zwei Jahren gewählt. Doch diesmal riecht es nach Revolution.

Die Wucht der Revolte wird sich nicht allein nach dem Wahlergebnis bemessen lassen, das im Normalbereich liegen wird. Behalten die Auguren recht, wird Obama seine Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren und sie im Senat knapp halten - nichts Außergewöhnliches in den Zwischenwahlen, die immer die Partei des neuen Präsidenten schwächen. Obamas Bewertung - 46 Prozent finden die Amtsführung gut, 48 Prozent schlecht - schwankt im normalen Bereich. Der Sieben-Punkte-Vorsprung der Republikaner vor den Demokraten kündigt auch nicht von einem Erdbeben.

Was dann? Der Widerstand formiert sich diesseits der Urnen. Drei Zahlen mögen ihn verdeutlichen. Fast zwei Drittel der Befragten sehen das Land "auf dem falschen Weg". Sieben von zehn halten die Leistung des Kongresses für ungenügend. Noch größere Verärgerung verrät die dritte Zahl. Die Frage lautet: "Wen würden Sie eher wählen - einen Abgeordneten mit zehn Jahren im Geschäft oder einen totalen Neuling?" Fast die Hälfte wünscht sich den Unbeleckten, nur knapp ein Viertel den Erfahrenen.

Auf diesem Boden sprießt die Revolte. Ihr Name ist "Tea-Party", ein Gebilde, das es in Deutschland nicht gibt: eine außerparlamentarische Opposition, die nicht auf der Straße, sondern im Parlament siegen will. Das Gros der deutschen Medien hat die Sicht ihrer linksliberalen amerikanischen Kollegen übernommen und das Phänomen ähnlich falsch eingeschätzt. Die Tea-Party - der Begriff kommt aus der Frühzeit der amerikanischen Revolution gegen England - sei ein Haufen religiöser Rechter mit rassistischen Einsprengseln: antiliberal, antimodern, antiemanzipatorisch.

Die Belege lassen sich tatsächlich finden, wenn man lange genug auf die Ränder starrt. Aber wer genau hinguckt, zum Beispiel während der großen Tea-Party-Kundgebung vor sechs Wochen in Washington, wird unter insgesamt 250 Plakaten nur ein Dutzend finden, das auf Obamas Rasse oder Religion (angeblich sei er Muslim) anspielt. Die überwältigende Mehrheit hatte andere Sorgen: Defizite in Billionen-Höhe, steil nach oben schießende Staatsausgaben (auf über gänzlich unamerikanische 40 Prozent vom BIP), Milliarden für die Bankenrettung, hartnäckige Arbeitslosigkeit. Die Wut der ersten Tea-Party in Boston 1773 entzündete sich an den britischen Zöllen auf Tee.

Rahm Emanuel, Obamas zurückgetretener Stabschef im Weißen Haus, sagt es ganz knapp: "Eine Anti-Establishment-Stimmung liegt in der Luft." Das Establishment waren früher einmal die Republikaner: die Banker, Big Business, die weißen Protestanten. Heute hat es, so bizarr es auch klingt, seine Heimat bei den Demokraten gefunden. Wo lebt diese "Elite", wie ein konservativer Kampfbegriff lautet? In Manhattan, Hollywood und Silicon Valley; in den großen Universitäten, in den Investmentbanken und Start-ups, in den Medien (außer dem Rechtsausleger "Fox" und dem "Wall Street Journal"). Es sind die Reichen und die Hochgebildeten - Obamas Leute. Und Obama steht für Big Government, Big Taxes, Big Spending.

Deshalb ist die Tea-Party nur Katalysator; Extremisten und Fundamentalisten hätten es nicht geschafft, in den Vorwahlen der Republikaner so viele Kandidaten an die Spitze zu katapultieren. Manchmal waren es Hitzköpfe ohne Wahlchancen, öfter aber besonnene Konservative, die sich durchsetzen werden.

Die Stimmung schafft die Bewegung, nicht umgekehrt. Deshalb spendet der Milliardär George Soros, der 2004 mit Millionen dabei war, dieses Jahr nichts für die Demokraten. Er wolle sich nicht einer "Lawine in den Weg stellen". Deshalb sind auch die Wechselwähler von Obama abgefallen, die klassischen Wahlentscheider. 56 Prozent fanden ihn gut, als er 2009 ins Amt kam; heute sind es nur 38 Prozent. 55 Prozent aller Amerikaner geben zu Protokoll, sie seien im vergangenen Jahr konservativer geworden.

All diese Zahlen summieren sich zum Umschwung am Dienstag: Weg mit denen, die an der Macht sind, und das sind die Demokraten! Der Präsident aber muss sich erst 2012 zur Wiederwahl stellen. Die Schicksalsfrage, die erst dann beantwortet werden kann, lautet: Ist er ein Jetzt-erst-recht-Dogmatiker, der unbeirrt weitermarschiert? Dann wird seine erste Amtszeit die letzte sein, wie die von Jimmy Carter.

Oder ist er ein Pragmatiker, der sich den neuen Machtverhältnissen anpasst? Dann wird er wie Reagan und Clinton, die ebenfalls die erste Zwischenwahl verloren, in die Mitte drehen und das Weiße Haus zum zweiten Mal erobern. Wer genau ist Obama? Seine Antwort: "Ich bin beim Start der Langsame, in der Zielgeraden aber der Schnelle."

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit". Derzeit lehrt er Politik in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
011

DE (Thema):
Staatsoberhaupt; Wahlkampf; Wahl; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
USA C1USA;

NN (Person):
Obama, Barack;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 204 vom 21.10.2010 Seite 8

21.10.2010

Meinung

Die Macht des Despoten schwindet

Die militärische Option gegen Iran ist vom Tisch. Russland leistet deshalb keinen Widerstand mehr gegen die Sanktionen. Der Diktatur fällt es schwerer, das Volk ruhigzuhalten.

Josef Joffe Vergangene Woche flog ein Munitionslager der iranischen Revolutionsgarden in die Luft: Schlamperei oder Sabotage? Davor kroch der Stuxnet-Wurm durch iranische Anlagen, hauptsächlich durch solche der Firma Siemens, die einst die Reaktoren von Buschehr geliefert

hatte. Am interessantesten aber ist ein Signal aus Russland, das bislang Iran-Sanktionen verwässerte: Iran erhält nun doch nicht das beste Flugabwehrsystem S-300.

Dafür gab's großes Lob von Obama. Jahrelang hatte Moskau weder Ja noch Nein gesagt. Die neuen Indizien besagen: Die "militärische Option" gegen die iranische Atomrüstung ist vom Tisch. Folglich eskaliert der Krieg im Schatten: Sabotage als Ersatz. Und die Schlinge der Sanktionen zieht sich zu. Wahrscheinlich hat gerade der unausgesprochene Gewaltverzicht den USA das diplomatische Geschäft erleichtert.

Deutschland ist zwar der drittgrößte Lieferant Irans (nach den Vereinigten arabischen Emiraten und China), aber offensichtlich wirkt der Druck aus Amerika. Ende September brach Thyssen-Krupp die Geschäfte ab. Davor waren es Siemens, Allianz und Linde. Warum? Am 9. Juni verschärfte die Uno die Sanktionen, insbesondere bei den Waffenexporten und Finanztransaktionen. Etwas später landeten einige Dutzend iranische Unternehmen auf der schwarzen Liste der USA. Wer mit denen Geschäfte macht, ist raus aus dem US-Markt. Ende Juli schlug die EU zu: mit einem Verbot von Investitionen im Energiesektor, der wichtigsten Einnahmequelle des Regimes.

Kein Wunder, dass Siemens sich zurückzieht. Was ist ein Umsatz von 400 Millionen Euro in Iran im Vergleich zu 20 Milliarden in den USA? Gleiches trifft für Südkoreas Autohersteller Kia zu, der den US-Markt nicht verlieren will. Wie Seoul hat auch Tokio einseitige Sanktionen verhängt. Nun lehrt die Erfahrung, dass Wirtschaftskrieg noch kein Land in die Knie gezwungen hat, vielleicht mit Ausnahme Südafrikas, und dann nach Jahrzehnten. Aber eines wird inzwischen deutlich: Iran leidet unter dem wachsenden Druck, weil der auf eine geschwächte Wirtschaft trifft.

Zwei Zahlen zur Illustration. Die Energieexporte, die im Vorjahr bei 80 Milliarden Dollar lagen, werden 2010 knapp 20 Milliarden weniger bringen. Die Wirtschaft, die noch 2007 mit knapp acht Prozent wuchs, wird 2010 nicht einmal zwei Prozent schaffen. Ein Beispiel illustriert, wie hoch die Handelshürden inzwischen sind: Ein Hamburger Investor, der in Iran ein Werk gebaut hat, muss ein italienisches Ersatzteil aufgrund der Sanktionen erst nach Deutschland schaffen, dort die Exporterlaubnis einholen, dann das Teil zurück nach Genua schaffen, von wo es nach Iran verschifft wird. Höhere Versicherungsprämien muss er nun auch bezahlen, beglichen muss er den Kauf in bar.

Die Sanktionen allein erklären nicht die Wirtschaftsprobleme. Ahmadinedschad ist ironischerweise der beste Verbündete des Westens. Er muss seine Prätorianer bei der Stange halten, die Revolutionsgarden, die ein Viertel der Wirtschaft kontrollieren. Das bedeutet Privilegien, Monopole, Wettbewerbsverlust, kurz: Wachstumsbremsen. Zum Zweiten muss er das Volk durch reichliche Subsidien für Grundnahrungsmittel und Energie ruhigstellen. Ein Haushalt von vier Personen kassiert so 4000 Dollar extra pro Jahr. Dieses Füllhorn belastet die Wirtschaft. Verfällt sie mit dem Preis für Öl und Gas, kann Ahmadinedschad weniger Opium unters Volk bringen.

Das Regime will nun 100 Milliarden Dollar an Subventionen streichen und Preise anheben. Da hat er gleich zwei Mühlsteine am Hals: noch mehr Inflation und die wachsende Wut der Ärmeren, die seine Machtbasis bilden. Hebt er wie geplant auch die Steuern an, kommen die Basaris, die Kaufleute, mit dazu. Die haben vor dreißig Jahren mitgeholfen, den Schah zu stürzen; im Sommer haben sie gestreikt.

Sanktionen sind nie tödlich, erhöhen aber die Transaktionskosten. Auch die kann eine Diktatur wegstecken. Aber Iran ist ein Land, in dem die Herrscher im Dauer-Machtkampf mit einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer konservativen Opposition im Parlament stehen. Wenn der Herrscher das Volk nicht mehr ruhigstellen kann, weil Sanktionen eine lahrende Wirtschaft noch weiter lähmen, schwindet seine Kraft. Er hat den Titel, aber nicht mehr die Macht. So erging es 1970 dem Schah, der scheinbar alle Macht der Welt hatte, von der Armee bis zu den Ölquellen.

Der Westen ist stumme Partei im inneren Machtkampf. Diplomatisch mag das Schweigen sinnvoll sein, politisch nicht. Denn das Volk sollte wissen, dass die Sanktionen nicht ihm, sondern dem Regime gelten. Obama, Merkel und Co. sollten deshalb die Stimme erheben: Wir sind gegen ein Regime, das die Welt ebenso quält wie sein eigenes Volk. Das ist auch gute Realpolitik, zeigt doch die Geschichte des modernen Despotismus, dass irgendwann die Dissidenten gewinnen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt derzeit Politik in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
008

DE (Thema):
Handelssanktion; Außenwirtschaftspolitik; Internationale Wirtschaftsbeziehungen; Internationale Politik;
Internationale Beziehungen;

CN (Land):
Iran C7IRAN; USA C1USA; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 199 vom 14.10.2010 Seite 8

14.10.2010

Meinung

Der schlimmste Feind für den Rockstar

US-Präsident Obama tauscht Personal aus. Sein größtes Problem aber ist die Unerfüllbarkeit astronomischer Erwartungen seiner Wähler, nicht die Qualität seiner Mitarbeiter.

Stellen wir uns vor, die Kanzlerin wechselt zur Halbzeit sechs Minister aus. Dann hätten die deutschen Medien mindestens zwei Wochen lang Futter für gelehrte Diskurse über ihre "Verzweiflungstat" - oder deren krasses Gegenteil, den "Befreiungsschlag". Just eine solche Rochade läuft derzeit in Washington ab. Es sind zwar keine Minister, die gehen, sondern "Stabschefs", "Direktoren" oder "Vorsitzende" - insgesamt sechs. Doch solche Figuren sind in einem Präsidialsystem oft genug wichtiger als ein Minister, der in Amerika bezeichnenderweise "Secretary" heißt.

Der jüngste Abgang ist der Nationale Sicherheitsberater James Jones, zu dessen illustren Vorgängern Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski gehören. Vor ihm kündigte Larry Summers den Rückzug an, der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats. Der mächtigste im Sextett war Stabschef Rahm Emanuel, Obama-Intimus und Ein-Mann-Leitstelle im Weißen Haus; er ist als Bürgermeister-Kandidat nach Chicago geflüchtet.

Dennis Blair, Geheimdienst-Koordinator, ging, bevor er gefeuert wurde; er hätte bei der Terrorbekämpfung versagt. Vom Budget-Direktor Peter Orszag trennte sich Obama im Sommer; ihm wird Pressesucht und Illoyalität angekreidet. Schließlich Christina Romer, die Chefin der "Wirtschaftsweisen": zurück auf den Lehrstuhl in Berkeley.

Weil der Prozess kein geballter ist, sondern Mann um Mann (oder Frau) ablief, schlug er jeweils nur kleinere Wellen. Aber ein Muster ergibt er doch, weil die Abgänger Schlüsselfiguren in zwei kritischen Bereichen sind: der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Die Regierung Obama brilliert in beiden nicht. Der Krieg gegen die Taliban läuft so schlecht wie der gegen die Arbeitslosigkeit,

die sich seit Monaten nicht rührt. In drei Wochen sind Kongresswahlen, wo es für Obamas Demokraten noch schlechter aussieht. Probieren wir's also mit neuem Personal, wenn die Politik nicht funktioniert.

Larry Summers und Christina Romer standen für mehr Konjunkturspritzen, ein Argument, das angesichts explodierender Defizite und anhaltender Jobverluste nicht mehr ziehen will. Die neuerliche Geldschwemme, welche die Fed letzte Woche entfesselt hat, will auch die Märkte nicht beeindrucken, wo der Dollar gegen Yen und Euro harte Schläge hinnehmen musste. Der Lehrstuhl in Harvard (Summers) oder Berkeley (Romer) sieht dagegen prächtig aus.

Sicherheitsberater James Jones, der frühere Chef der Marine-Infanterie, war dagegen eine Fehlbesetzung von Anfang an. Die Marines kämpfen gegen sichtbare Feinde, auf dem Kriegsschauplatz daheim aber herrscht die Guerilla. Wer hier siegen will, zumal gegen Insider wie Hillary Clinton und Robert Gates, muss Machiavelli, nicht Moltke gelernt haben. Jones, zuvor Oberbefehlshaber der Nato, fühlte sich viel wohler als Reisediplomat. Ehrliche Häute gewinnen keine Preise in Washington.

Kann sich Obama mit den Neuen eine bessere Zukunft zimmern? Die dürre Antwort: Ein Befreiungsschlag zu Halbzeit ist es nicht. Nehmen wir Tom Donilon, bislang die Nummer zwei im Nationalen Sicherheitsrat, der das Erbe des General Jones antritt. Er ist der klassische Beamte, genauso wie Peter Rouse, der den Charismatiker Rahm Emanuel als Stabschef im Weißen Haus ersetzt. Donilons Presse ist nicht erhehend. Verteidigungsminister Gates hat ihn ein "Desaster" für den Fall genannt, dass er die Nummer eins werden sollte. Sein Noch-Chef Jones soll ihn angeblafft haben: "Sie haben keine Glaubwürdigkeit in den Streitkräften." Überdies hätte er noch nie sein "Büro zu einem echten Ausflug ins Feld verlassen". All das ist nachzulesen in dem neuen Buch von Bob Woodward: "Obama's War".

Das Fazit? Die neuen Figuren sind nicht groß genug, um Obama in der November-Wahl glänzen zu lassen. Die Republikaner liegen sechs Punkte vor den Demokraten. Stanley Greenberg, der für die Demokraten arbeitet, sagt's ganz lapidar: "Wäre die Wahl heute, würde die Wahlnacht sehr traurig für die Partei aussehen." Nach vorn gerechnet: Obama muss ab Januar mit einem Kongress arbeiten, in dem die Machtverhältnisse gegen ihn stehen werden. Jenseits des Kapitols sieht die Welt nicht freundlicher aus: Konjunkturschwäche, Dollarverfall, Afghanistan, Irak, Iran, Friedensprozess ...

Der Präsident hat ein paar unbequeme Figuren ausgetauscht. Das macht den Umgang leichter, aber nicht die Umsetzung. Nun werden noch mehr quälende Entscheidungen direkt im Oval Office landen. Manche Präsidenten - siehe Franklin Roosevelt und Harry Truman - sind an ihren mörderischen Herausforderungen gewachsen; andere - siehe Jimmy Carter - sind kläglich gescheitert und mussten nach vier Jahren gehen. Obama hat noch zwei Jahre Zeit, aber einer, der 2009 als Rockstar und Erlöser angetreten ist, muss sich gegen den schlimmsten Feind überhaupt durchsetzen: die Enttäuschung astronomischer Erwartungen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit". Derzeit lehrt er Politik in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

008

DE (Thema):

Regierung; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

USA C1USA;

NN (Person):

Romer, Christina; Summers, Larry; Jones, James;

Handelsblatt Nr. 194 vom 07.10.2010 Seite 8

07.10.2010

Meinung

PROTEKTIONISMUS

Warum die Hunde in Amerika zwar bellen, aber nicht beißen

In einer berühmten Sherlock-Holmes-Story wundert sich der Inspektor über den Hund, der nächtens nicht gebellt hatte. Warum das unhündische Verhalten? Die gleiche Frage wirft der US-Wahlkampf 2010 auf, wo Obama bislang von allen möglichen Hunden gejagt wurde, bloß nicht von der Meute des Protektionismus. Doch hätte just diese am lautesten kläffen müssen - wegen der Jobs, die nach Asien verschwinden und die Arbeitslosigkeit verschärfen, wegen des Leistungsbilanzdefizits, das trotz schwachen Wachstums wieder breiter klafft.

Im zweiten Quartal 2010 ist das Defizit im Jahresvergleich um 40 Milliarden Dollar gewachsen; das sind gut 50 Prozent mehr als im zweiten Quartal 2009. Zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt findet nun eine Mehrheit des Wahlvolks, die Freihandelsabkommen der USA hätten dem Land "eher geschadet" (53 Prozent). Dass sie "eher geholfen" hätten, glauben nur noch knapp 20 Prozent. Vor zehn Jahren waren beide Lager noch gleich stark.

Noch interessanter werden die neuen Zahlen, wenn man sie nach Einkommen und Beruf aufschlüsselt. Je ärmer, desto ängstlicher? Falsch. Je mehr einer verdient, desto mehr glaubt er, dass Outsourcing die Arbeitslosigkeit verschärfe. Deshalb bellen neuerdings die Hunde, die seit 1996 recht schläfrig geblieben sind. In Kalifornien fletschen die Politiker ganz ungeniert die Zähne. Die Demokratin Barbara Boxer, die ihren Senatssitz gegen die Republikanerin Carly Fiorina verteidigt, bezichtigt die Ex-Chefin von Hewlett Packard, "30 000 Leute gefeuert und deren Jobs nach China, Indien und Malaysia exportiert" zu haben.

Das Gebell hat inzwischen Washington erreicht. Vor einer Woche votierte das Repräsentantenhaus mit 348 zu 79 Stimmen (also mit 99 Republikanern) für eine Vorlage, die es der Regierung erlaubt, Strafzölle gegen Staaten zu erheben, die ihre Währung systematisch unterbewerten. Im Visier ist nicht nur China. Das Votum ist die schärfste Drohung seit zehn Jahren. Sie weckt Erinnerungen an den berüchtigten Smoot-Hawley-Zoll von 1930, der in die Geschichte eingegangen ist als größter Brandbeschleuniger der Weltwirtschaftskrise. Der US-Durchschnittszoll stieg zwar nur von 13 auf knapp 20 Prozent, aber die Wirkung war verheerend. Amerikas Handelspartner zogen ihrerseits die Wälle hoch. Insgesamt schrumpfte der Welthandel bis 1932 um 33 Prozent.

Kriegen wir jetzt das Remake? Die Antwort ist ein vorsichtiges Nein. Erstens, weil die Vorlage des Unterhauses noch im Senat abgesegnet werden muss. Das ist eher unwahrscheinlich. Amerika konnte nach 1930 zudem nur einen kurzen Vorteil genießen. Dann griff die Vergeltung, und drei Jahre später war der Stand: US-Exporte minus 61 Prozent, US-Importe minus 66 Prozent. Die Depression ging erst 1941 zu Ende.

Damals gab es kein China. Zwischen beiden Ländern herrscht heute die wirtschaftliche Version dessen, was zu Hochzeiten des Kalten Krieges "Mutual Assured Destruction", kurz "MAD", im Nuklearen genannt wurde. Jeder konnte den anderen atomar vernichten. Heute könnte Amerika zwar seinen Markt gegen die Flut chinesischer Produkte abschotten, aber China könnte im Gegenzug Hunderte von Milliarden Dollar an US-Staatpapieren auf den Markt werfen und so den Dollar in den Abgrund schleudern. Der abstürzende Dollar würde den Ölpreis in astronomische

Höhen schießen lassen. Damit wäre die "Double dip"-Rezession garantiert.

Obama hat ein Druckmittel in die Hand bekommen, mehr nicht. Peking wird eine Geste machen, mehr nicht. Wer an der Kette des Welthandels liegt, kann genauso wenig lospreschen, wie es die Militärstrategen im Schatten der Bombe konnten.

Joffe, Josef

SE (Seite):

008

DE (Thema):

Protektionismus; Internationale Wirtschaftsbeziehungen; Outsourcing; Betriebswirtschaft; Lobby; Innenpolitik und Staat; Wirtschaftspolitik; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

Volksrepublik China C9CHIN; USA C1USA; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 189 vom 30.09.2010 Seite 10

30.09.2010

Meinung

NAHOST

Zusammenarbeit statt Terror und Unterdrückung

Josef Joffe Der 26. September war ein Schicksalstag in Nahost. Da lief das Bau-Moratorium im Westjordanland ab. Und es geschah ein kleines Wunder. Anders als es Präsident Mahmud Abbas angedroht hatte, blieben die Unterhändler in Washington. Stattdessen flog US-Unterhändler Mitchell nach Israel, um "Druck zu machen".

Keine "übereilten Entscheidungen", ließ Abbas wissen. Er wolle erst das Treffen der Arabischen Liga in Kairo am 4. Oktober abwarten. Warum diese überraschende Unaufgeregtheit? Die Direktgespräche sind in Wahrheit eine Side-Show; wenn dieser hundert Jahre alte Konflikt überhaupt gelöst werden kann, dann nicht auf der offenen Washingtoner Bühne.

Wie denn auch? Zu Hause laufen die beiden Protagonisten - Abbas und Netanjahu - seit eh und je an der kurzen Leine ihrer radikalen Widersacher. Die Siedler gehören zum harten Kern der Netanjahu-Wähler; sie denken nicht daran, die "Zurückhaltung" zu üben, die der Premier ihnen nach Ablauf des Moratoriums angeraten hatte. Der Aktionsradius von Abbas ist nicht minder knapp. Schon nennt ihn die in London erscheinende Al Quds (Arabisch für "Jerusalem") ein "Instrument" in den Händen der Israelis. Seine Rivalen in Hamas-Land halten ihn ohnehin für einen Verräter.

In Wahrheit kann keiner den Befreiungsschlag wagen. Die Palästinenser können sich nicht dazu durchringen, den Staat Israel ohne Wenn und Aber anzuerkennen und das "Recht auf Rückkehr" aufzugeben, das diesen Staat demografisch auflösen würde. Die Israelis sind theoretisch etwas weiter. Auch Netanjahu redet inzwischen von zwei Staaten; das letzte Angebot seines Vorgängers Ehud Olmert war "Westbank minus ein paar Prozent plus Gebietstausch". Bloß

enthält die Praxis lauter Horrorszenarien: den Bürgerkrieg mit den Siedlern, die Aufgabe von halb Jerusalem und den Rückzug hinter eine verwundbare Ostgrenze. Keine Regierung, die morgen noch im Amt sein will, wird sich so bald auf den Teufel einlassen, der im Detail steckt.

Anders als Abbas-Vorgänger Arafat haben der Präsident und sein Premier Fajad die Terror-Karte aber vom Tisch genommen; das ist das wirklich Neue in Nahost. Anders als Arafat reden sie nicht nur vom eigenen Staat, sondern bauen ihn auch. Das "Monopol der legitimen Gewalt" liegt nun in ihren Händen; die Privatarmeen sind aus Nablus und Dschenin verschwunden. Die Korruption, eine Säule der Arafat-Herrschaft, wird eingedämmt. Deshalb fließt das Geld aus dem Ausland reichlich und in die richtigen Kanäle. Die Wirtschaft wächst um sechs Prozent.

Öffentlich mag die Palästinenser-Behörde den Israelis die Pest an den Hals wünschen, hinter der Bühne aber arbeiten ihre Sicherheitskräfte geschäftsmäßig mit der israelischen Armee (IDF) zusammen. In der Folge werden immer mehr Straßenkontrollen abgebaut, die den Palästinensern das Leben vergällt und die Wirtschaft gelähmt haben. Die IDF liefert die Lebensversicherung für die Fatah-Regierung. Hamas weiß, dass jeglicher Putschversuch an den Israelis scheitern würde. Wer sich sicher fühlt, darf Konzilianz zeigen.

Hier wird nicht der große Wurf geprobt, sondern das Miteinander - aber zum ersten Mal mit einer Zukunftsperspektive. Mag sein, dass Netanjahu wähnt, so den Palästinenserstaat auf die längste aller Bänke schieben zu können. Mag sein, dass Abbas glaubt, der Rest der Welt werde Israel doch noch einen Palästinenserstaat abzwängen. Im Heute aber herrscht zum ersten Mal ein Zustand, der sich verbessert, statt in den altbekannten Teufelskreis von Terror und Unterdrückung abzurutschen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University, wo er Politik lehrt.

Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Kriminalität-politische; Kriminalität; Kriminalität und Recht; Außenpolitik mit Land; Internationale Beziehungen; Regierung; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

Naher Osten; Israel C7ISRA; Palästina;

CO (Unternehmen):

Hamas;

NN (Person):

Abbas, Mahmud;

Meinung

CORPORATE UNIVERSITIES

Geist und Geld: Unis müssen wie Unternehmen denken

Josef Joffe Harvard hat über 300 Jahre gebraucht, bevor es zur globalen Nummer eins wurde. Mittlerweile dreht die Welt sich schneller: 1961 warf McDonald's seine "Hamburger University" an, inzwischen bringt sie 5000 Studenten pro Jahr das Management bei. Hierzulande gibt es schon 40 "Corporate Universities" (CU), von der "ABB University Germany" bis zu "VW Auto-Uni".

Wie eine McKinsey-Studie jüngst herausfand, ist nur ein Bruchteil der Studierten für die Arbeit bei einem Multi ausgerüstet. Es fehle sozusagen der letzte Meter im Ausbildungsgang - die Fähigkeit, im Team zu arbeiten und dies über die Grenzen der eigenen Kultur hinweg. Diese Marktlücke will die CU füllen. Laut dem "Global Council of Corporate Universities" hat das weltweite System vier Millionen Studenten und ist der schnellstwachsende Bildungssektor überhaupt.

Die Geschichte besagt, dass die westliche Uni - die erste war Bologna (1088) - auch als CU angefangen hat. Bloß war das Unternehmen die Kirche, die dort Theologie und kanonisches Recht lehren ließ. Die Globalisierung gab es damals auch schon, die Scholaren wanderten innerhalb von Europa, sprachen aber nicht Englisch, sondern Latein.

Die explodierende Zahl der CUs besagt zweierlei: Dem globalisierten Teil der Wirtschaft reicht die Uni nicht mehr, deshalb übernimmt sie selbst die (Fort-)Bildungsarbeit. Das muss kein Unheil sein, denn Konkurrenz belebt das Geschäft. Der Botschaft zweiter Teil aber geht ans Eingemachte. Die Staatsmittel je Student bleiben seit Jahrzehnten praktisch konstant, von der Wirtschaft erhalten die klassischen Unis wenig Geld. Unvorstellbar, dass eine hiesige Firma mal 400 Millionen Dollar für die Natur- und Geisteswissenschaften hergibt, wie es die Hewlett-Stiftung (Hewlett & Packard) in Stanford getan hat.

Obendrein wandern Spitzenforscher in außeruniversitäre Institutionen wie Max Planck oder Helmholtz ab. Die deutsche Universität muss sich also wandeln: den Geist und das Geld zurückholen. Wer jetzt "Verschulung" und "Schmalspur" ruft, schimpft in die falsche Richtung. Erstens, weil die hiesigen Fachhochschulen zu Recht ihren besseren Ruf genießen, gerade wegen ihrer "Verschulung". Zweitens, weil "Universität" von "universal", also "allumfassend", kommt. Sie muss eben beides tun: Studium generale (wie neuerdings an der Uni Lüneburg) und gehobene Berufsausbildung, Grundlagenforschung und hochspezialisiertes Training.

Dazu ein Drittes: die lebenslange Fortbildung, etwa so, wie es die Corporate Universities vormachen. Das geht nicht? Dann betrachten wir die enorme Anpassungsfähigkeit der Universitas Scholarium seit 1000 Jahren: erst Priesterseminar, dann Artes liberales, dann Fachwissen wie Medizin und Jura, dann Forschungsuniversität.

Anderswo, in Amerika, Brasilien oder Indien, ist das Tempo allerdings schneller. Wissen und Können sind die Schlüsselressourcen der Weltwirtschaft. Deshalb herrscht offensichtlich eine gewaltige Nachfrage - und Zahlungsbereitschaft bei den Konzernen. Warum sollten nicht auch die "richtigen" Unis dieses Füllhorn anzapfen? Weil Mammon korrumpiert? Andersherum ist es richtig: Private Gelder finanzieren bei knappen staatlichen Kassen weiteres Wissen. Wenn Unternehmen wie Unis denken, müssen Unis wie Unternehmen denken - genauso wie Stanford und Co. Ein Drittel ihres Budgets kommt von außen, ein zweites von Studiengebühren. Und ihre Abteilungen für Philosophie, Literatur, und Geschichte glänzen umso mehr.

Auf Business-Sprech heißt das nicht "Korruption", sondern "Synergie".

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Studium; Hochschule; Wissenschaft; Bildung; Unternehmensführung; Management; Betriebswirtschaft;

CN (Land):

USA C1USA; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 179 vom 16.09.2010 Seite 8

16.09.2010

Meinung

Sarrazin hier, Palin in Amerika

Kulturkampf auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Unterschied: Dort könnte die konservative Revolte obsiegen. Bei uns ist dies sehr unwahrscheinlich, obwohl es ein gemeinsames "Gen" gibt.

Amerika hat auch seinen Thilo Sarrazin und seine Erika Steinbach. Bloß heißen die dort Glenn Beck und Sarah Palin. Beck ist der Politstar des TV-Senders Fox News, der sich drei Millionen Zuschauer pro Sendung mit einer Mischung aus Predigt und Interview für die Recht(s)gläubigen angelt. Sarah Palin war 2008 Vize-Kandidatin von John McCain. Jetzt schreibt sie Bücher, hält Reden im ganzen Land - und sich selbst warm als Nummer eins der Republikaner für 2012.

Die beiden schaffen freilich viel mehr als Sarrazin und Steinbach, haben sie doch jüngst Hunderttausende für eine Massenkundgebung in Washington versammelt. Niemand denkt daran, sie aus Partei oder Vorstand zu werfen; was wir hier "Partei" nennen, ist dort ein lockerer Wahlkampfverein, wo jeder mitmischen kann, wenn er denn in seinem Wahlkreis genug Gelder und Getreue sammeln kann, um in den "Primaries" (Vorwahlen) nominiert zu werden.

Just das macht sie für das Establishment gefährlicher, als es der Frührentner Sarrazin und die entnervte Steinbach je sein könnten. Sarrazin verkauft Bestseller; Beck, Palin und die "Tea Party" aber sind eine Apo, die jetzt schon Berge versetzt. Diese Revolte gegen den "Obamismus" - sprich: mehr Staat, Steuern und Defizite, zu wenig "Amerikanismus" - verstärkt tagtäglich den Druck auf "die da oben".

Bei uns heißt es: "Das wird man doch wohl mal sagen dürfen." Dort sagen sie es ganz offen - und spenden Geld sowie Zeit für die Wahlkampfteams der Republikaner. Denn "rechts" ist in Amerika, wo ein Hitler nie obsiegt hätte, kein Pfiu-Wort; "rechts" sind Reagan, Religion, Markt, Individualismus, Patriotismus und "Small Government". Eigentlich eine unmögliche Mischung: Nationalstolz, Gott und Tradition sind konservative "Wir"-Werte; Gewinnstreben, Wettbewerb und schwacher Staat sind "Ich-für-mich"-Werte, die ständig am Bestehenden rütteln.

Aber diese Mischung aus wertkonservativ und strukturliberal funktioniert in Amerika, und zwar klassenübergreifend; das ist der Unterschied zu Deutschland. Wie würde man hier einen Sarrazin, der abschotten will, mit einem Merz oder Clement verbandeln, die Markt und Globalisierung schätzen? Wie Gott und Kapitalismus? Bischof Mixa und die FDP in einem Boot? Unvorstellbar.

Die Sarrazin-Fraktion und die amerikanische Apo teilen dennoch ein gemeinsames "Gen". Sie stehen auf der gleichen Seite im "Kulturkampf" zwischen Tradition und dem politisch Korrekten.

Was Sarrazin mit seiner Ein-Mann-Schau mobilisiert hat, kann man in Tausenden von Leserkommentaren gerade in den progressiven Medien nachlesen. "Ihr da (die Medien und die Politik) sollt aufhören, uns zu gängeln." "Die da (Einwanderer, aber auch die eigene Unterschicht) sollen endlich die wahren Tugenden verinnerlichen: Fleiß, Wohlanständigkeit, Selbstverantwortung, Leistung in Schule und Beruf." Bohrte man weiter, würden sie sich über Schwulenehe, Patchworkfamilien und den allgemeinen Autoritätsverlust aufregen.

In Amerika sind "die da" die "liberalen Eliten", die Gott und Nation verpönen, aber den Staat verehren. Die in den Medien und Universitäten den Ton angeben, die einen Glenn Beck und eine Sarah Palin als Demagogen und deren Gefolgschaft als klägliche Opfer ihres manipulierten Bewusstseins verachten.

Das ist kein klassischer politischer Konflikt um "Wer kriegt was?", sondern ein "Kampf der Kulturen" um verbindliche Werte und Lebensweisen.

Wie er ausgehen wird? Die Wette ist einfach. In Deutschland kann nicht viel passieren, weil eine Partei rechts von der Union kaum Chancen hat. Unmut kann sich nicht zum Parteiprogramm verdichten. So torkelt die FDP als Anti-Steuer-Partei an der Fünf-Prozent-Grenze. Gott? Dem, genauer: den Kirchen, laufen die Leute seit Jahrzehnten millionenfach weg. Nationalstolz? Der funktioniert nur alle vier Jahre, bei der WM. Entscheidend aber sind die fehlenden Führungsfiguren. Die gefallenen Granden der CDU werden den Schritt nicht wagen; Sarrazin und Co. sind Figuren, aber keine Führer.

Anders in Amerika, wo der Widerstand gegen Obamas "Sozialdemokratismus" inzwischen mehr als die halbe Nation umfasst. Die Zustimmung ist seit seinem Amtsantritt in gerader Linie gefallen: von 65 auf 45 Prozent. Die Meinungsforscher sagen heute das Ende der Demokraten-Vorherrschaft voraus: ein Patt im Senat und eine knappe Republikaner-Mehrheit im Unterhaus. Noch wichtiger: In Amerika verharrt die Arbeitslosigkeit bei knapp unter zehn Prozent. Die Palins stehen schon bereit.

Die Moral von der Geschichte könnte von Bert Brecht sein: Kulturkampf hin oder her, an der Wahlurne entscheidet das Portemonnaie. Und dann fliegt die herrschende Partei raus, ob gottesfürchtig oder politisch korrekt. Wenn es den Amerikanern in zwei Jahren nicht bessergeht, fliegt auch Obama.

Joffe, Josef

SE (Seite):

008

DE (Thema):

Extremismus; Kriminalität-politische; Kriminalität; Kriminalität und Recht; Ideologie; Gesellschaft und soziales Leben; Politiker; Partei; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):

USA C1USA; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):

Republican Party Republikanische Partei USA;

NN (Person):

Beck, Glenn; Palin, Sarah; Steinbach, Erika; Sarrazin, Thilo;

Handelsblatt Nr. 174 vom 09.09.2010 Seite 7

09.09.2010

Meinung

ASIEN

Erst kommt das Geld, dann die Macht

Der Westen starrt gebannt auf das märchenhafte Wachstum. Die Asiaten aber fürchten China und zählen auf den Schutz durch die USA.

Josef Joffe Der Asien-Hype ist keine Erfindung fortschrittsmüder Europäer oder abstiegsgeplagter Amerikaner. Ob in Südkorea oder sonst wo östlich von Kabul, "Asia Rising" ist das neue Axiom, das alles verknüpft. Die Wirtschaftsmacht wandert gen Osten, lautet das gemeinsame Mantra; das strategische Kraftzentrum wird ihr folgen. Was ist Wunschdenken, was ist welthistorisches Schicksal?

Beginnen wir mit der Wirtschaft. Gerade Südkorea, das Wirtschaftswunderland der 90er-Jahre, liefert ein hübsches Beispiel für die optischen Täuschungen, die schlichten linearen Fortschreibungen entwachsen. Einst gehörte Südkorea mit einem Pro-Kopf-Einkommen von knapp 90 Dollar zu den Ärmsten der Armen; heute hat es nominell die Hälfte des deutschen erreicht. In den neunziger Jahren wuchs Südkorea so schnell wie China heute - um die zehn Prozent. In den letzten Jahren hat sich die Rate halbiert. Schlimmeres gilt für Japan. In den siebziger Jahren wurde dem Land der aufsteigenden Sonne die ökonomische Weltherrschaft vorausgesagt; seit den späten Achtzigern regiert die Stagnation.

Die Moral von der Geschichte: Doppelstelliges Wachstum ist nicht ewig; je reicher ein Land, desto langsamer wächst es. Auch die Wirtschaftswunder-Deutschen kennen diese Geschichte. Wir sind schon glücklich, wenn wir heute - nach der goldenen Aufbauphase - zwei oder gar drei Prozent schaffen.

Aber "Asia Rising" will noch mehr sagen: Nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der strategische Schwerpunkt der Welt wandert ostwärts: Erst kommt das Geld, dann die Macht. Beides dürfte noch ein Weilchen dauern. Bei all der Asien-Verzückung werden ein paar nackte Zahlen vergessen. EU plus USA machen immer noch mehr als die Hälfte des globalen BIP aus. Die EU ist für 28 Prozent gut, Amerika für 24 Prozent. Dagegen: China trägt neun Prozent und Indien etwas über zwei Prozent bei. Historisch gesehen geht es nur am Anfang steil nach oben - wenn der Sockel noch sehr niedrig ist.

Noch weniger ausgemacht ist die Verschiebung des strategischen Kraftzentrums, wie der europäische Besucher auf dem "J-Global Forum 2010" in Seoul erfahren durfte. Das Motto war: "Wird Asien das neue Zentrum der Weltpolitik?" Und die Antwort der versammelten Experten lautete: erst einmal nicht. Etwas genauer: Amerika bleibt der "strategische Anker Asiens".

Warum das so ist, erklärt höflichen Wortes Brahma Chellaney, Professor für Strategische Studien in Neu-Delhi. Vorweg gebe es in Asien kein "strategisches Gleichgewicht". Dann greift er zur scheinbar weit hergeholten Analogie: "In Europa greift Deutschland, der größte und stärkste Staat, nicht nach der Vorherrschaft." Es will "einer unter Gleichen" sein. Asien sei ein ganz anderer Fall.

Wen meint der Inder bloß? Natürlich den strategischen Rivalen China, der territoriale Ansprüche gegen Indien und im gesamten Südchinesischen Meer hat, das sich von China nach Indonesien, von Vietnam zu den Philippinen erstreckt - über 3,5 Millionen Quadratkilometer. Jusuf Wanandi, Vizechef eines Think-Tanks aus Jakarta, legt nach: "Eine Wirtschaftsmacht wird so schnell nicht zur politischen Macht." Und: "Amerika bleibt mit großem Abstand die stärkste Militärmacht in Asien - und das noch sehr lange." Als Neuankömmling sei sich China noch nicht der Verpflichtungen bewusst, die es als großes Land mit großer Wirtschaft habe.

Weil der Asiate als solcher ein sehr höflicher Mensch ist, muss das "dekodiert" werden. Also: China greift nach der Vormacht, und deshalb geht es ohne Amerika in Asien nicht. Japan und Südkorea sind formal mit den USA verbündet; Taiwans Überleben ist nicht denkbar ohne Amerika. Der Rest blickt sicherheitspolitisch nach Washington - also auf die Stützpunkte sowie die Pazifik-Flotte.

Auch Obama hat dies inzwischen verinnerlicht. Er schickt einen großen Flottenverband zu gemeinsamen Manövern mit der südkoreanischen Marine - als Signal an Nordkorea, aber auch an China, das wie weiland das wilhelminische Deutschland ehrgeizig an einer Hochseeflotte baut. Die USA liefern wieder Waffen an Indonesien. Selbst der alte Erzfeind Vietnam übt zusammen mit der US-Navy. Und Obamas Außenministerin hat jüngst vor einem Regionaltreff in Hanoi die "freie Seefahrt und Respekt für das Völkerrecht" als vitales Interesse Amerikas deklariert. Das war unverhohlen an die Adresse Peking gerichtet.

Aus der Ferne betrachtet ist Asien ein einziger aufstrebender Koloss. Aus der Region heraus ein Riese auf tönernen Füßen, der nicht selber für Sicherheit und Stabilität sorgen kann. Der Inder Chellaney befürchtet sogar, das Südchinesische Meer werde in fünf bis sieben Jahren zur "Hauptarena der Konflikte" werden. Will sagen: ohne strategisches Gleichgewicht, also ohne die USA, kein märchenhaftes Wachstum heute und immerdar.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt an der Stanford Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
007

DE (Thema):
Weltwirtschaft; Außenhandel mit Land; Außenhandel; Auslandsinvestition; Internationale Wirtschaftsbeziehungen; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):
Asien C90ASI; Volksrepublik China C9CHIN; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 169 vom 02.09.2010 Seite 6

02.09.2010

Meinung

Das deutsche Paradox

**Der Republik geht es gut, doch die Kanzlerin ist unbeliebt - wie passt das zusammen?
Das Wahlvolk vermisst soziale Balance und wünscht sich einen anderen Regierungsstil.**

Josef Joffe Der Korrespondent einer großen amerikanischen Zeitung ruft an: Ob ich ihm ein merkwürdiges deutsches Paradox erklären könne? Dem Land geht's gut, gar prächtig im Vergleich, der Kanzlerin aber schlecht.

In der Tat. Derweil Washington und London zweistellige Defizite fahren, sinkt das deutsche Richtung drei Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist wieder da, wo sie vor dem Crash war; im Herbst werde sie gar unter drei Millionen sinken, glaubt die Bundesagentur. Der Export boomt, die Unternehmen suchen nach Fachkräften. Und die Kanzlerin?

Vor drei Jahren jubelte "Die Welt": "Nie zuvor war ein deutscher Regierungschef so beliebt wie Angela Merkel"; drei Viertel der Befragten wollten sie als Regierungschefin behalten. Heute meldet der "DeutschlandTrend" der ARD, dass gerade mal 41 Prozent ihre Arbeit gut fänden. Vor ihr liegen sechs andere Regierungsmitglieder, an der Spitze der Tausendsassa zu Guttenberg mit 71 Prozent.

Warum Obama in der Wählergunst fällt und fällt, ist so einfach zu erklären wie die Pfütze nach dem Regen. Die Arbeitslosigkeit rührt sich nicht vom Fleck, der Wirtschaft dräut der Double-Dip. Doch Merkel? Eine Antwort liefert der DeutschlandTrend. An vorvorletzter Stelle steht Merkels Vizekanzler Westerwelle mit 22 Prozent. In der Kellerwohnung der Wählergunst hat schon lang kein Außenminister mehr residiert; Fischer und Genscher räkelten sich immer im Penthouse.

Mag sein, dass dem FDP-Chef die Gravitas fehlt, die der Ex-Turnschuh-Träger Fischer rasch einstudieren konnte. Doch das tiefere Problem ist ein strukturelles. Die "Traumhochzeit" von Union und FDP 2009 war keine; beide hatten sich mit dem Falschen ins Bett gelegt.

Merkels CDU rückte stetig nach links, die FDP blieb da, wo eine klassisch liberale Partei hingehört: mehr Markt, weniger Steuern. Die junge Ehe ist wie eine schlechte alte. Am Frühstückstisch Schweigen, der Rest des Tages Verdächtigung, Gereiztheit, Krach. Der liebe Vetter - Seehofer und seine CSU - giftet gegen beide, hat aber vier Jahre lang Wohnrecht.

Der Deutsche als solcher mag keinen Parteienstreit, erst recht nicht innerhalb der Regierung. Das Machtwort der Chefin aber kam und kommt nicht. Die "Pressbengel" (Bismarck) haben Merkel seit jeher angekreidet, sie führe nicht oder nur wie ein Schäfer aus der Mitte. Das Nörgeln hat sie jahrelang nicht bekümmert, zu Recht, weil die Schafe brav blieben und die paar schwarzen verschwanden - mal verstoßen, mal vergrätzt. Irgendwann aber läuft die Methode Merkel nicht mehr: die Kräfte präzise messen; abwarten, bis sich der Trend formiert, dann ein paar Grad nach links oder rechts. Es fehlen ihr inzwischen auch die schwarzen Schafe, die kräftigen und willensstarken. Gut gepflegt, mutieren sie nämlich zu Leithammeln, die beim Führen helfen.

Die sind heute bitter nötig, weil die Herde verwirrt ist. Eine klare Mehrheit der Deutschen glaubt, dass es in der Wirtschaft bergauf geht. Aber fast vier Fünftel meinen: Den Unternehmen geht es gut, aber die Beschäftigten merken nichts davon. Dies, obwohl die Reallöhne wieder leicht steigen.

Es zeigt sich ein klassisches Phänomen aller demokratischen Politik: Das Wahlvolk kürt nicht, sondern wählt ab. Das Gras ist immer grüner auf der anderen Seite, buchstäblich. In der schwarz-gelben Hochburg Baden-Württemberg sind die Grünen in den Umfragen auf den unglaublichen Wert von 24 Prozent gestiegen, gleichauf mit der SPD. Rot-Grün liegt fünf Punkte vor Schwarz-Gelb. Bundesweit bekommt Rot-Grün 47 Prozent, was für die absolute Mehrheit der Sitze reichen könnte. Schwarz und Gelb kommen nur auf 35 Prozent.

Nun sagt die Wahlforschung auch: Ruhe bewahren. Stimmungen sind nicht gleich Stimmen. Gewählt wird im Bund erst 2013, und 24 Stunden sind eine Ewigkeit in der Politik. Bloß ändert das nicht die Grundströmung. Die Deutschen wünschen sich einen entschlossenen, führungsstarken Kanzler, sagen sie jedenfalls, keine Merkel, die mal die Atomlaufzeiten verkürzen, mal verlängern will.

Nur werden sie keine andere kriegen. Politiker können ihre Richtung verändern, nicht aber ihren Stil. Die marktradikale Merkel von 2003 hat sich nach 2005 zur Sozialdemokratin gemausert, aber nicht zu einer rötlichen Maggie Thatcher. "Wysiwyg" heißt das auf Computer-Sprech: What you see is what you get.

Das reicht nicht mehr, aber bis zur nächsten Wahl muss das Merkel nicht bekümmern. Das Gerede von der Abspaltung des "echt" konservativen Flügels wird genauso Gerede bleiben wie

die Suche nach dem "weißen Ritter", der Merkel den Parteivorsitz nimmt. Die Leithammel von einst sind alle weg. Und die kleinen Granden, etwa zu Guttenberg oder von der Leyen, sind noch nicht groß genug, um den Aufstand zu wagen. Wenn doch nur die Wirtschaft bis 2013 weiterbrummt.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt an der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
006

DE (Thema):
Innenpolitik; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):
Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU; Freie Demokratische Partei FDP;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 164 vom 26.08.2010 Seite 9

26.08.2010

Meinung

IRAK

Obama hat seine Mission noch lange nicht erfüllt

Die USA ziehen die Kampfverbände aus dem Irak ab. Wenn Obama 2011 den Totalabzug verfügt, könnte das sein größter Fehler werden.

Josef Joffe Ein holländischer Cartoon bringt es auf den Punkt: Ein abgeschlaffter kleiner GI verlässt den Irak und schleicht dabei an den riesigen Fußabdrücken der USA vorbei, die in der Gegenrichtung verlaufend den Einmarsch im Jahr 2003 symbolisieren - als George W. Bush drei Monate nach dem Angriff verkündete: "Mission accomplished." Die meisten Europäer würden beim Blick auf diese Zeichnung zustimmend nicken, doch die Wirklichkeit ist etwas komplizierter.

Vorweg die deprimierende Bilanz: mehr als 4000 amerikanische Gefallene, mindestens 100 000 irakische Opfer, Hunderte von Milliarden Dollar - ein furchtbarer Blutzoll, dazu die politischen Kosten, die sich in einer weltweiten Anti-Amerika-Welle niederschlugen. Hätte George W. Bush in eine Glaskugel blicken können, die ihm die nächsten sieben Jahre offenbarte, wäre er nicht in diesen Krieg gezogen.

Erst recht nicht, wenn er die strategischen Kosten hätte voraussehen können. Ein eiskalter Blick bar jeglicher moralischen Betrachtung enthüllt die Schwächung Amerikas und die Erstarkung Irans. Der Irak Saddam Husseins war tatsächlich ein "Reich des Bösen", aber auch das

mächtigste Bollwerk gegen die Expansionsgelüste Irans. Das Ahmadinedschad-Regime hätte nicht so ungeniert nach der Bombe und der Vorherrschaft gegriffen, wenn Amerika nicht durch den "Krieg nach dem Krieg" im Irak, also ab Ende 2003, gelähmt gewesen wäre. Als Musterbeispiel gekonnter Realpolitik wird die Bush-Strategie nicht in die Geschichte eingehen.

Dennoch suggeriert der Cartoon ein unterkomplexes Bild der Realität. Erstens verschwinden die Amerikaner nicht aus dem Irak, nur ihre Aufgabe ändert sich. Es bleiben 50 000 Soldaten für Beratung und Beistand. Sie können kämpfen, wenn sie es müssten. Nebenan, in Katar, liegt der größte US-Luftstützpunkt außerhalb Amerikas.

Zweitens baut dieser Irak nicht mehr Massenvernichtungswaffen - wie die chemischen Bomben, die 1988 etwa 5000 Kurden - Zivilisten - den Gastod brachten. Drittens hinterlassen die Amerikaner keine "afghanische Armee", die weder richtig kämpfen kann noch will. Dass die irakische Armee die Fähigkeit und den Elan besitzt, hat sie schon 2007 bewiesen, als sie zusammen mit den Amerikanern den Aufstand der Sunniten niederschlug. Terroranschläge kosten zwar immer wieder Dutzenden von Menschen das Leben. Aber im kalten Licht der Statistik betrachtet, sind die Gewalttaten seit 2006 um mehr als 90 Prozent gefallen.

Wie steht es, viertens, um die Demokratie, um derentwillen doch Bush in den Krieg gezogen war? Stabil ist dieses Land nicht; das bezeugt neben den Terrorbomben das politische Patt zwischen dem Premier Maliki und seinem Hauptgegner Alawi seit dem Unentschieden bei den Parlamentswahlen vor fünf Monaten.

Demokratischer aber geht es in keinem anderen arabischen Land zu. Anderswo kann kein Patt entstehen, weil es dort keine freien Wahlen gibt - höchstens einmal wie in Gaza, wo die Opposition, die Fatah, seit dem Hamas-Wahlsieg von 2006 ausgeschaltet oder exiliert worden ist. "One man, one vote, one time" lautet die sarkastische Formel auf Englisch. Im Irak aber markierten die März-Wahlen schon die dritte freie Abstimmung. Die erste war das Referendum vom Oktober 2005, die zweite die Parlamentswahl vom Dezember 2005 - trotz Terror und Blutdurst.

Nur: All diese Wunder, wie auch die Erholung der Wirtschaft, die jetzt 40 Prozent mehr produziert als vor dem Krieg, fanden unter den geladenen Kanonen der Amerikaner statt. Und die wollen im nächsten Sommer komplett abziehen. Deshalb möge sich niemand zu früh freuen, am wenigsten das irakische Volk. Würde man ihn fragen, sagt Stabschef Zebari, "würde ich den Politikern antworten, die US-Armee sollte bleiben, bis die irakische es selber schaffen kann, bis 2020".

Man darf es härter ausdrücken. So denn Obama 2011 tatsächlich zum Totalrückzug bläst, wäre dieser der größte strategische Fehler seiner Präsidentschaft. Der neue Irak ist noch lange kein Bollwerk, wird aber am Tag danach garantiert zum Spielball der Mächte werden. Die Türkei würde versuchen, den kurdischen Norden unter Kuratel zu stellen. Iran würde die Hand nach dem Rest ausstrecken. Dazwischen würde die Demokratie verrecken, denn Unsicherheit - die Angst ums nackte Leben - ist ihr ärgster Feind. Aus dem Kampf aller gegen alle geht immer ein neuer Saddam hervor.

Deshalb wäre "Mission Accomplished II" noch schlimmer als die erste Version aus dem Munde von George W. Bush. Hätte Obama eine Glaskugel, würde er sich hüten, 2011 wahr zu machen, was er 2009 verkündet hatte: den Totalabzug. Erst mit Krieg überzogen, dann alleingelassen zu werden - das haben die Iraker nicht verdient. Die Region auch nicht. Denn Mittelost wird im 21. Jahrhundert sein, was Europa im 20. gewesen ist: die Arena der gemeinsten und gefährlichsten Konflikte.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und "Senior Fellow" an der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

009

DE (Thema):

Verteidigungspolitik; Militär-Fremdeinsatz; Streitkräfte; Militär;

CN (Land):

Irak C7IRAQ; USA C1USA;

NN (Person):

Obama, Barack; Hussein, Saddam;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 159 vom 19.08.2010 Seite 7

19.08.2010

Meinung

GOOGLE**Der süße Totalitarismus ohne Geheimpolizei****Big Brother war der Feind. Google und Co. aber sind unsere Freunde und Helfer - und kriegen von uns alles, was sie benötigen.**

Josef Joffe Als ich im Herbst 1999 in Stanford einlief, hörte ich zum ersten Mal das Wörtchen "Google", begleitet von: "Vergiss Hotbot, Alta Vista, Lycos." Für die Jüngeren: Das waren die Suchmaschinen, die damals en vogue waren. Zwei Stanford-Absolventen, Larry Page und Sergey Brin, hatten zwei Jahre zuvor Google erfunden. Heute beherrschen die beiden Whiz-Kids den Weltmarkt. 80 Prozent Marktanteil werden ihnen nachgesagt. In Deutschland sind es gar 90 Prozent, in Amerika um die zwei Drittel.

Und das ist das Problem. Das Unternehmen, dessen erstes Gebot lautet: "Don't be evil", ist das süßeste und verlockendste Übel seit Evas Zeiten. Wie weiland Adam ohne den Apfel, könnten wir heute natürlich auch ohne Google leben. Aber auch ich habe für diesen Artikel ein Dutzend Mal Google angeklickt, nicht Yahoo, nicht Bing. Ich benutze auch lustvoll Google Maps, Google Books, Google Earth, Google Scholar, Google News, Gmail und neuerdings auch Street View.

Niemand hat mich dazu gezwungen. Ich hinterlasse zwar jedes Mal eine Spur auf den Google-Servern, deren Standorte die Firma besser geheim hält als etwa die U.S. Navy die Stützpunkte ihrer atomar bestückten Trident U-Boote. (Seriöse Anfragen werden beantwortet.) Aber um des Autors Vorlieben, sagen wir: seine Suche nach Bauplänen für eine Atombombe, auszukundschaften, hat Google weder sein Telefon angezapft noch seine Briefe aufgedampft (wie in "Das Leben der Anderen"). Ich habe derlei Information freiwillig, wenn auch ungefragt, im Netz hinterlassen.

Google weiß mehr über mich und Sie als KGB, Stasi und Gestapo je zu hoffen wagten. Natürlich ist der Vergleich absurd, aber wenn Google ein Verwandter von Big Brother wäre, ist es der Totalitarismus von der süßen, sanften Art. Dieser Große Bruder will uns nichts Böses tun, sondern uns helfen. Und sich selber, indem er all die gesammelten Daten auf den Markt wirft. Erst für Sie, indem er Ihnen einen Spaziergang durch Malente erlaubt, dann an die Hotelbesitzer, die in der Anzeige Wellness feilbieten und bei Bestellung eine Kommission weiterleiten. Alles so harmlos wie nützlich; es gilt die Markt- und Vertragsfreiheit.

Ganz raus aus dem Markt ist der Staat aber nicht. Vor fünf Jahren hat das US-Justizministerium

Google zwingen wollen, alle Suchanfragen einer Zwei-Monats-Periode herauszugeben. Das Gericht gab Google recht, aber das war in einem Land mit einer unabhängigen Gerichtsbarkeit. Was genau die Leute aus Mountain View mit China ausgehandelt haben, wissen wir noch nicht.

Zugleich aber tritt Google wie ein Staat auf. Lauschen wir dem berüchtigten Zitat ihres CEOs Eric Schmidt: "Wenn du irgendetwas hast, das niemand wissen soll, hättest du es vielleicht nicht tun dürfen." Bei ihrem Wochenend-Skat in der Hölle werden die Totalitären von gestern laut geklatscht haben. Fürst Metternich und Joseph Fouché, der Chef-Aufpasser der Revolution und Polizeiminister Napoleons, hätten mitgeklatscht. Aber das Zitat geht weiter: "Wir unterstehen alle dem Patriot Act (dem Sicherheitsgesetz nach "9/11"), und es ist möglich, dass all diese Informationen den Behörden zur Verfügung gestellt werden."

Mal Staat im Staat, mal staatstragend - und all das im Verbund mit einer Marktmacht, mit der allenfalls Standard Oil, einst das weltgrößte Erdöl-Unternehmen, mithalten konnte, das 1911 in 34 Einzelfirmen zerteilt wurde. In den USA wurde auch das Quasi-Monopol der ATT, "Ma Bell" genannt, auseinandergenommen. Aber das war im Industriezeitalter, als die Kartellwächter ein Unternehmen vertikal (entlang der Wertschöpfungskette) oder horizontal (aus "Ma Bell" wurden sieben "Baby Bells") zerlegen konnten.

Wie ein Google "dekonstruieren"? Ein Netzwerk ist ein Netzwerk ist ein Netzwerk. Entweder es ist eines oder keines. Google muss aber nicht alles besitzen, was es seit 2001 dazugekauft hat: insgesamt 76 Firmen, darunter YouTube, Android (Handy-Software) und zuletzt DoubleClick, eine Online-Werbepattform, für drei Milliarden Dollar.

Der Verkauf dieser Firmen würde aber nur die Marktmacht schmälern, nicht das Problem namens "Wissen ist Macht". YouTube würde weiter bestehen, und Facebook sowieso, dessen Chef Mark Zuckerberg auch gern den Big Brother gibt: "Die Zeiten werden ziemlich bald vorbei sein", in denen "man seinen Kollegen bei der Arbeit eine Persönlichkeit präsentieren konnte und seinen Freunden eine ganz andere". Alles ist öffentlich, nichts bleibt privat. Das ist der totalitäre Traum schlechthin - aber ohne Geheimpolizei.

Wie wehrt man sich gegen den süßen Totalitarismus? Löschen Sie Ihren Facebook-Account. Lassen Sie Ihr Haus unkenntlich machen. Aber das wäre bloß ein Rückzugsgefecht, kein Angriff. Aus dem Hause Google wird ein Spruch kolportiert, wonach die Street-View-Verweigerer zumeist "Horst", "Karl-Heinz" oder "Hermine" hießen - alles Leute über 60. Die Oldies sterben bekanntlich bald aus.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

007

DE (Thema):

Suchmaschine; Internet-Portal; Internet; Informationstechnik;

CN (Land):

USA C1USA; Welt (Internationales) C00WOR;

CO (Unternehmen):

Google Inc;

Handelsblatt Nr. 155 vom 13.08.2010 Seite 7

13.08.2010

Konjunktur Meinung

KONJUNKTUR

Geiz zahlt sich aus

Auch ohne übergroße Konjunkturprogramme springt die Wirtschaft bei uns wieder an. In Amerika hingegen verpufft das Staatsgeld.

Josef Joffe In Zeiten sinkenden Marktvertrauens ist es immer nützlich, den Blick auf die andere Seite zu werfen: Wie gut ist denn der "proaktive" Staat als Wirtschaftslenker und Chefkonsument - in Europa wie in Amerika?

Nicht so gut, wie Barack Obama, sein Chefberater Larry Summers und ihr Stichwortgeber Paul Krugman meinen. Kein Land hat seit September 2008, also seit fast drei Jahren, mehr Keynesianismus betrieben als Amerika. Davon zeugt ein Defizit von 1,5 Billionen Dollar, das sich auf mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes summiert. Doch der Erfolg ist "unterwältigend". Gerade hat die Notenbank (Fed) verkündet: "Das Tempo der Erholung wird kurzfristig wohl bescheidener sein, als wir erwartet haben." Das ist Bürokraten-Sprech für: Es läuft nicht gut. In der Tat. Die Arbeitslosigkeit steht fest wie ein Fels - bei 9,5 Prozent. Für Juni und Juli verzeichnet die Statistik Nettoverluste bei den Jobs. Also will die Zentralbank wieder längerlaufende Staatsanleihen aufkaufen, also noch mehr Liquidität in den Kreislauf pumpen, obwohl Geld kaum noch billiger werden kann.

Nun ein Blick auf Europa. Auch in unseren beiden größten Nachbarstaaten glänzt der Staat nicht als Wirtschaftskapitän von Gnaden. London fährt ein noch größeres Defizit als das amerikanische: 11,5 Prozent. Doch die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Im Vergleich zum letzten Sommer steigt sie sogar leicht. Das Wachstum liegt bei einem Prozent.

Frankreich? Ein ähnliches Bild. Die Arbeitslosigkeit ist mit knapp zehn Prozent die höchste seit zehn Jahren. Das Defizit liegt bei 7,5 Prozent. Wachstum gibt es in diesem Jahr praktisch nicht. Die Moral von der Geschichte: Deficit-Spending und Billig-Geld sind kein Königsweg zum Konjunkturgipfel.

Ein klassischer Einwand lautet: Wir brauchen mehr Zeit. Wie viel denn noch, wenn die gigantischen Mehrausgaben schon seit fast drei Jahren laufen? Ein anderer: Wenn wir's nicht getan hätten, wäre alles noch viel schlimmer. Logischerweise kann man nicht beweisen, warum etwas - in diesem Fall das größere Desaster - nicht eingetreten ist. Aber man darf sich umsehen.

Zum Beispiel in Deutschland. Das Land befindet sich auf einem "Sonderweg"; diesmal aber anders als zu Wilhelms Zeiten auf einem guten: Die Wirtschaft brummt. Angela Merkel und vor allem ihr weiland Finanzminister Peer Steinbrück, einer der klügsten SPD-Finanzpolitiker überhaupt, haben nach dem Crash von 2008 der Stampede der Über-Keynesianer widerstanden und sehr behutsam mit Konjunkturprogrammen hantiert.

Korrelation ist kein Beweis, aber sehen wir uns die Zahlen an. Berlin fährt im Vergleich zu London, Washington und Paris ein bescheidenes Defizit; zum Jahresende wird es wohl bei weniger als fünf Prozent liegen, Tendenz stark sinkend. Doch die Wirtschaft boomt - jedenfalls im Vergleich. Zweieinhalb Prozent Wachstum sind nichts im Vergleich zu Bhutan, Katar und Angola, die mit zweistelligen Raten glänzen. Aber die Arbeitslosigkeit sinkt schneller als bei den anderen großen drei; sie ist jetzt sogar einen Hauch geringer als vor dem Crash.

Im Außenhandel boomt es seit Jahresbeginn zweistellig. Falsch ist allerdings die Vorstellung, dass die Deutschen auf Kosten der anderen Reibach machen. Denn die Einfuhr ist noch kräftiger

gewachsen als die Ausfuhr. Deutschland agiert zumindest als Lokomotivchen für die Weltwirtschaft. Und es sieht so aus, als hätten Merkel & Steinbrück recht behalten; der fiskalische Geiz zahlt sich aus. Im Vergleich zu den Big Spenders in anderen Ländern gilt: Mehr bringt weniger, und weniger bringt mehr.

Alles nur Korrelation und kein Zusammenhang - wie der berühmte Gleichlauf von Rocklängen und Aktienindizes: je kürzer das Kleid, desto höher DJ und Dax? Obama wird das deutsche Beispiel ohnehin nicht beeindrucken, weil die Kongresswahlen dräuen. Wie die Fed in dieser Woche wird er noch einmal nachlegen. Aber warum sollte morgen funktionieren, was gestern nicht funktioniert hat? Das Problem ist nicht Liquidität; den US-Unternehmen werden Cash-Rücklagen von zwei Billionen Dollar nachgesagt. Sicher ist jedenfalls, dass die Steuern im Januar steigen werden - und abermals 2013. Keynesianismus ist eben nicht umsonst, zumal er auch am Vertrauen nagt.

Mag sein, dass der deutsche Sonderboom nur ein Sonderfall ist. Freuen darf man sich trotzdem, dass Merkel und Steinbrück 2008 die Nerven bewahrt haben.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
007

DE (Thema):
Wirtschaftspolitik; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):
USA C1USA; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):
Board of Governors of the Federal Reserve System Fed Federal Reserve Board;

NN (Person):
Steinbrück, Peer; Obama, Barack; Merkel, Angela;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 144 vom 29.07.2010 Seite 8

29.07.2010

Meinung

Der zweite Putsch

Der iranische Präsident hat die Demokratiebewegung ausgeschaltet. Jetzt zeigt sich, dass er dabei ist, auch den Einfluss der konservativen Geistlichkeit zurückzudrängen.

Josef Joffe Was ist aus der "grünen Revolution" in Iran geworden, die Wahlfälscher Ahmadinedschad im vorigen Sommer provoziert hatte? Sie ist zurückgedrängt, wenn auch nicht ausgelöscht worden. Vom Radarschirm der westlichen Medien ist sie jedenfalls verschwunden.

Doch der Autor dieser Zeilen mutmaßte schon vor Jahresfrist, dass der Präsident Ahmadinedschad im Umfeld der Wahl einen doppelten Putsch inszeniert hatte: einmal an der Urne gegen die Demokraten; zum zweiten gegen die konservative Geistlichkeit, die 1979 den Schah vertrieben hatte und seitdem das Land führt. Vehement verwarfen iranische Freunde diese Lesart. Ahmadinedschad sei nur eine "Marionette" des echten Machthabers, des Religionsführers Chamenei; die Konterrevolution käme also von ganz oben. In diesen Wochen scheint sich aber die These vom Doppelputsch zu erhärten.

Zwar ist es auf der Straße wieder ruhig; dafür haben die Gefängnis- und Todesurteile sowie die Basidschi gesorgt, jene Schlägertrupps, die auf ihren Mopeds Teheran terrorisieren. Doch gerade deswegen eskaliert der Machtkampf zwischen der frommen alten Garde und der jüngeren Ahmadinedschad-Generation, die sich auf die Revolutionsgarden stützt. In einem Bericht aus Teheran zitiert die "New York Times" den Chefredakteur der konservativen Wochenzeitung "Panjereh": "Jetzt, wo sie die Reformer unterdrückt haben, glauben sie wohl, dass es an der Zeit sei, ihre Gegner im Lager der Prinzipientreuen auszuschalten."

Die "Prinzipientreuen", das sind die Mullahs, die mit Khomeini an die Macht gekommen sind. Eine zweite Opposition bilden die Basaris, die Händler und Importeure. Diese Geschäftsleute sind keineswegs lupenreine Demokraten, doch sie fühlen sich inzwischen bedroht: durch die Korruption sowie durch die Konkurrenz der Revolutionsgarden, der neuen Nomenklatura, die einen Großteil der iranischen Wirtschaft von den Banken bis zur Schwerindustrie kontrolliert.

Die Gardisten sind zugleich schlichte Kriminelle, die Alkohol-Partys im reichen Norden Teherans überfallen, um Schweigegeld zu erpressen. Sie verdienen auch prächtig an den internationalen Handelssanktionen, indem sie den Schmuggel organisieren oder "abschöpfen". Aus den Basaris aber will Ahmadinedschad neue Steuergelder herausquetschen. Die Antwort: ein Streik, der den Basar von Teheran im Juli zwölf Tage lahmgelegt hat.

Dieser Machtkampf findet in den westlichen Medien kaum Gehör, weil er leise ausgetragen wird. Es fließt kein Blut wie im "Terreur" der Französischen Revolution oder in den "Säuberungen" unter Stalin. Aber wie jede Revolution trägt auch die iranische die Radikalisierung in sich. Der Menschenrechtserklärung folgte Robespierre, nach Kerenski kam Lenin, dann Stalin. So auch in Iran: Nach dem zartbesaiteten Präsidenten Chatami wurde 2005 der Extremist Ahmadinedschad gewählt, der seitdem regelmäßig den Rest der Welt provoziert, Stück um Stück den Machtapparat mit seinen Leuten besetzt hat und seine Gegner als Verschwörer oder Revolutionsverräter verteufelt. So klang's weiland auch unter Robespierre und Stalin.

Aus der Arena des Machtkampfs sind die "Grünen" verschwunden; der findet jetzt im Parlament und in den Zeitungen statt. Eine gute Quelle (Englisch) ist "Khabar-online", eine Website, die den "Prinzipientreuen" nahesteht. Da geht's kodierte zu, aber zur Sache: Der Parlamentsvorsitzende Ali Laridschani warnt vor der "Diktatur", der Präsident müsse "sich an die Gesetze halten". Der Abgeordnete Ali Mottahari bezichtigt Ahmadinedschad der Autokratie; insgesamt stelle er die "Ideen des Religionsführers" zur Disposition. Ein Leitartikel in "Khabar-online" sprach ominös von "einer extremen Bewegung, die sich in das Mäntelchen des Islams und der Revolution hüllt". Manche dort murmeln gar von der Amtsenthebung.

Dann gibt es wieder ganz praktische Meldungen, die das Regime diskreditieren sollen: "Die Bevölkerung ist (seit 1992) um 76 Prozent gewachsen, der Nahrungsmittelverbrauch iranischer Familien um 24 Prozent gefallen." Oder: "Den Tankstellen in Teheran fehlt das (rationierte) Benzin."

Und was sagt der Khomeini-Nachfolger Chamenei? Er schweigt - genau wie die "grüne Bewegung". Denn Ahmadinedschad besitzt die Machtmittel. Er hat die Revolutionsgarden, die Schlägertrupps und die Ölmilliarden, mit denen er die Landbevölkerung ruhigstellen kann. Auch die oppositionellen Basaris haben ihren Streik wieder abgeblasen.

Was bleibt? Die Verarmung durch zweistellige Inflation, Korruption, Sanktionen und Befehlswirtschaft. Dennoch: Die "Prinzipientreuen" im Parlament und im Wächterrat (einer Art Verfassungsinstanz) werden sich nicht so leicht ausschalten lassen wie die "Grünen". Deshalb sollten die Medien etwas genauer hinschauen. Der Machtkampf geht weiter, aber er findet im

Saale statt.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
008

DE (Thema):
Opposition; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
Iran C7IRAN;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 139 vom 22.07.2010 Seite 6

22.07.2010

Meinung

Auf der Weltbühne ist die EU nur Statist

Europas Wirtschaft wächst langsam, aber sie wächst wieder. Bloß ist der "Alte Kontinent" dabei, sich als strategischer Player zu verabschieden, weil er sich selbst an die Leine legt.

Josef Joffe Europa kriegt wieder eine schlechte Presse in Großbritannien und den USA, von wo schon in den neunziger Jahren die "Eurosclerosis"-Welle anrollte. "Can anything perk up Europe?" fragte jüngst der "Economist" auf dem Cover, der einen abschaffenden Eiffelturm zeigte. Wer kann Europa wieder in die Gänge bringen? "Time" berichtet vom "unglaublich schrumpfenden Europa", "Newsweek" dito. Dieselbe Zeitschrift verkündete im Mai auf dem Titel: "The End of the Euro".

Hype oder harte Realität? Der Euro floriert wieder, wie die Märkte zeigen, und die "International Herald Tribune" meldet gerade: "Suddenly, Europe is looking good to investors." Die Probleme sitzen tiefer. So erinnerte uns die Europäische Kommission schon vor zwei Jahren daran, dass das Produktivitätswachstum seit 1995 langsam abflache: von 1,7 auf 1,3 Prozent. Die USA meldeten gerade sechs Prozent (aufs Jahr, ohne Agrarsektor), aber das möge man nicht überbewerten, steigt doch die Produktivität immer, wenn viele Leute entlassen werden.

In ihrer knöchernen Bürokraten-Sprache gräbt die EU-Kommission tiefer. Die "demografische Entwicklung" sei schuld und dazu die schwächelnde Wettbewerbsfähigkeit. Im Ranking des Schweizer IMD befindet sich unter den Top Ten nur ein EU-Mitglied: Schweden auf Platz sechs. Die Schweiz ist Nummer vier. Von den Großen ist nur Deutschland in den nächsten zehn, einen Platz vor Israel. Die Klage ist vertraut: Europa ist weniger wettbewerbsfähig, weil es weniger Wettbewerb zulässt. Der Spielraum für neue Firmen, so die Kommission, sei zu eng; sie können auch nicht so schnell wachsen wie in den USA, deshalb fehlten Skaleneffekte. Im Binnenmarkt türmten sich noch zu viele Hindernisse auf. Schließlich hapere es an notwendiger Innovation.

Im Dienstleistungssektor schützen die Staaten ganze Wirtschaftszweige wie die Gesundheit vor Wettbewerb. Ein digitaler Binnenmarkt ist auch nur ein Traum; die Liberalisierung des Telefon- und Datenverkehrs endet an der eigenen Grenze. Insider haben es gut im Markt, Outsider schwer. Doch leichter Marktzugang steht im Zentrum allen Wettbewerbs.

Bloß: Von marktwirtschaftlichen Reformen redet niemand in den großen Ländern der EU. Dieses neoliberale Teufelszeug war einmal. Als Nicolas Sarkozy im Juni vorsichtig die Anhebung des Rentenalters auf 62 ankündigte, kam eine klassische französische Antwort: Streiks im öffentlichen Dienst. Europa ist aber nicht nur Binnenmarkt, und Wettbewerbsfähigkeit hat nicht nur mit Wirtschaft zu tun, sondern auch mit der großen Strategie. Und da verabschiedet sich Europa, die größte Wirtschaftsmacht auf Erden, still und leise als relevanter Player von der Weltbühne.

Die Militärausgaben sinken. Deutschland will im nächsten Jahr 1,2 Milliarden Euro aus dem Verteidigungsbudget schneiden, Italien zehn Prozent. Die Briten sind mitten in einem "Strategic Review", der radikale Kürzungen bringen werde, schreibt "Jane's Defense Weekly". Die einzige Ausnahme ist Frankreich, das gelobt hat, die Ausgaben für 2011 zu halten und dann (nominal) leicht anzuheben.

Deutschland könnte in den nächsten Jahren allein bei der Ausrüstung 9,3 Milliarden Euro einsparen. Ein Planungspapier des Verteidigungsministeriums empfiehlt, 80 statt 120 NH90-Transport-Helikopter anzuschaffen und nur 40 statt 60 Tiger-Kampfhubschrauber. Alte Transall-Transporter sollen ausgemustert werden und lediglich 85 statt 185 Tornados in Dienst stehen. Weitere Eurofighter-Käufe sollen gestoppt werden, und die Marine soll nur drei statt vier F125-Fregatten erhalten.

Was ist der gemeinsame Nenner dieser Streichliste? Der Verlust an Transport- und Nachschubfähigkeiten. Das ist kein Verbrechen, ebenso wenig wie die Schrumpfung der Bundeswehr um 75 000 Mann auf 175 000, die Wehrpflicht ist ohnehin zur Lebenslüge verkommen. Diese Liste flüstert aber zugleich: Wir verzichten auf die Mittel zum Eingriff in ferne Konflikte. In diesem Jahrhundert wird es aber keine anderen mehr geben. Die Panzerschlacht in der norddeutschen Tiefebene findet nicht statt.

Hier ist das Problem, das die Europa-Basher noch gar nicht auf dem Schirm haben. Auf diesem "Alten Kontinent", wie die Amerikaner ihn nennen, lebt es sich zumindest für die Eingeborenen besser als in den USA, geschweige denn in China, Indien, Russland und Brasilien. Europa wächst langsamer, aber auf sehr hohem Niveau. Das Problem ist, dass dieser Riese sich selbst an die geostrategische Leine legt, und Deutschland vorneweg.

Das ist keine Tragödie, aber eine Torheit. Denn die Weltpolitik hat eine Pause nur zwischen Lissabon und Lodz eingelegt. Draußen toben die Konflikte mehr denn je. Um sich ihrer zu erwehren, braucht man keine Panzer, aber sehr wohl Transporter, Helis und Fregatten. Und ein Quantum an strategischem Denken.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford University. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

006

DE (Thema):

Internationale Politik; Internationale Beziehungen; Wirtschaftspolitik; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

USA C1USA; Europäische Union C4EU; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt Nr. 134 vom 15.07.2010 Seite 6

15.07.2010

Meinung

Merkel siegt nach Punkten

Die deutsche Realität strahlt heller, als die Medien es wahrhaben wollen. Merkels Kritiker im Ausland lenken bereits ein. Alles kann die Regierung nicht falsch gemacht haben.

Josef Joffe Wie sieht der Quartalsbericht der Deutschland AG aus? Viel besser als von den Medien für April-Juni gemalt. Deren Grundfarbe war Tiefschwarz, durchmischt mit Grellygelb, das in der Natur für Gefahr steht und in der Politik für die Koalitionspartei FDP. Schwarz ist ohnehin die Lieblingsfarbe der kommentierenden Klasse, Gelb das Pigment der Saison.

Die Bildmotive rangierten zwischen Krise, Chaos und Katastrophe, täglich in den Hauptstadtbüros akribisch neu gezeichnet und im Leitartikel genüsslich kritisiert. In der Außenpolitik ab Beginn der Griechen-Krise: Merkel sei antieuropäisch, sie zerstöre den Euro, verweigere die Solidarität. "Angela Alleingang" vertrage sich nicht mit Nicolas Sarkozy und opfere die deutsch-französische Ehe dem Neo-Nationalismus. Barack Obama habe ihr auch noch nicht das "You" angeboten. So gehe sie dahin nach einem halben Jahrhundert: die deutsche Berechenbarkeit.

In der Wirtschaft: Drei Konjunkturpakete reichten nicht aus; außerdem werde zu viel exportiert, zu wenig konsumiert, also rauf mit den Reallöhnen. Deutschland müsse mehr für den Euro tun oder auch umgekehrt: weniger, dürfe also nicht den reichen Onkel für die Pigs spielen, für Portugal, Italien, Griechenland, Spanien. Weg mit der Steuersenkung oder jetzt erst recht, die Regierung müsse die Kernkraftwerke endlich runterfahren oder ihre Laufzeiten deutlich verlängern.

Die Politik: Wo ist sie? In Berlin werde nicht mehr regiert, sondern nur noch geholt, wie von den Holländern im Endspiel gegen Spanien, mit Kickboxen und acht gelben Karten. Eine pharaonische Plage sei über die Deutschen gekommen und ihr Name sei Schwarz-Gelb, die schwächste Regierung seit Adenauer selig.

In My Fair Lady singt Rex Harrison: "Why Can't a Woman Be More Like a Man?" Die deutsche Version mit Blick auf das zweite Quartal lautet: "Wieso kann die Regierung nicht so gut spielen wie das deutsche WM-Team?" Vier zu eins gegen England, vier zu null gegen Argentinien.

Hat Schwarz-Gelb wirklich das Spiel vergeigt? Dazu muss man ein paar Schritte zurücktreten und das Bild mit der gebührenden Distanz betrachten, dann mit den Bildern anderer europäischer Regierungen vergleichen, die nebenan hängen. Und siehe da: Der schwarze Grundton weicht einem freundlichen Farbenspiel.

In der Außenpolitik: mag sein, dass Merkel in der Griechen-Krise gezögert und geknausert hat. Aber das Resultat kann sich sehen lassen. Just die Verzögerung des Rettungspakets, dazu die Einbindung des IWF mit seinen strengen Auflagen haben Athen dazu ermuntert, ein Sparprogramm aufzulegen, das den Griechen niemand zugetraut hätte. Ein Punkt an Berlin.

Nicolas Sarkozy, der Merkel bedrängt hatte, aus dem Vollen zu geben? Er spielt jetzt auf deutscher Seite mit, genauso wie der Brite David Cameron. Beide sparen inzwischen heftiger als die Deutschen. Zwei weitere Punkte für Berlin.

Obama und seine Stimulus-Appelle? Der US-Präsident fährt jetzt und in den kommenden Jahren ein Defizit von zehn Prozent des BIP, und die Arbeitslosigkeit sinkt nur minimal. In Deutschland liegt sie bei knapp über drei Millionen, fast zwei Millionen Menschen weniger als 2005. Die Kurzarbeit geht inzwischen ebenfalls zurück. Irgendwie hat "Angela Alleingang" recht behalten mit ihrem sturen Nein zu noch mehr Schulden. Noch ein Punkt für Berlin.

Die Exporte? Hier zeigt sich ein Plus von 14 Prozent im Jahresvergleich, das zweitstärkste seit der Wiedervereinigung. Wie sieht es beim Wirtschaftswachstum aus? In diesem Jahr könnte es bis zu zwei Prozent erreichen, deutlich mehr als im Schnitt der Euro-Zone. Mithin darf man erwarten, dass Deutschland die Konjunkturlokomotive spielt, ein solidarischer Akt.

Nun dürfen die Kommentatoren murren: Das ist trotz dieser Gurken-Regierung geschehen und nicht ihr Verdienst. Man kann es freilich freundlicher ausdrücken: So viel Inkompetenz und so viele strahlende Zahlen zeigen, dass die Regierung wenigstens nichts falsch gemacht hat. Der Ironiker würde hinzufügen: Eine schlechte Regierung ist gut fürs Wachstum, weil sie mit sich selbst beschäftigt ist und deshalb nicht die Märkte stört.

Die Gesundheitsreform? Das Gewoge geht weiter. Aber so ist es immer in Deutschland. Kaum ist eine Schleife gebunden, wird an ihr schon wieder gezupft. Es gibt keine finalen Lösungen, sondern nur rollierende. Das ist aber nicht die Schuld von Schwarz-Gelb, sondern bundesrepublikanisches Prinzip, der Preis einer quicklebendigen Demokratie. In Obama-Land übrigens ebenso, wo kein Machtwort die Gesundheitsreform ein für alle Mal festzurren kann. Apropos Ausland: Betrachtet man die Affären und Skandale, die Berlusconi und Sarkozy einschnüren, kriegt Merkel noch zwei Punkte. Am Ende des Quartalsberichts darf ein Reim stehen: "Schau' ich mir die anderen an, bin ich froh, bei uns zu sein."

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow an der Stanford University. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

006

DE (Thema):

Außenpolitik allgemein; Internationale Beziehungen; Haushalt-Staat; Öffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen; Regierung; Innenpolitik und Staat; Wirtschaftspolitik; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

NN (Person):

Merkel, Angela;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 129 vom 08.07.2010 Seite 6

08.07.2010

Meinung

Zum Lunch ohne Westerwelle

Derzeit verfügt die FDP eher über ein Sündenregister als über Alleinstellungsmerkmale. Ihr droht, als bürgerliche Kraft von den Grünen verdrängt zu werden. Dabei gäbe es eine Lösung.

Josef Joffe Henry Kissinger war nur drei Jahre lang Außenminister, und das vor einer Generation. Aber noch heute zieht ein CEO die Trumpfkarte, wenn er beiläufig einflucht: "Wie mir Henry gestern beim Lunch erzählte ..." Mit unserem eigenen Außenminister würde er in diesen Tagen nicht protzen, wahrscheinlich auch nicht mit ihm essen gehen. Das ist die Tragödie des Guido Westerwelle und seiner Partei, der FDP.

Die Diagnose ist kurz und schmerzlich. Zurzeit ist Westerwelle ein Schemen, der mal wochenlang unsichtbar bleibt, mal kurz auf den Zinnen der Außenpolitik aufscheint. Zurzeit braucht niemand (außer dem Koalitionär Merkel) die Liberalen, die in der "Sonntagsfrage" auf vier Prozent gefallen sind. Das sind elf Punkte weniger als in der Wahlnacht 2009. Ein so tiefer Sturz in so kurzer Zeit ist beispiellos.

Wir kennen das Sündenregister: Hier steht die ungenierte Klientelpolitik in Zeiten überschießender Defizite (der Mehrwertsteuer-Bonbon für die Hoteliers). Da ist die bockige Steuersenkung-Suada, während das Haushaltsloch auf fast das Doppelte des Maastricht-Limits wächst. Liberale und Christsoziale beharken sich wie Kinder im Sandkasten. Schließlich die Rhetorik des Vorsitzenden ("spätromische Dekadenz"), die im Wiederholungsfall gegen den Kommentar des politisch Korrekten verstieß.

Doch geht die Sache tiefer. Das Kürzel lautet "4/18": vier Prozent für die FDP, 18 für die Grünen. Dahinter lauert eine tödliche Gefahr: dass die FDP als DIE bürgerliche Partei aus dem Markt fällt - verjagt von den Grünen. Durchsetzt mit dogmatischen Einsprengseln, bildet diese Partei die neue bürgerliche Klasse ab. Diese wird geprägt von höherem Einkommen, höherer Bildung, Urbanität und Säkularität. Ihre Truppen sind im marktfernen Staatsdienst konzentriert - Lehrer, Wohlfahrtsverwalter, die "helfende Klasse" insgesamt. Oder in den gut verdienenden freien Berufen: Ärzte, Anwälte, Medienmenschen, Künstler, Neu-Unternehmer, kurz: die "Kreativen".

Diese Liste sieht verdächtig nach der traditionellen Klientel der FDP aus, und das ist das Problem. Diese Klasse liebt die persönliche Freiheit, die sich heute weniger an Marktfreiheit wie im klassischen Liberalismus ausrichtet als am Abbau einst verbindlicher Lebensweisen wie Ehe oder Heterosexualität. Gleichzeitig aber schätzt die neue Klasse den Staat als Heiler und Verteiler. Er soll ihre kulturellen Werte (Rauchverbot, Gender- und Gruppengleichheit) sowie "soziale Gerechtigkeit" durchsetzen.

Wenn dieser Trend anhält, wo ist dann das Alleinstellungsmerkmal der FDP? Beklagen darf man den Verlust dennoch. Es gäbe sonst keine einzige Partei mehr, welche die klassischen Tugenden des Liberalismus hochhielt, nachdem sich Merkels Union "sozialdemokratisiert" und die SPD sich "entschrödert" hat.

Das Land braucht eine Partei, die dem Staat mit gesundem Misstrauen begegnet. Die Privilegien (Hoteliers, Apotheker) nicht verteidigt, sondern attackiert. Die nicht für Ergebnis-, sondern Chancengleichheit ficht. Die jedem neuen Reglement ein kräftiges "Aber" entgegensetzt, damit nicht lauter Ersatzhandlungen die Finanzmärkte einschnüren, ohne ihnen tatsächlich Halt zu geben. Die stets die aufstrebende Konkurrenz in Asien im Auge behält, damit dieses Land nicht seine Wettbewerbsfähigkeit verliert. Die "Erst wachsen, dann verteilen" sagt, um langfristige Stagnation abzuwenden. Eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent wie seit den Neunzigern ist das getreuliche Abbild von Alterung und Arbeitskräfteverlust. In der gesamten EU wächst die Produktivität langsamer als in Amerika, von Asien ganz zu schweigen.

Die FDP war noch nie ein Fels im Strom des Zeitgeistes; sie gab sich mal deutsch-national, mal sozialliberal. Mal kungelte sie aus der Opposition heraus mit der CDU-Vorsitzenden, als sie Horst Köhler mit auf den Schild hob; mal stürzte sie aus der Koalition heraus den Kanzler, als sie Helmut Schmidt abzuwählen half. Heute aber hat sie Maß und Schwerpunkt verloren, im Reden wie im Tun. Der Todeswunsch scheint in dieser Partei zu grassieren, aber wie sagte doch der englische Denker und Aphorist Samuel Johnson (1709-1784): "Nichts konzentriert die Gedanken besser als die bevorstehende Hinrichtung."

Worauf sollten sich die Liberalen konzentrieren? Neben der neuen Klasse, die den Grünen zuneigt, gibt es noch das "alte" Bürger- oder Aufsteigertum, das "weniger Staat" und Bevormundung schätzt. Dazu mehr Berechenbarkeit und Disziplin, Marktnähe und Selbstverantwortung. Vor allem den zutiefst bürgerlichen Wert der Leistungsgerechtigkeit. Besonnen vorgetragen, reichen solche Tugenden noch immer für die Regierungsfähigkeit aus. Auch wenn Westerwelle derzeit die Lunchpartner ausgehen, wollen ihn die Parteifreunde noch nicht meucheln. Eine Chance haben und sie vergeuden wäre ein Unglück für die Liberalen - und kein Segen für das Land.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und "Senior Fellow" am Stanford Institute. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
006

DE (Thema):
Partei; Innenpolitik und Staat;

CN (Land):
Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):
Freie Demokratische Partei FDP; Bündnis 90/Die Grünen B90/ Grüne;

NN (Person):
Westerwelle, Guido; Kissinger, Henry;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 124 vom 01.07.2010 Seite 8

01.07.2010

Meinung

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mit Horrormeldungen will uns Krugman das Sparen vermiesen

Josef Joffe Der selbst ernannte Chefideologe des Weißen Hauses, Paul Krugman, der nebenher noch Nobelpreisträger und Wirtschaftskolumnist der "New York Times" ist, kann es nicht lassen. Erst will er den Deutschen einreden, dass Angela Merkel die geistige Tochter von Heinrich Brüning ist, jenes Kanzlers (1930-32), der mit seiner knochenharten Sparpolitik den "Untergang der Weimarer Republik besiegelt" hätte. Jetzt hat Krugman die letztmögliche Trumpfkarte gezogen. Sie heißt im amerikanischen Sprachgebrauch "The Long Depression".

Diese begann mit dem Börsenkollaps in Wien, löste den Crash in New York aus und schlug dann wieder auf Europa zurück. Unterbrochen von labilen Aufschwüngen, dauerte die "lange Weltwirtschaftskrise" von 1873 bis 1896 und wäre damit die längste aller Zeiten. Und warum droht uns das Remake? Krugman: "Weltweit, zuletzt auf dem fürchterlich entmutigenden G20-

Gipfel, fantasieren die Regierungen über Inflation, während doch die echte Gefahr die Deflation ist. Sie wollen die Gürtel enger schnallen, obwohl fehlende Ausgaben das wahre Problem sind."

Es fehlt an "Staatsknete"? Wenn Amerika und England ein Defizit von je elf Prozent des BIP fahren? Deutschland kommt auf knapp sechs, Frankreich auf acht. Sie wollen wie Brüning und Herbert Hoover die Haushaltslücke auf null bringen? Obama hat versprochen, sein Defizit bis 2013 zu halbieren (was er nicht schaffen wird). London will auf 4,3 Prozent schrumpfen, aber erst in fünf Jahren. Berlin und Paris peilen die drei Prozent des Stabilitätspaktes an.

Krugmans ein und einziger Gott, John Maynard Keynes, wird also nicht verstoßen; Deficit-Spending bleibt das Evangelium auf beiden Seiten des Atlantiks. Und wie steht es um die Deflation? Weiland, nach 1873 und 1929, war nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Geldpolitik deflationär, also krisenverschärfend. Heute warnt die Baseler Bank (BIZ): Es gibt zu viel Geld, und es kostet zu wenig. Zu hohe Defizite und zu niedrige Zinsen könnten auf Dauer die nächste Krise entfesseln.

Massenhafte Liquidität, zwergenhafte Zinsen, hohe Defizite, die zumal in Anglo-Land noch lange Zeit doppelt so hoch sein werden wie das Drei-Prozent-Limit von Maastricht: Das ist purer Keynesianismus und weder Hoover noch Brüning. Und schon gar nicht, wie Krugman wähnt, der "Triumph der Orthodoxie". John Kenneth Galbraith unterstreicht das mit feiner Ironie in seinem Klassiker "The Great Crash 1929". Seitdem "gibt es eine bescheidenes Mehr an wirtschaftlichem Wissen. Einer beginnenden Depression würden wir nicht mit der verbissenen Entschlossenheit begegnen, alles noch schlimmer zu machen."

So ist es. Und noch etwas anderes kommt hinzu. In der "langen Depression" hatten wir gar keine und in der Weltwirtschaftskrise fast keine "automatischen Stabilisatoren", was ein gehobener Ausdruck für "Wohlfahrtsstaat" ist. Transferleistungen machen etwa ein Drittel des deutschen Inlandsprodukts aus. Darunter Hartz IV, ALG, Elterngeld, Renten ... Abermilliarden, die unabhängig von der Konjunktur fließen. Sie gehen an Bedürftige, Arbeitslose, Pensionäre und erhalten, ganz in Keynes' Sinne, die rettende Kaufkraft.

Weiland beschleunigte sich die Krise selber, heute wird sie an tausend Stellen gebremst. Gott sei Dank auch durch die neue Einsicht, der sich auf dem G20-Gipfel auch Obama nicht verschließen konnte: Geld macht nicht wirklich glücklich. Amerika erwartet für das laufende Fiskaljahr ein Defizit von 1,56 Billionen Dollar. Das sind 220 Milliarden mehr als im Vorjahr. Doch die Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig bei 9,7 Prozent.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow am Stanford Institute. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

008

DE (Thema):

Wirtschaftspolitik; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

USA C1USA; Welt (Internationales) C00WOR;

NN (Person):

Krugman, Paul; Keynes, John Maynard;

Handelsblatt Nr. 119 vom 24.06.2010 Seite 8

24.06.2010

Gastkommentar Meinung

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Muss Deutschland den Süden Europas sanieren?

Es ist richtig, dass meine Überschüsse keine Defizite sind. Aber folgt daraus, dass das Exportwunderland Deutschland schuld sei am Schicksal der von der Staatspleite bedrohten PIIGS-Länder Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien? Dieser Vorwurf ist das neue Mantra, das von Paris über London bis Washington erklingt. Zum Wochenbeginn heizte es die Diskussion selbst in Sankt Petersburg an, bei einer Konferenz des Global Business Policy Council (Washington).

Nach kurzem Blick auf die Fakten müsste auch der schärfste Deutschlandkritiker erkennen, auf wessen Schultern die Bürde der Reform liegt. Die deutschen Exportüberschüsse sind bloß das Symptom. Die Ursache liegt beim starken Anstieg der Lohnstückkosten zwischen 2001 und 2009, die in Griechenland um ein Drittel zulegten, in Italien um 30 Prozent, in Spanien um 28 Prozent und in Deutschland nur um sechs Prozent. Logisch, dass die Leistungsbilanz ins Minus drehte. In Spanien und Griechenland hat sich das Defizit von 2000 bis 2007 verdoppelt. Logisch auch, dass die Inflationsrate von den Löhnen getrieben wurde und die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder drückte. So war das Desaster nur noch eine Frage der Zeit.

Vor dem Euro konnten die Länder ihre Schwächen im internationalen Wettbewerb kaschieren, indem sie immer etwas schneller abwerteten, als sie inflationierten. So konnten sie ihre Exportpreise in ausländischer Währung halten. Dieses Schlupfloch war in dem Moment perdu, als sie in der Währungsunion aufgingen. Jetzt schlägt die Inflation voll auf die Exportpreise durch.

Ganz anders verhielten sich die Deutschen, die im abgelaufenen Jahrzehnt ihre Arbeitsmärkte flexibilisierten und im Vergleich zu Ländern wie Griechenland fiskalische Disziplin einhielten. Die Löhne sind nicht schneller als die Produktivität gestiegen. Der Staat hat seinen Anteil am BIP im letzten Jahrzehnt (vor dem Konjunkturpaket) kaum erhöht. Die Iren waren die schlimmsten Sünder. Sie jagten die Staatsquote um 15 Prozentpunkte hoch, gefolgt von den anderen, die bis zu 7,5 Prozentpunkte zulegten.

Die Griechen mögen im Moment aus der Schusslinie der Märkte sein. Dafür zielen die jetzt auf Spanien, das zwar bei der Staatsschuld noch unter dem zulässigen Maastricht-Wert liegt, aber hohe Auslandsschulden hat. Spanien hat in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht: Dank des Euros konnten die Spanier plötzlich niedrige Zinsen genießen. Die Folge war ein Immobilienboom, der seinesgleichen sucht. Auf dem Höhepunkt machte der Beitrag des Baus 17 Prozent des BIP aus. Im Vergleich dazu war die US-Immobilienblase mit weniger als der Hälfte ein kleiner Ballon. Zugleich zogen die Löhne rapide an.

Die Folgen waren wie aus dem Lehrbuch: Derweil bis 2008 die deutschen Exporte um 14 Prozent stiegen, fielen sie um drei Prozent in Spanien. Wer also muss sich anpassen? Sollen die Deutschen ihre Wettbewerbsfähigkeit gezielt abbauen - etwa durch noch mehr Staatsausgaben?

Umgekehrt muss es sein, und dahin zielt auch die neue Wirtschaftspolitik Spaniens und der anderen. Sie wollen ihre Lohnstückkosten zurückfahren, den Immobilienmarkt dauerhaft abkühlen. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und die geschwächten, politisch abhängigen Sparkassen werden zu größeren Gruppen fusioniert. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Sanierung der Wirtschaft. Euro-Land muss den Spaniern beide Daumen drücken. Denn einschneidende Marktreformen zur selben Zeit wie eine schmerzliche fiskalische Austerität - das sind zwei anspruchsvolle Operationen auf einmal.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow am Stanford Institute. Sie erreichen ihn

unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
008

DE (Thema):
EWU; Währung; Geld und Börse; Lohnkosten; Löhne und Gehälter; Arbeit und Sozialstaat; Staatsverschuldung;
ffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):
Spanien C4EUSP; Griechenland C4EUGR; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 114 vom 17.06.2010 Seite 10

17.06.2010

Meinung

WISSENSCHAFT

Kids, die den Tag am Computer verbringen, sind nicht schlauer

Josef Joffe Digital Divide" alliterieren die Amerikaner, wir nennen es den "digitalen Graben", und beide meinen das Gleiche: die Spaltung der Gesellschaft in "Die da oben" mit Computer und Internet und "Die da unten", die nur Bleistift und Kugelschreiber beherrschen. Auf beiden Seiten des Atlantiks wollen die wohlmeinenden Politiker deshalb haufenweise PCs in die Schulen schaffen, um die Startposition der Benachteiligten zu verbessern.

Computer-Guru Nicholas Negroponte, der Gründer des legendären Media Lab am M.I.T. in Cambridge, Massachusetts, wollte schon vor drei Jahren einen besonders billigen Laptop in der Dritten Welt verteilen - für weniger als 200 Dollar. Die kleinen, bunten Dinger, die wie Plastikspielzeuge aussehen, haben sogar eine kleine Handkurbel, mit der die Kids, ob im Busch oder auf dem Berg, das Maschinchen selber aufladen können.

Mehrere Länder in Lateinamerika haben armen Familien den PC-Kauf aus der Staatskasse ermöglicht. In Rumänien lief vor zwei Jahren "Euro 200" an - mit Gutscheinen für 35 000 Haushalte. Die Theorie: Wer tut, lernt; wer lernt, wird schlau. Und je jünger, desto besser. Das ist die Theorie, die Praxis sieht allerdings etwas grauer aus. Wie und warum, hat gerade eine Studie unter Ägide des renommierten National Bureau of Economic Research (NBER) herausgefunden, das ebenfalls in Cambridge beheimatet ist.

In "Home Computers and Human Capital" haben die beiden Ökonomen Ofer Malamud (Chicago) und Cristian Pop-Eleches (Columbia) den rumänischen Datensatz mit den feinsten Instrumenten der Statistik durchforstet. Im ersten Schritt trug "Euro 200" die erwarteten Früchte: Die Eltern und die Kids nahmen das Gerät sofort an; plötzlich besaßen die armen Familien mehr PCs als die bessergestellten, die keinen Gutschein bekamen.

Jetzt aber wird die Sache komplizierter. In der bürokratischen Sprache der beiden Forscher: "Es gab negative wie positive Effekte." Positiv: Die Kinder mit dem geschenkten PC zeigten im Test

höhere digitale und kognitive Kompetenz. Der Fernsehkonsum fiel ab. Negativ: Die Gutschein-Begünstigten haben weniger Zeit in Schularbeiten und Lesen investiert. Folgerung der Forscher: "Das war kaum überraschend, weil nur wenige Eltern und Kinder Lernsoftware installiert hatten, und nur wenige Kids haben die Computer für Hausaufgaben benutzt."

Insgesamt: "Computer für arme Kinder in Rumänien haben die akademischen Leistungen gesenkt." Auch das ist keine Überraschung. Die Korrelationskoeffizienten bestätigten nur, was wir schon immer geahnt haben: "Die meiste Zeit haben die Schüler zu Hause mit Spielen verbracht." Wie es sich für Wissenschaftler gehört, zieht das Duo ein vorsichtiges, aber doch nicht läppisches Fazit, das den Enthusiasmus der spendierfreudigen Politiker dämpfen könnte: "Diese Resultate gehen konform mit einem langfristigen Negativeinfluss auf schulische Leistung."

Hilft's denn, wenn die Eltern den PC-Gebrauch rationieren? Nein, sie senken bloß die digitalen Fertigkeiten, ohne die Zensuren zu verbessern. Aber hier die gute Nachricht: Wenn die Eltern auf reichlich Zeit für die Hausarbeiten pochen, verliert der Computer seinen üblen Einfluss auf die schulischen Leistungen, ohne den kognitiven Gewinn zu schmälern. Was das uns lehrt? Entscheidend ist das elterliche Umfeld. Wer seine Kinder dazu anhält, Schularbeiten zu machen, profitiert gleich doppelt: Er muss den PC nicht als Leistungsbremse fürchten und kann sich gleichzeitig über das Erblühen digitaler und kognitiver Fähigkeiten freuen. Oder ganz simpel: Eltern müssen die Kinder stetig nerven, ihre Schularbeiten zu machen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow am Stanford Institute. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Computertechnik; Computer; Informationstechnik; Kind; Familie und Partnerschaft; Wissenschaft; Bildung; Studie;

CN (Land):
Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 109 vom 10.06.2010 Seite 10

10.06.2010

Meinung

VERSCHULDUNG

Israels dritter Weg aus der Wirtschaftskrise

Josef Joffe Die Deutschen sparen, Amerikaner und Engländer fahren zweistellige Defizite und murren wider die knauserigen Germanen, die doch bitte mehr für ihre Binnennachfrage tun und so Dampf in die Weltwirtschaft leiten mögen. Keynes würde die deutsche Politik als prozyklisch, also krisenverschärfend, geißeln, die der Angelsachsen als antizyklisch preisen. Die Schulden tragen wir später ab ... Gibt's noch einen dritten Weg, der zwischen Zu-Tode-Sparen und In-die-

Pleite-Fahren in die lichte Welt des Wachstums führt? Die Israelis scheinen ihn gefunden zu haben. Ihr Finanzminister Yuval Steinitz nennt ihn "azyklisch", und die Zahlen scheinen ihn zu bestätigen. Obwohl Israel mit einer ähnlich hohen Exportquote (45 Prozent) wie Deutschland am wackelnden Welthandel hängt und 2009 ein Drittel seiner Exporte verloren hat, wuchs die Wirtschaft im vierten Quartal um fast fünf Prozent (aufs Jahr gerechnet). Laut World Competitiveness Yearbook des Schweizer Institute for Management Development, IMD, ist Israel gar die Nummer eins in der Widerstandsfähigkeit gegen Konjunkturkrisen.

Steinitz erklärt, warum. "Unser Defizit lag 2009 bei über fünf Prozent des BIP (etwa auf deutschem Niveau heute). Als Erstes haben wir die indirekten Steuern erhöht - die Mehrwertsteuer sowie die auf Zigaretten und Benzin." Ist das nicht Gift in der Krise? "Richtig, natürlich wären Steuersenkungen das beste Mittel, besser als Konjunkturspritzen für die Infrastruktur, die sehr langsam wirken." Doch wer Defizite und Schulden hochjage, zahle später: "Wer heute wie Amerika so massiv Geld in die Wirtschaft pumpt, riskiert damit deren Zukunft."

Also erst mal Sparen mit einem Fünf-Jahres-Plan, der das Defizit bis 2014 auf ein Prozent drücken soll. Wieder Einspruch: Das ist doch die reine Austerität; wie kann die denn Wachstum beschleunigen? Antwort: "Wir erhöhen die Abgaben heute, um sie morgen senken zu können." Das klingt nach Augenwischerei. "Nein. Wir senken in den nächsten sieben Jahren den Höchststeuersatz für Personen von 46 auf 39, für Unternehmen von 46 auf 18 Prozent."

Auf die bittere Medizin von heute, die den Wählern keineswegs gefallen hat, folgt also das Zuckerwasser von morgen. Die Aussicht darauf soll Konsum und Investition beflügeln. Das ist weder Merkel (sparen, sparen, sparen!) noch Obama (zahlen, zahlen, zahlen!), sondern ein selbsttragender Aufschwung, der genährt wird durch stetig sinkende Steuern und positive Erwartungen. Was wie ökonomische Alchemie anmutet, scheint zu wirken. Stanley Fischer, der Chef der Zentralbank, sagt für 2010 knapp vier Prozent Wachstum voraus, baut aber auch schon gegen die Inflation vor. Gerade hat er den kurzen Leitzins um einen Punkt auf 1,5 Prozent heraufgesetzt.

Ronald Reagans brachiale Steuersenkungen, die erst das Wachstum, dann den Haushalt sanieren würden, galten damals als Voodoo-Economics. In der Tat schossen sofort die Defizite nach oben; 1992 aber begann der längste Aufschwung aller Zeiten, und 1998 konnte Amerika das erste Haushalts-Plus seit 20 Jahren feiern.

Gibt es Lehren für Deutschland? Die richtige Makro-Politik ist gut, die richtige Mikro-Politik, welche die Anpassungsfähigkeit erhöht, ist noch besser. Im "World Competitiveness Ranking" des Schweizer IMD ist Deutschland gerade von Platz 13 auf Platz 16 gerutscht, Israel von 24 auf 17 geklettert. Das letzte Wort soll Stanley Fischer haben: "Mit ihrer Dynamik und Kreativität würde diese Wirtschaft noch viel schneller wachsen, wenn wir Frieden mit unseren Nachbarn erringen könnten."

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Staatsverschuldung; Öffentlicher Haushalt; Steuern; Staatsfinanzen; Wirtschaftspolitik; Konjunkturanalyse;
Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):
Israel C7ISRA; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

CO (Unternehmen):
IMD International Institute for Management Development;

NN (Person):
Fischer, Stanley;

Handelsblatt

WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 100 vom 27.05.2010 Seite 10

27.05.2010

Meinung

EURO

Nicht die Botenjungen sind das Problem, sondern die Prinzipale

Man hat es nicht leicht als Europäer, wenn der Euro auf 1,20 zum Dollar fällt. Selbst der arabische TV-Sender Al Dschasira wollte gerade in einer Talkshow von diesem Autor wissen, ob nun der Euro perdu sei. Wer "break-up of euro" bei Google eingibt, kriegt 4,5 Millionen (!) Einträge. Martin Wolf, der Chef-Augur der "Financial Times", fragt, ob die Währungsunion zerbreche. Er würde nicht mehr "mit einem absoluten Nein" antworten. Die Zweifel sind gerechtfertigt, summieren sich aber keinesfalls zum Todesurteil, ebenso wenig wie ein Fieberanfall den Exitus voraussagt. Vor zehn Jahren lag der Euro bei 82 US-Cent, im Herbst 2009 stieg er auf knapp 1,60 Dollar. Was beweisen solche Ausschläge über die Lebensfähigkeit einer Währung?

Schaut man genauer hin, zeigt es sich sehr wohl, dass der Euro Probleme hat, die weit über die Verschwendungssucht der Piigs (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) hinausgehen. Da ist einmal der Geburtsfehler des Euros, der nun beweist, was die Kritiker schon vor 1999 moniert hatten: dass eine Währungsunion ohne Fiskalunion auf Dauer nicht funktioniert. Oder ganz praktisch: Die Hoffnung des Stabilitätspaktes hat sich als Lug und Trug entpuppt. Der war so schlaff wie ein ausgeleiertes Korsett und hat eben nicht für Disziplin gesorgt.

Die frechen Griechen? Die haben zwar öfter die Drei-Prozent-Defizitgrenze durchbrochen als alle anderen. Aber die "braven" Deutschen und Franzosen? Beide fünfmal, öfter als Irland und Spanien! Quod licet Jovis? Nicht in einer Währungsunion, nicht, wenn es die beiden Größten tun. Die Piigs haben spätestens 2005 gelernt, dass selbst Einträge ins Klassenbuch für Paris und Berlin keine Konsequenzen haben; also haben sie weiter über ihre Verhältnisse gelebt. Umso verwegener ist es nun, wenn die Regierungen zur Hatz auf die "Spekulanten" blasen. Das sind Ersatzhandlungen, die schon mal für den weiteren Verfall des Euros gesorgt haben, und wenn Frau Merkel ihre Pläne (Transaktionssteuer, Verbot von nackten Leerverkäufen) durchsetzt, wird sie nicht mehr erreichen als die Umgehung des Frankfurter Finanzplatzes.

Das Problem sind nicht die Botenjungen, sondern die Prinzipale, und da lässt sich inzwischen Hoffnungsfrohes vermelden. Italien hat gerade ein Sparpaket verabschiedet, das bis 2012 Schnitte von 24 Milliarden Euro vorsieht, um das Defizit auf unter drei Prozent zu drücken. Spanien will 15 Milliarden einsparen. Frankreich erhöht das Rentenalter, Portugal die Steuern. Athen will das höchste Euro-Zonen-Defizit von 12,7 auf 8,7 Prozent senken.

Der Schock ist also heilsam. Womöglich hilft auch der Niedergang des Euros, indem er die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöht und so Wachstumsimpulse verschafft. Dagegen steht die Tatsache, dass die EU-Staaten hauptsächlich untereinander Handel treiben, und da hilft Abwertung nicht.

Grundsätzlich: Wie wird die neue fiskalische Tugend die Urprobleme der Piigs lösen: die rigiden Arbeitsmärkte, die Korruption, die Privilegienwirtschaft, die Macht der Gewerkschaften? Auf

Hedge-Fonds loszugehen ist einfacher. Andererseits haben Rettungspaket und Austerity zumindest die richtigen Signale gesetzt, die über die nächsten zwölf Monate hinweghelfen könnten. Das ist der Moment der höchsten Gefahr, wenn die allergrößten Schulden der Pigs (ohne Italien) fällig werden, 200 Milliarden Euro. In den nächsten drei Jahren müssen nur jeweils um die 100 Milliarden abgetragen werden, in sechs Jahren nur um die 40.

Auf jeden Fall wäre das Ende des Euros die schlimmste aller möglichen Welten - ein Run auf die starken Währungen wie die DM 2, der zur Mutter aller Finanzkrisen eskalieren würde.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):
010

DE (Thema):
Europapolitik; Internationale Beziehungen; EWU; Währung; Geld und Börse; Staatsverschuldung; Haushalt-Staat; Öffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen;

CN (Land):
Europäische Union C4EU;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 096 vom 20.05.2010 Seite 10

20.05.2010

Meinung

SCHULDENKRISE

"Krieg den Märkten" ist der falsche Schlachtruf

Den Spekulanten das Handwerk legen, den Kampf gegen "die Märkte" aufnehmen: das sind gegenwärtig die Schlachtrufe der Politik. Aber wer sind denn "die Märkte"? Wir selber, die Klein- und Großaktionäre, die Käufer von Staatspapieren, die Pensionsfonds. Das hatte schon die legendäre amerikanische Comic-Figur namens Pogo erkannt, die von der Feindaufklärung mit der Meldung zurückkehrte: "I have seen the enemy, and they is us."

Die Sache geht aber tiefer als ein Comic-Strip. "Wir", das ist auch der Staat, der uns untertan ist und zugleich in eigener Machtvollkommenheit agiert. Und wenn nun die Politik "Haltet den Dieb!" ruft, lenkt sie ab von der eigenen Verantwortung. Denn: Es gibt keine Finanzkrise ohne staatliche Komplizenschaft.

In dem hellenischen Pleitedrama haben die Märkte nur registriert und dann verschärft, was der Staat mit jahrzehntelanger Verschwendung angerichtet hatte. Gleiches gilt für Portugal, Spanien und Italien. In Lateinamerika sind in den Siebzigern nicht Unternehmen, sondern Staaten zahlungsunfähig geworden. Mexiko musste 1994 nicht wegen Goldman und Co. gerettet werden, sondern weil es über seine Verhältnisse gelebt hatte. Dito Argentinien zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Doch leben die Sünder nicht nur in der Dritten Welt. Werfen wir einen Blick auf Amerika im Jahr 1927, das aufs Feinste das eiserne Gesetz "Kein Crash ohne Blase, keine Blase ohne billiges Geld" illustriert. In dem Klassiker "The Great Crash" erinnert John Kenneth Galbraith daran, dass die Fed mitten im Boom die Zinsen senkte. "Das war einer der schlimmsten Fehler seit 75 Jahren", zitiert er den einzigen Fed-Gouverneur, der dagegen votiert hatte.

Mit billigem Geld von der Fed wurde der Mini-Crash des Jahres 2000 bekämpft; es trug den Keim des Maxi-Crashes von 2008 im Marschgepäck. Richtig ist, dass der "Kasino-Kapitalismus" Billionen an exotischen Papieren in den Kreislauf gepumpt hat. Richtig aber ist auch, dass gegen die Dollar-Zeichen, die in ihren Augen glänzten, auch brave staatsnahe oder staatsgeführte Institute in Deutschland nicht gefeit waren, von den Landesbanken bis zu IKB und KfW.

Das lehrt: Gier & Exzess sind nicht nur private Laster. Es ist auch nicht billiges Geld allein, das unglücklich macht. Dazu gehört auch staatliches Handeln. Die Immobilienblase, die 2008 in Amerika geplatzt ist, kann ohne die quasi-staatlichen Hypothekeninstitute Fannie Mae und Freddie Mac nicht erklärt werden. Die wurden vom Kongress geradezu gezwungen, Hypotheken ohne Rücksicht auf Bonität auszugeben, im Namen des gerecht verteilten Wohneigentums. Kein Wunder, dass die Finanzakrobaten den Ramsch frohgemut auf- und verkauften: Schließlich würde der Staat für die Pleitiers geradestehen.

Nun hat Europa 750 Milliarden Euro in die Schlacht gegen die Märkte geworfen, und die bezweifeln, dass es den Krieg gewinnen wird, siehe den sinkenden Euro. Weil die Märkte gierig und böse sind? Nein, sondern weil sie nicht glauben, dass die Pleitestaaten die Kraft aufbringen können, dem Wohlstand auf Pump abzuschwören, die Macht ihrer Wahlvölker zu brechen.

Folglich hatte Pogo recht: "Der Feind, das sind wir." Die Märkte besser zu regulieren und zu kontrollieren ist gut. Aber noch besser ist es, die Politik zu kurieren: den willfähigen Staat, der seit Jahrzehnten über die Verhältnisse lebt - von Washington bis Athen. Selbst die braven Deutschen werden in diesem Jahr ein doppelt so großes Defizit einfahren, wie es der Stabilitätspakt erlaubt, von den zweistelligen Defiziten Amerikas und Britanniens ganz zu schweigen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Börsenaufsicht; Börse; Geld und Börse; Finanzpolitik; Öffentlicher Haushalt; Staatsfinanzen; Marktwirtschaft; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

USA C1USA; Welt (Internationales) C00WOR;

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Handelsblatt Nr. 091 vom 12.05.2010 Seite 10

12.05.2010

Meinung

FINANZKRISE

Heute geht's uns gold - um die Inflation sorgen wir uns morgen

Josef Joffe Inmitten der Weltfinanzkrise, deren zweite Eruption seit Montag mit 750 Milliarden Euro erstickt werden soll, ist es umso tröstlicher, einen Blick auf die Realwirtschaft zu werfen. Denn der - Lehman hin, Athen her - geht es gemessen am Vorjahr geradezu prächtig.

Wo zuerst hingucken? Auf den deutschen Export, der im März im Monatsvergleich um fast elf Prozent zulegen? Auf das Fünf-Prozent-Plus bei der Auftragslage für die deutsche Industrie, welches die Auguren, die heute "Analysten" heißen, zuvor nur auf ein Prozent beziffert hatten? Auch virtuell geht's aufwärts. Der Ifo-Geschäftsklima-Index hat die Datenbeschauer überrascht - mit einem Anstieg von 3,4 Punkten auf den höchsten Stand seit Mai 2008. Inflation? Weniger als ein Prozent, obwohl seit dem Fall des Hauses Lehman Aberhunderte von Milliarden Dollar in den globalen Geldkreislauf gepumpt worden sind.

Das hiesige Haushaltsdefizit wird heuer auf knapp fünf Prozent wachsen, aber das ist ein Musterbeispiel an Disziplin angesichts der doppelstelligen Defizite von Griechenland bis USA. Arbeitslosigkeit? Die wird auf acht Prozent angesetzt; das ist erklecklich weniger als die elf Prozent vor fünf Jahren, als Lehman Brothers noch eine Geldmaschine war. Wachstum? Nicht berauschend, aber mit vielleicht zwei Prozent in diesem Jahr im Normalbereich der jüngeren Vergangenheit.

Nein, wir sind nicht China mit seinen zehn Prozent, aber unser Pro-Kopf-Einkommen ist auch zwölfmal größer. Vor allem scheint die Erholung kein Tanz auf dem Vulkan zu sein. Wie seit eh und je wird die deutsche Wirtschaft vom Export angetrieben, und der wächst wieder, siehe oben.

Das heißt: Auch der Welthandel erholt sich. Werfen wird deshalb einen Blick über den Atlantik. Die USA sind als Erste der Großen in die Rezession gerutscht, im Winter 2007. Das war "normal" - nach der längsten Expansion seiner Geschichte, die 1992 begann und 2000 nur kurz unterbrochen wurde. Auch hier sind die März-Zahlen voller Good News.

Einzelhandel: plus neun Prozent. Verkauf neuer Häuser, einer der wichtigsten Frühindikatoren: plus 27 Prozent. Langlebige Güter: fast drei Prozent mehr. Exporte: fast 15 Prozent mehr. Jobs: Im April entstanden 290 000 neue, etwa doppelt so viele wie im März. Aber die Arbeitslosigkeit, ist die nicht einen Tick nach oben auf 9,9 Prozent geklettert?

Ja, aber die Bad News sind rosiger, als sie aussehen. Denn gerade weil die Jobsituation sich bessert, sind 800 000 Menschen in den Arbeitsmarkt zurückgekehrt, was logischerweise die Arbeitslosigkeit (die anhand der Zahl der Jobsuchenden gemessen wird) ansteigen lässt. Es ist also nicht ausgemacht, dass dies eine "jobless recovery" sein wird, wie das Schauerwort der letzten Monate befürchten ließ.

Selbstverständlich lassen sich auch reichlich Indikatoren ausgraben, die das Gegenteil suggerieren. Schließen wir deshalb mit einem freundlichen historischen Vergleich. Die Weltwirtschaftskrise 1929 ff. wurde durch eine Finanzkrise ausgelöst und dann durch die falschen Sparrezepte (Geldmenge runter, Steuern und Tariflöhne rauf) schier endlos verlängert. Durch Schaden schlau geworden, haben diesmal die Staaten die virtuelle von der realen Krise abzukoppeln versucht - mit Billionen an Liquidität und Fast-Null-Zinsen.

Das war so nach dem 15. September, das geschah erneut in dieser Woche mit dem Rettungspaket für Hellas und Co. Deshalb dürfte auch die zarte Erholung real sein. Um die weltweite Inflation sorgen wir uns morgen.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Joffe, Josef

SE (Seite):

010

DE (Thema):

Konjunkturanalyse; Inflation; Konjunktur; Wirtschaft und Konjunktur;

CN (Land):

USA C1USA; Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;